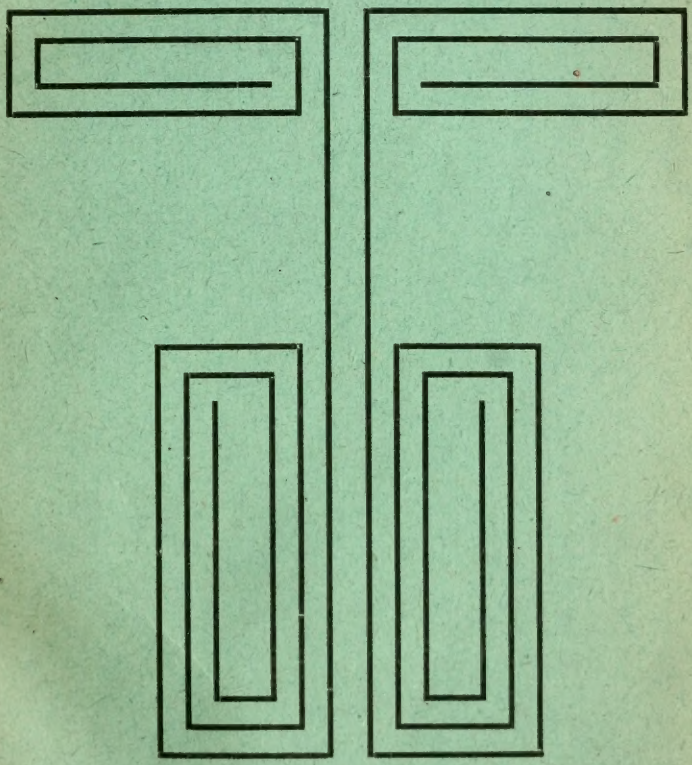
Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Bericht der Parteivertre-
tung and den Parteitag
1921

JN
1999
S6A3
1921

Bericht

der Parteivertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs an den Parteitag in Graz 1921



Wien 1921
Verlag des sozialdemokratischen Parteisekretariats

Bericht

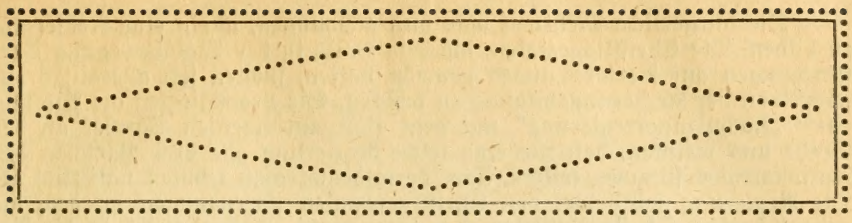
der Parteivertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs an den Parteitag in Graz 1921

Wien 1921

Verlag des sozialdemokratischen Parteisekretariats — Druck: „Vorwärts", Wien V

LIBRARY
NOV 1 1971
UNIVERSITY OF TORONTO

JN
1999
S6A3
1921



Bericht

der Parteivertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs an den Parteitag in Graz 1921.

Mit dem Jahre, das hinter uns liegt, beginnt die Epoche der bürgerlichen Regierung in Deutschösterreich. Nach den Wahlen des 17. Oktober 1920 traten die Sozialdemokraten aus dem Proporzkabinett, das seit dem Zerfall der Koalition die Regierungsgeschäfte bis zu den Neuwahlen zu führen hatte, aus. Dies vollzog sich durch ein Schreiben der Genossen Renner, Hanusch, Deutsch, Ellenbogen, Glöckel und Tandler an den Präsidenten Seitz:

Herr Präsident! Die unterzeichneten Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre ersuchen Sie, Herr Präsident, sie von ihren Funktionen als Volksbeauftragte zu entheben. Sie begründen diesen Schritt mit dem Ergebnis der letzten Wahlen in den Nationalrat. Die Unterzeichneten bitten weiter, aus dem gleichen Grunde von einer eventuellen provisorischen Betrauung mit der Leitung der von ihnen versehenen Ämter bis zur Durchführung der Neuwahl der Regierung abzusehen zu wollen.

Wien, 22. Oktober 1920.

Der Absendung dieses Schreibens war eine Beratung des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten vorangegangen, in der folgender Beschluß gefaßt worden war:

Die Koalition zwischen der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei ist im Juni gescheitert: damals hat der Verband die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung aufgefordert, die Regierung zu übernehmen. Da sie sich weigerte, diese Pflicht zu erfüllen, war überhaupt eine Regierungsbildung unmöglich, daher mußte die Nationalversammlung aufgelöst werden, damit die Wähler selbst entscheiden, ob die Christlichsozialen oder die Sozialdemokraten die Regierung zu bilden haben. Nunmehr haben die Wähler entschieden. Nach demokratischen Grundsätzen liegt den Christlichsozialen die Pflicht ob, die Regierung zu übernehmen; der Verband lehnt jede Teilnahme an dieser Regierungsbildung ab. Das Proporzkabinett, das nur zu dem Zweck gebildet wurde, die Wahlen durchzuführen, hat seine Aufgabe erfüllt; der Verband ermächtigt daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung, ihre Ämter niederzulegen und die Betrauung mit der Fortführung der Geschäfte abzulehnen.

Die bürgerliche Mehrheit war nun gezwungen, allein eine Regierung zu bilden. Die Christlichsozialen, die dem Volke in der Wahlbewegung Versprechungen auf Versprechungen gemacht hatten, suchten sich allerdings zunächst von der Regierungsbildung zu drücken. Sie propagierten die Bildung einer „Fachmännerregierung" mit dem Polizeipräsidenten Schober an der Spitze und meinten, daß für eine solche Regierung alle drei Parteien des Nationalrates stimmen sollten. Die Sozialdemokraten lehnten natürlich ab. Die Regierung sollte von den Christlichsozialen übernommen werden, die gesiegt hatten. Ob sie Politiker oder sogenannte „Fachmänner" in die Regierung wählen, sei ihre Angelegenheit, die uns nichts angehe. Schließlich scheiterte der Plan an dem Widerstand der Deutschnationalen, die einen jüdischen Fachmann, den Herr Schober als Finanzminister präsentierte, nicht wählen wollten. Die Christlichsozialen wären hiezu bereit gewesen. So mußten sie nun ihren Mayr, der der Leiter des Proporzkabinetts gewesen war, am 20. November 1920 zum Kanzler machen. Als Vertrauensmann der Deutschnationalen in der christlichsozialen Regierung saß der Justizminister Paltauf.

Die Regierung Mayr, die bis 1. Juni 1921 die Geschäfte führte, hat in dieser langen Periode keinerlei fruchtbare Arbeit zu leisten vermocht. Es war das „Fortwursteln", das wir aus dem alten Österreich kennen. Es wurde weder die Verfassungsarbeit weitergeführt noch die sozialpolitische Gesetzgebung fortgesetzt. Die Schulreform geriet ins Stocken. In der Heeresverwaltung wuchsen die reaktionären Strömungen. Auf finanzpolitischem Gebiet versagte die Regierung völlig. Die Durchführung des Vermögensabgabegesetzes mußte erst förmlich erzwungen werden. Im übrigen wußte die Regierung nichts anderes zu tun, als die indirekten Steuern und die Tarife der staatlichen Unternehmungen ohne alle Rücksichten zu erhöhen und auf die Hilfe der Entente zu hoffen. Immer wieder weissagte der christlichsoziale Kanzler den Zusammenbruch, wenn uns nicht sofort geholfen werde. Diese düsteren Regierungsprophezeiungen hatten zwar nicht den Erfolg, daß wir Kredite bekamen, wohl aber den, daß die Krone immer tiefer sank und dadurch dem Staat immer neue Lasten erwuchsen, welche von der Regierung immer wieder auf die Schultern der breiten Massen gewälzt wurden.

Das hat endlich weite Kreise, die am Narrenseil der christlichsozialen Demagogie gehangen waren, gründlich ernüchtert und die Schwierigkeiten der Christlichsozialen wuchsen von Tag zu Tag. Sie, die sich dem Volk als die Retter angepriesen hatten und alle Übel in diesem Land als eine Folge sozialdemokratischer Unfähigkeit und Schlechtigkeit hingestellt hatten, standen nun selbst ohnmächtig und unfähig vor den Aufgaben, zu denen sie als regierende Partei berufen waren. Die Kreditverhandlungen sind bis Ende August nur bis zu Versprechungen und Projekten gediehen, die von der Arbeiterklasse sehr sorgfältig werden geprüft werden müssen, wenn es zu ihrer Verwirklichung kommen sollte.

Unsere außenpolitische Lage hat sich infolge der reaktionären Treibereien gewisser christlichsozialer Kreise keineswegs gebessert. Das freundschaftliche Verhältnis mit Ungarn, das die Christlichsozialen immer als unerläßlich für uns hingestellt hatten, vermochten auch sie nicht herzustellen, denn um den Preis des Burgenlandes konnten sie es nicht erkaufen.

Hatten sie uns früher angeklagt, daß wir im Lande nicht Ordnung zu halten verstehen, so jagte in der Ära Mayr ein Konflikt mit den Staatsangestellten den anderen.

Hatten sie früher behauptet, daß der Staat sich nicht halten könne, weil sich die Länder nicht dem Diktat des roten Wien unterwerfen wollen, so zeigte es sich nun, daß auch die Bundesverfassung keine wirkliche Lösung bot, daß sie übrigens von den christlichsozialen Landesherren gar nicht respektiert wurde. Die christlichsoziale Regierung zitierte zwar den Wiener Landeshauptmann, den Genossen Reumann, vor den Verfassungsgerichtshof, der übrigens am 29. April ein freisprechendes Urteil fällte, duldeten aber die ärgsten Rechtsverletzungen in den Ländern, so namentlich die Verkehrseinschränkungen.

Die Regierung Mayr endete infolge eines Konfliktes mit den Ländern, der ein christlichsozialer Parteistreit war.

Während die christlichsoziale Regierung sich bei der Entente um Kredite bemühte und fortwährend weissagte, daß wir zusammenbrechen müssen, wenn wir sie nicht gleich erhalten, veranstalteten ihre Parteigenossen in den Ländern Volksabstimmungen über den Anschluß an Deutschland, was die Entente gegen Österreich nicht freundlicher stimmte. Als erste gingen die Tiroler voran, die die Abstimmung am 24. April durchführten. Noch bei den Tiroler Landtagswahlen im Frühjahr 1919 verbreiteten die Christlichsozialen Flugblätter, in denen der Anschlußgedanke als eine jüdische Erfindung dargestellt wurde, die das Land Tirol den Juden in die Hand spielen wolle. Nun waren sie begeisterte Verfechter des Anschlusses geworden. Daß die christlichsoziale Bundesregierung die Durchführung der Abstimmung als unzulässig erklärte, hat die christlichsozialen Landesherren nicht gekümmert. Den Tirolern folgten am 29. Mai die Salzburger. Zwar hatte diese Abstimmung, vor der die Regierung eindringlichst gewarnt hatte, wobei auch mit Drohungen nicht gespart wurde, „privaten Charakter", aber sie trug doch wesentlich zur Verschärfung der Lage bei. Unhaltbar wurden die Verhältnisse, als die Christlichsozialen des steirischen Landtages nach all den Vorfällen am 31. Mai beschlossen, auch in Steiermark eine Volksabstimmung zu veranstalten, welche für den 3. Juli angesetzt werden sollte. Die Sozialdemokraten gaben im steirischen Landtag eine Erklärung ab, welche die Haltung unserer Partei gegenüber dem demagogischen Anschlußgetue der Christlichsozialen kennzeichnet:

Der Landtagsklub der sozialdemokratischen Partei ist nicht in der Lage, dem vorgeschlagenen Abstimmungstermin zuzustimmen. Er steht auf dem Boden des nach dem Landtagsbeschluß vom 7. April, durch welchen für Steiermark die Abstimmung für den 29. Mai anberaumt war, geschaffenen Bundesgesetzes. In demselben ist eine länderweise Abstimmung bei der Volksbefragung über den Anschluß an Deutschland nicht vorgesehen; und die Festsetzung des Abstimmungstermins ist auch nicht Sache der einzelnen Länder.

Die sozialdemokratische Partei hat so viele Beweise ihres unbedingten Anschlußwillens gegeben, daß kein Zweifel über den vollen Ernst desselben bestehen kann. Sie ist zu einer Zeit für den Anschluß eingetreten, als er nach ihrer Überzeugung durch eine entschlossene Tat hätte durchgeführt werden können. Dazumal waren die anderen politischen Parteien für eine solche Tat nicht zu haben. Die nunmehr beantragte Volksbefragung kann nach Meinung der sozialdemokratischen Partei den Anschluß nicht fördern, keinesfalls aber kann sie ihn herbeiführen.

Schließlich erklärt die sozialdemokratische Partei: Wenn die anderen Parteien des Landtages trotz der Vorstellungen des Staatskanzlers auf ihre Verantwortung den 3. Juli als Abstim-

mungstag festsetzen, so werden die Sozialdemokraten für diesen Antrag zwar nicht stimmen; damit sich aber aus dem Ergebnis einer solchen Volksbefragung kein falsches Bild vom Anschlußwillen der Bevölkerung ergibt, wird sich die sozialdemokratische Partei von einer solchen Volksbefragung nicht absentieren, sondern daran teilnehmen.

Am nächsten Tage demissionierte die Regierung Mayr. Drei Wochen hatte nun der Staat keine Regierung. Der christlichsoziale Parteitag, der unterdessen tagte, brachte keine Lösung. Herr Seipel forderte dort eine Regierung, die „mit starker Hand" die Verwaltung führe. Das konnte nun freilich der Herr Mayr nicht. Die Großdeutschen, mit denen die Christlichsozialen wegen der Abstimmung über das Habsburgergesetz und das Wiener Schulgesetz in Gegensatz geraten waren, wurden wieder eingefangen, und nachdem die Christlichsozialen schon eine Ministerliste, nur aus christlichsozialen Parteipolitikern bestehend, beisammen hatten, tauchte plötzlich ein Kabinett Schober auf, das als „Fachmänner" ein paar klerikale Beamte zählte, neben denen die Herren Vaugoin und Waber als Vertrauensmänner ihrer Partei saßen. In aller Form haben nun die Großdeutschen mit den Christlichsozialen eine Koalition geschlossen und sind mit ihnen für den klerikal-reaktionären Kurs und die Finanzpolitik verantwortlich. Die Sozialdemokraten blieben gegenüber dem Kabinett Schober in derselben Stellung wie gegenüber der Regierung Mayr; ist doch auch das System das gleiche geblieben.

Der Nationalrat, der fast zwei Monate untätig gewesen war, arbeitete nun vier Wochen lang im Galopp. Die christlichsoziale Finanzpolitik, die nur indirekte Steuern kennt, ihren Sparsinn bei den Pensionisten erprobt, aber für die Agrarier (Getreidegesetz!), Kapitalisten (Vorkriegsschuldengesetz!) und Pfaffen (Kongrua!) eine offene Hand hat, feierte nun wahre Orgien. Dem ungeheuerlichen Sturz der Krone, der im August erfolgte, sah die christlichsoziale Regierung ohnmächtig zu.

Eine genaue Darstellung der politischen Ereignisse und der Arbeiten unserer Abgeordneten ist in den Heften 14 und 15 der Tätigkeitsberichte des Verbandes der sozialdemokratischen Abgordneten enthalten.

Die Ernüchterung kommt in den Wahlergebnissen zum Ausdruck. Die niederösterreichischen Landtagswahlen am 24. April, die Tiroler Landtagswahlen am 22. Mai brachten den Christlichsozialen einen Stimmenrückgang. Die Nationalratswahlen in Kärnten am 19. Juni bekräftigten, daß dem Wachstum der christlichsozialen Partei Einhalt geboten ist, obgleich ihnen im Bürgertum und bei den Bauern ein ernsthafter Gegner nicht gegenübersteht.

Aus den Ereignissen des Jahres sei eines hervorgehoben, das von größter politischer Bedeutung hätte werden können: die Osterfahrt des Exkaisers Karl. Er kam unerkannt am 25. März nach Wien und reiste dann nach Ungarn weiter. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine große Erregung. Der Parteivorstand wandte sich sogleich mit einem Aufruf an das Proletariat:

Genossen und Genossinnen!

Karl Habsburg versucht es, in Ungarn die Herrschaft wiederzuerlangen.

Die Aufrichtung des Königtums in Ungarn soll der erste Schritt sein zur Wiederherstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Das habsburgische Abenteuer kann also auch unserer Republik zur ernsten Gefahr werden.

Jede Stunde kann Ereignisse bringen, die uns zum Entscheidungskampf zwingen!

Darum seid wachsam! Seid in jeder Stunde zum Kampf bereit!

Lasset nicht Verwirrung in unsere Reihen tragen! Keine unvorbereiteten, unbesonnenen, planlosen Einzelaktionen! Wenn es die Stunde erfordert, werden wir euch rufen!

Wir sind gewiß, daß ihr unserem Rufe Mann für Mann folgen werdet!

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Das Abenteuer fand bald ein unrühmliches Ende. Der Putsch in Ungarn gelang nicht und Karl mußte froh sein, daß er die Rückreise in die Schweiz über österreichisches Gebiet antreten durfte. Der Parteivorstand gestattete sie nur unter bestimmten Bedingungen, auf welche die Regierung Mayr wohl oder übel eingehen mußte. Der monarchistische Minister Glanz verließ infolgedessen damals die Regierung. Die Bedingungen sind aus dem Beglaubigungsschreiben zu ersehen, das den Genossen Sever und Adolf Müller, welche den Transport Karls begleiteten, mitgegeben wurde:

In Erwägung, daß ein möglichst baldiger Abschluß des Osterabenteuers des ehemaligen Kaisers von Österreich im Interesse der Arbeiterklasse ist und die offenen und versteckten Monarchisten die ärgste Niederlage erleiden, wenn die Blamage Karl Habsburgs durch seine sofortige Rückkehr in die Schweiz restlos klar wird, hat der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie beschlossen, die Rückreise durch deutschösterreichisches Gebiet unter folgenden Bedingungen zu gestatten:

1. Die Reise durch Deutschösterreich hat ohne Unterbrechung zu erfolgen.

2. Der Zug wird von Vertretern der Wehrmacht, und zwar von Offizieren und Wehrmännern begleitet.

3. Zur Überwachung der Einhaltung der Bedingungen reisen ein Vertrauensmann der Eisenbahnerorganisation und ein Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei im gleichen Zug.

Der Parteivorstand hat mit der letztgenannten Funktion Genossen Albert Sever betraut und ersucht die Genossen, an allen Orten, die der Zug berührt, den Anordnungen des Genossen Sever unbedingt Geltung zu verschaffen.

Die Arbeiterschaft von Bruck an der Mur wollte ihrer besonderen Abneigung gegen den Habsburger durch Kundgebungen am Bahnhof Ausdruck geben. Das stundenlange Hangen und Bangen, ob der Zug freie Strecke finden werde, und die gellenden Pfuirufe waren ein Merks, das den Habsburger über die Stimmung des Volkes besser unterrichtete als die Lügenmeldungen seiner bezahlten Schmeichler.

Das Anwachsen der reaktionären Strömungen und die Rüstungen der Reaktion wie unser Abwehrkampf werden im folgenden Kapitel dargestellt.

Die Wahlen.

Die Nationalratswahlen am 17. Oktober brachten uns wohl einen Stimmenrückgang, aber den bürgerlichen Parteien nicht das von ihnen gewünschte Ergebnis. Es wurden, wobei das Kärntner Wahlresultat vom 19. Juni 1921 einbezogen ist, im ganzen 2,850.378 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf:

Partei	Stimmen	Prozent
Sozialdemokraten	1,022.614	35·57
Christlichsoziale	1,204.926	42·27
Kommunisten	27.385	0·96
Großdeutsche Volkspartei	349.893	12·27
Deutschösterreichische Bauernpartei	101.918	3·57
Slowenen	9.863	
Christlichnationale Einheitsliste	9.050	
Bürgerliche Arbeitspartei	32.504	
Nationalsozialistische Partei	24.015	5·03
Demokraten	9.380	
Jüdischnationale	19.828	
Sozialistische und demokratische Tschechoslowaken	39.002	

Das Wahlergebnis ist nach allen Seiten in der Mainummer und Septembernummer des „Kampf" in zwei Artikeln von Robert Danneberg eingehend besprochen worden. Wir verweisen auf diese Ausführungen mit besonderem Nachdruck, weil alle in der Partei tätigen Genossen da sehr viele Richtlinien für ihre Arbeit entnehmen können.

Außer den Nationalratswahlen hat es im Berichtsjahr auch Landtagswahlen gegeben.

Der steirische Landtag wurde zugleich mit dem Nationalrat neu gewählt. Hiebei erhielten die Sozialdemokraten 140.884, die Christlichsozialen 175.500, die Großdeutsche Volkspartei 46.805, die steirische Bauernpartei 45.848, die Kommunisten 3012, die christlichnationale Einheitsliste 6057 und die Nationalsozialen 6057 Stimmen.

Gewählt wurden 30 Christlichsoziale, 22 Sozialdemokraten, 7 Großdeutsche und 7 Bauernparteiler. Im zweiten Ermittlungsverfahren, das neu eingeführt wurde, erhielten die Christlichsozialen noch 1 Mandat, die Bauernpartei ebenfalls 1 und die Sozialdemokraten 2 Mandate. In der aus 12 Mitgliedern bestehenden Landesregierung sitzen 4 Sozialdemokraten, 6 Christlichsoziale, 1 Großdeutscher und 1 Bauernbündler. Von den 6 Bundesratsmandaten erhielt unsere Partei 3.

Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen am 24. April 1921 erhielten die Sozialdemokraten 241.015, die Christlichsozialen 320.781, die Großdeutschen 82.072 und die Kommunisten 5477 Stimmen. Es wurden 32 Christlichsoziale, 22 Sozialdemokraten und 6 Großdeutsche gewählt. In der aus 7 Mitgliedern bestehenden Landesregierung sitzen 3 Sozialdemokraten und 4 Christlichsoziale.

Bei der Tiroler Landtagswahl am 25. Mai erhielten die Christlichsozialen 80.154, die Sozialdemokraten 26.673, die Großdeutsche Volkspartei 13.562, die Nationalsozialisten 1311, die Osttiroler Wählervereinigung (christlichsozial) 1948 und die Christlichen Kriegerwitwen 558 Stimmen. Gewählt wurden 27 Christlichsoziale, 8 Sozialdemokraten, 4 Großdeutsche, 1 Mitglied der Osttiroler Wählervereinigung. In der Landesregierung sitzt neben 5 Christlichsozialen und 1 Großdeutschen auch 1 Sozialdemokrat.

Die Landtagswahl in Kärnten fand zugleich mit der Wahl für den Nationalrat am 19. Juni statt. Die Sozialdemokraten erhielten 60.658, die Christlichsozialen 25.909, die Großdeutschen 15.913, die Bauernpartei 28.712, die Kommunisten 731, die Slowenen 9870 Stimmen.

Gewählt wurden 19 Sozialdemokraten, 8 Christlichsoziale, 4 Großdeutsche, 9 Bauernbündler und 2 Slowenen. Landtagspräsident wurde wie in Wien ein Sozialdemokrat. In der Landesregierung, die aus 8 Mitgliedern

besteht, sind 4 Sozialdemokraten — unter ihnen als Landeshauptmann Genosse Gröger — 1 Christlichsozialer, 2 Bauernbündler und 1 Großdeutscher. In den Bundesrat entsendet Kärnten nunmehr 2 Sozialdemokraten und 1 Christlichsozialen.

Der Kampf gegen die Reaktion.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie verurteilte die reaktionären Kräfte, die früher Österreich beherrscht hatten, auf einige Zeit zur Ohnmacht. Aber schon nach wenigen Monaten erhoben sie sich wieder und begannen in den Staaten, die auf dem Gebiet der habsburgischen Monarchie entstanden waren, eine emsige Wühlarbeit. Am eifrigsten waren sie in jenen zwei Staaten, die der Reaktion am ehesten einen Erfolg zu versprechen schienen: in Deutschösterreich und in Ungarn.

Das Wirken der Reaktion beschränkte sich nicht auf eine friedliche Agitation, sondern war von allem Anfang an auf die Schaffung einer materiellen Macht gerichtet. Die früheren Machthaber wußten nur zu gut, daß die Massen der von ihnen einst geknechteten Völker von einer Restauration der monarchischen Herrlichkeit nichts wissen wollen und daß sie freiwillig nie mehr das alte Joch auf sich nehmen werden. Deshalb arbeiteten sie an der Aufstellung bewaffneter Stoßtruppen der Reaktion, die mit Gewalt herbeiführen sollten, was auf friedlichem Wege nicht gelingen konnte.

In Deutschösterreich begann schon am Anfang des Jahres 1919 die Aufstellung bäuerlicher

Heimwehren.

Zum Teil verdankten sie dem damaligen Ringen Deutschösterreichs um eine günstige Staatsgrenze ihre Entstehung. In Steiermark und Kärnten wurden die ersten Heimwehren als eine bewaffnete Organisation zum Schutz der von den Jugoslawen bedrohten Grenze geschaffen. Aber dieser ursprüngliche Zweck ging alsbald verloren. Die Reaktion verstand es, die Heimwehren ihres ursprünglichen Zweckes zu entkleiden — was ihr um so leichter gelang, als der Heimatschutz nach dem Abschluß des Friedensvertrages keine Berechtigung hatte — und die Wehren zur Organisation des Bürgerkrieges umzugestalten. Unter dem Vorwand, gegen den „Bolschewismus" und „Spartakismus" rüsten zu müssen, wurden die Heimwehren zu militärischen Formationen ausgebaut, die stark genug sein sollten, gegen jede selbständige Regung der Arbeiterklasse die Gewalt der Waffen anwenden zu können.

Von Bayern kamen Emissäre der Reaktion in die österreichischen Länder und betrieben die Aufstellung der bäuerlichen Wehren. Mit welchem Erfolg dies geschah, geht aus unwidersprochen gebliebenen Mitteilungen unseres Innsbrucker Parteiorgans hervor, das am 18. Mai 1920 über die Organisation der Tiroler Heimwehren folgendes berichten konnte:

„In Tirol hat sich in der jüngsten Zeit ein Ordnungsblock gegründet, dem alle bürgerlichen Parteien mit alleiniger Ausnahme der Deutschdemokraten angehören. Diese edle Gemeinschaft setzt sich nun zum Ziel, die Sabotage des Friedensvertrages, die bisher von den Christlichsozialen allein betrieben worden ist, mit ganzer Kraft fortzusetzen. Wie man weiß, haben die Christlichsozialen ein ganzes Jahr an der Bewaffnung der Standschützen gearbeitet. Die Standschützen sind keine sportliche Vereinigung, sondern auch heute noch, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, eine kaiserlich-königliche Landsturmorganisation, also ge-

nau das, was sie vor und während des Krieges waren. Tausende moderne Infanteriegewehre, große Bestände an Munition, ja selbst Maschinengewehre sind in die Dörfer hinausgegeben worden. Jedes Dorf hat heute ein Waffenmagazin! Die Studenten in Innsbruck sind mit Waffen und Munition beteilt worden und haben diese lange Zeit hindurch in ihren Klublokalen verwahrt gehabt."

Die kommunistische Gefahr, die gar nicht besteht, wird vorgeschützt, um einen Deckmantel zur Bewaffnungsaktion gegen die Arbeiterschaft zu haben. Obwohl genügend Gendarmerie, Polizei und Wehrmacht im Lande ist, werden eigene bewaffnete Formationen aufgestellt, die nicht den Behörden, sondern den reaktionären Führern der Heimwehren zur Verfügung stehen. Das köstlichste ist, daß an der Spitze dieser selbständigen Armee ein Mitglied der Tiroler Landesregierung steht, der Christlichsoziale Dr. Steidle. Sein Stellvertreter ist ein deutschbürgerlicher Politiker Dr. Schmidt. Beiden Herren stehen ehemalige k. k. Offiziere als militärische Berater zur Seite. In den Werbestellen — die Herren haben solche in Innsbruck, Landeck, Imst, Schwaz, Hall, Kitzbühel und Kufstein aufgeschlagen; in diesen geht die Werbung genau so vor sich wie bei der Aufstellung von Freischärlerkorps — sitzen gleichfalls ehemalige k. k. Offiziere; diese sind auch für die Ausbildung der angeworbenen Mannschaften gewonnen. Wie uns von einer verläßlichen Seite berichtet wird, benützt man das Material der ehemaligen k. k. Evidenzstellen zur Bildung der Wehren. Nach dem Organisationsplan sollen Innsbruck, Schwaz, Kufstein, Kitzbühel, Imst und Landeck zu Ergänzungsbezirken ausgebaut werden, in welchen die Angeworbenen in Evidenz geführt werden. Von dort aus erhalten sie gegebenenfalls die Einberufung. Die Bewaffnung der Wehren erfolgt mit Infanteriegewehren, die im Laufe der Zeit dem Staate gestohlen worden sind. Munition ist in genügender Menge vorhanden. Auch Geschütze sind beiseite geschafft worden, damit man sie zur rechten Zeit bei der Hand hat...

Einen Einblick in die innere Organisation der reaktionären Armee gewähren die vorläufigen Satzungen der Heimwehren Tirols, die unzweideutig ihre Unabhängigkeit gegenüber den Behörden dartun und übrigens die gegen die Arbeiterschaft gerichtete Absicht der ganzen Unternehmung nur durch einige nichtssagende Redensarten zu verkleistern suchen. Hier der Wortlaut der Satzungen:

Landesleitung der Heimatwehren Tirols.

Vorläufige Satzungen der Heimatwehren Tirols.

1. Zweck.

a) Zum Schutze gegen außerordentliche Gefahren, von denen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere durch Gewalttätigkeiten gegen Leben und Eigentum bedroht wird, wird in jeder Gemeinde eine Heimatwehr errichtet. Sie ist ein unpolitischer, nichtmilitärischer Verband und hat die Aufgabe, die Behörden und Organe der Regierung in der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen.

b) Die Heimatwehren sind eine selbständige private Einrichtung des öffentlichen Wohles. Aus dem Volk hervorgegangen, beruhen sie auf völlig freiwilligem Zusammenschluß ihrer Mitglieder.

2. Gliederung.

Die Heimatwehren gliedern sich in den Orts-, Bezirks- und Landesschutz.

Der Ortsschutz umfaßt die älteren Wehrmänner und wird nur in der eigenen Gemeinde verwendet; der Bezirksschutz kann auch außerhalb der Gemeinde, jedoch im selben politischen Bezirk verwendet werden, der Landesschutz umfaßt die jüngsten Wehrmänner und steht im Bedarfsfalle zur Verwendung im ganzen Lande bereit.

3. Mitgliedschaft.

a) Der Beitritt ist freiwillige Ehrenpflicht für jeden, der nach seinen persönlichen Verhältnissen dazu in der Lage ist. Aufgenommen wird jeder regierungstreue, körperlich rüstige und gut beleumundete Einwohner, im allgemeinen nicht unter dem zwanzigsten Lebensjahre.

b) Die Anmeldung erfolgt beim Führer der Heimatwehren des Aufenthaltsortes oder bei dessen Werbestelle; hiebei hat der Beitretende zu erklären, ob er sich für den Orts-, Bezirks- oder Landesschutz verpflichtet.

c) Die Aufnahme ist abhängig von der Zustimmung eines Ausschusses, der aus der Heimatwehr gebildet wird.

d) Jedes Mitglied wird mit einer fortlaufenden Nummer in die Liste des Orts-, Bezirks- oder Landesschutzes eingetragen und unterzeichnet den Verpflichtungsschein. Damit beginnt die Zugehörigkeit zur Wehr. Das Mitglied erhält die Urschrift des Verpflichtungsscheines, eine Zweitschrift wird bei der Annahmestelle verwahrt.

4. Führung.

a) Entsprechend dem Grundsatz, daß der Dienst in den Heimatwehren grundsätzlich unentgeltlicher Ehrendienst ist, sind auch die leitenden Stellen grundsätzlich im Ehrendienst und mit Persönlichkeiten zu besetzen, die durch die freie Wahl der Mitglieder aus der Organisation selbst hervorgegangen sind.

b) Die Unterführer (Gemeinde- und Gruppenführer) werden von der Gesamtheit der Mitglieder, die Führer (Bezirks- und Führer der Heimatwehren Tirols) durch die Gesamtheit der Unterführer gewählt; ebenso deren Stellvertreter.

c) Die Führer der Heimatwehren ziehen je nach Bedarf zur Erledigung der Schreib- und Rechnungsgeschäfte, dann zur Verwaltung und Beaufsichtigung von Waffen und Schießbedarf die entsprechenden Hilfskräfte heran.

Richtlinien für das Einstellen besoldeter Hilfskräfte werden von der Landesleitung aufgestellt.

5. Dienstverhältnis.

a) Durch seinen Eintritt verpflichtet sich der Wehrmann, den Anordnungen seiner Führer Folge zu leisten. Dies gilt insbesondere für die Dauer des Einsatzes der Wehr sowie für die Dauer etwaiger Übungen.

b) Übungen und Versammlungen sollen nicht öfter als notwendig abgehalten werden. Bei ihrer zeitlichen Ansetzung ist der Berufstätigkeit der Mitglieder tunlichst Rechnung zu tragen.

6. Abzeichen und Ausweis.

a) Die Mitglieder der Heimatwehren tragen im Dienste als Abzeichen eine grün-weiße Armbinde mit Kennzeichen.

b) Außer der Armbinde muß das Mitglied noch einen schriftlichen Ausweis bei sich führen; als solcher gilt der Verpflichtungsschein bei Wehrmännern.

Führer, Stabsleiter und sonstige Offiziersdienstuer haben einen besonderen Ausweis mit Lichtbild bei sich zu führen.

7. Waffen.

a) Jeder Wehrmann ist für die ihm zugewiesene Waffe haftbar und zu ihrer Instandhaltung verpflichtet.

b) Hinsichtlich der der Heimatwehr zur Verfügung stehenden Waffen und Schießbedarfs gelten je nach örtlichen Verhältnissen besondere Bestimmungen, die von den einzelnen Führern erlassen werden.

8. Gebühren.

a) Die Tätigkeit der Wehrleute ist, da Ehrensache, eine unentgeltliche. Für besondere Fälle bleibt Regelung vorbehalten.

b) Die Tragung der Kosten für den Unterhalt der Heimatwehr sowie für die Dienstbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge regelt sich nach den jeweils geltenden Bestimmungen.

c) Bei der Verwendung der Heimatwehren im gemeindlichen Polizeidienst trägt die Gemeinde die Lasten.

9. Aufruf.

a) Der Aufruf der Heimatwehren erfolgt im Falle der Not, das ist beim Eintritt außerordentlicher Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit, durch die Führer oder deren Stellvertreter und gewöhnlich auf Ersuchen der Organe des öffentlichen Verwaltungs- und Sicherheitsdienstes oder der Gendarmerie.

b) Ist Gefahr im Verzug, so rufen die Führer (Stellvertreter) die Heimatwehren oder Teile derselben selbständig auf.

10. Austritt.

Jeder Wehrmann kann seinen Austritt aus der Heimatwehr erklären; diese Erklärung hat schriftlich zu erfolgen.

Wer gegen die Aufnahmsbedingungen verstößt, wird ausgeschlossen. Der ausscheidende Wehrmann hat seine gesamte Ausrüstung (Waffen, Schießbedarf, Abzeichen, Ausweis) sofort an der bezeichneten Stelle abzuliefern.

11. Verkehr mit den Behörden.

Für den Verkehr mit den Behörden gilt vorläufig der Grundsatz, daß örtliche Wehren (Heimatwehr der Gemeinde) und Heimatwehrgruppen (Zusammenfassung mehrerer Gemeindeheimatwehren) mit den Gemeindeämtern, respektive Stadtmagistraten, die Bezirksleitungen der Heimatwehren mit den Bezirkshauptmannschaften und die Landesleitung der Heimatwehren mit der Landesregierung direkt verkehren und zusammenarbeiten.

Über dieses Zusammenarbeiten ist die Landesleitung in wesentlichen Belangen zu unterrichten.

Innsbruck, den 15. Mai 1920.

gez: Dr. Richard Steidle,
Führer der Heimatwehren.

Daß die Tiroler Heimatwehren unter der tätigen Mithilfe bayrischer Reaktionäre entstanden und von ihnen sowohl mit Geld als auch mit Waffen reichlich versorgt wurden, läßt sich an vielen unwiderleglichen Tatsachen beweisen. Wiederholt gelang es, die Reaktionäre des

Waffenschmuggels von Bayern nach Tirol

zu überführen. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1920 wurde ein vollbeladenes bayrisches Militärauto in Imst festgestellt, das bei einem christlichsozialen Großbauern einen Teil seiner Ladung, die aus 15 Maschinengewehren, Gewehren, Revolvern und Munition bestand, ablud. Am 23. Juni 1920 wurde von der Innsbrucker Arbeiterschaft ein Lastenauto angehalten und zur Polizei gebracht, auf dem sich 455 Gewehre, 20 Kisten Gewehrmunition sowie eine Revolverkanone mit der dazugehörigen Munition befanden. Einige Tage später wurde einwandfrei festgestellt, daß sich im Prämonstratenserkloster in Wilten ein Waffenlager der Heimwehren befand. Einigen Heimwehrleuten, die sich nächtlicherweise mit Gewehren aus dem Kloster entfernen wollten, wurden die Waffen abgenommen; es waren Waffen deutscher Herkunft. Am 26. Oktober 1920 beschlagnahmten Eisenbahner in Innsbruck einen von Bayern kommenden Waggon, in dem sich nicht weniger als 71 Kisten mit Gewehren, Maschinengewehren und bayrischen Uniformen befanden. Der diesen Transport führende bayrische Major redete sich nach seiner Anhaltung darauf aus, daß er die Waffen nach Kärnten zur Aufstellung eines Grenzschutzes gegen Jugoslawien hätte führen wollen.

Nachdem durch die Entdeckung dieses ausgedehnten Waffenschmuggels die Verbindung der Tiroler Heimwehren mit den gleichgesinnten bayrischen

Organisationen öffentlich geworden war, ließen die Macher selbst die Hülle von ihren Masken fallen. Ende Juli 1920 fand in München eine Zusammenkunft österreichischer und bayrischer Heimwehrführer statt, bei der nach einer Rede Escherichs die Tiroler und Salzburger Heimwehren öffentlich erklärten, daß sich ihre Organisation von nun an dem Oberkommando der bayrischen Orgesch unterstelle. Mit dieser Erklärung war der Ring geschlossen. Die Wittelsbacherei in Bayern trat offen als Waffengefährte der österreichischen Heimwehren auf.

Das Bündnis der vereinigten Reaktionäre sollte in einer demonstrativen Festvorstellung in Innsbruck einen weiterhin sichtbaren Ausdruck finden. Die Tiroler Heimwehren luden ihre bayrischen Gesinnungsgenossen für den 20., 21. und 22. November 1920 zu einem Landesschießen auf dem Berg Isel bei Innsbruck ein. Dieses Landesschießen sollte eine Probemobilisierung, eine

Truppenschau der Tiroler Reaktionäre

sein, das durch die Teilnahme der bayrischen Orgesch den effektvollen Hintergrund erhielt.

Der Tiroler Arbeiterschaft bemächtigte sich ob des Planes der Reaktionäre eine große Aufregung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten brachten im Tiroler Landtag einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Landesregierung aufforderte, das Festschießen zu untersagen und die Abgesandten der bayrischen Orgesch nicht im Lande zu dulden. Als sich die Tiroler Landesregierung mit den Heimwehrführern identifizierte, wandten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten an die Bundesregierung. Der Bundeskanzler Dr. Mayr empfahl der Tiroler Landesregierung, das Festschießen zu unterlassen, fand aber mit diesem Verlangen kein Verständnis bei seinen Tiroler Parteifreunden, die auf der Veranstaltung der reaktionären Demonstration beharrten. Als alle gütlichen Interventionen fruchtlos geblieben waren, griff die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe. Um zu verhindern, daß die bayrische Orgesch nach Innsbruck komme, wurde für die Tage des Festschießens der Streik auf den Tiroler Eisenbahnen proklamiert. Der Beschluß wurde mit musterhafter Disziplin befolgt. Es verkehrte kein einziger Eisenbahnzug, so daß der Einzug der ausländischen Gäste unterbleiben mußte. In der Stadt Innsbruck selbst hielten Angehörige eines zur Abwehr reaktionärer Putsche geschaffenen Arbeiterbataillons strenge Wacht.

Die tatkräftige Abwehr der Tiroler Arbeiterschaft bereitete dem Feste der Monarchisten ein klägliches Fiasko. Es blieb auf einige Tiroler Heißsporne beschränkt und mußte überdies vorzeitig abgebrochen werden. Als die Niederlage der Reaktion offenkundig geworden war, wurde der Verkehrsstreik abgebrochen und auch alle anderen Abwehrmaßnahmen konnten nun eingestellt werden. Der Aufruf, mit dem das Aktionskomitee den Kampf für beendet erklärte, hat folgenden Wortlaut:

An das Volk!

Der angekündigte Einbruch der Haufen des Monarchisten Escherich ist abgewehrt, die für den gestrigen Sonntag geplant gewesene große Demonstration für die Ziele der Orgesch, Tirol mit einem monarchistischen Bayern zu vereinigen, ist vollständig mißlungen.

Der gestrige und vorgestrige Tag hat bewiesen, daß die traurigen Elemente, die unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Bolschewismus für die weitere

Zertrümmerung Deutschlands und die Aufrichtung einer neuen Wittelsbacher-Monarchie arbeiten, keinen ernsten Anhang finden in der Bevölkerung von Tirol.

Die Masse des Volkes steht fest auf dem Boden der Republik und will den Anschluß an das einige republikanische Deutschland.

Nach dem Mißlingen der Kundgebung für Escherich und Wittelsbach entfällt für die Arbeiterschaft der Anlaß zu einer Fortsetzung des Kampfes mit den angewendeten Mitteln.

Der Leitungsausschuß der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften hat gestern Sonntag abends beschlossen, die infolge der außerordentlichen Verhältnisse angewendeten Maßregeln wieder aufzuheben.

Im Laufe des heutigen Montags wird der Eisenbahnverkehr in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Gewehr bei Fuß beobachtet die Arbeiterschaft die weitere Entwicklung: sie wird für die Vereinigung aller Deutschen in einer demokratischen und sozialen Republik kämpfen und ihre ganze Kraft gegen alle künftigen Anschläge auf dieses hohe und schöne Ziel einsetzen.

Der Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei
und der Gewerkschaften von Tirol.

Die Tiroler Monarchistendemonstration hat auch die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigt. Im Tiroler Landtag kam es bei der Beratung eines sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrages zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern der reaktionären Umtriebe und den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft. Im Nationalrat brachten die Abgeordneten Scheibein, Deutsch, Witternigg und Genossen folgende dringliche Anfrage an die Bundesregierung ein:

„1. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Entwaffnung der Heimwehren herbeizuführen, den Waffenschmuggel zu hindern und die Aufstellung weiterer Wehren zu verhindern?

2. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die geplante Einreise bewaffneter Heimwehrleute aus Bayern zum Tiroler Landesschießen der Heimwehren zu verhindern?

3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mitglieder der Tiroler Landesregierung, an der Spitze der dortigen Heimwehren stehend, in Mißachtung ihrer beschworenen Pflichten eine Bevölkerungsklasse zum Kampfe gegen eine andere mit Waffen beteilt?

4. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die einen Bürgerkrieg anzettelnden Mitglieder der Tiroler Landesregierung vor das zuständige Gericht zu bringen?

5. Ist die Regierung bereit, falls ihr die Entwaffnung der Heimwehren nicht innerhalb der nächsten Zeit gelingt, auch den Notwehrorganisationen der Arbeiter die nötigen Waffen zur Verfügung zu stellen, um das Gleichgewicht der Klassen wieder herzustellen?

Die Verhandlung dieser dringlichen Anfrage gestaltete sich zu einer gründlichen Abrechnung mit den reaktionären Machenschaften der Christlichsozialen, die den wuchtigen Anklagen unserer Genossen nur ein verlegenes Gestammel entgegenzusetzen vermochten.

Während sich die Gegensätze zwischen den Heimwehren und der Arbeiterschaft in Tirol zum offenen Konflikt zugespitzt hatten, versuchten die Reaktionären in den anderen Bundesländern heimlicherweise Fuß zu fassen. Ihr nächstes Betätigungsfeld war

Salzburg.

In diesem Lande wurde in enger Verbindung mit den Reaktionären Tirols und Bayerns eine Heimwehrorganisation geschaffen, die in der gleichen

Weise von den christlichsozialen Parteimännern geführt wurde, wie in den anderen österreichischen Ländern. Die Waffen besorgten sich auch die Salzburger im Wege des Schmuggels. Ein interessantes Dokument dieses Schmuggels gelangte in die Hände sozialdemokratischer Abgeordneter. Es ist folgender Bericht eines Gendarmen an die Bezirkshauptmannschaft Hallein gekommen:

Landes-Gendarmeriekommando Nr. 1.

Posten Kuchel, zu Nr. 5, Reservat.

Heimwehrwaffenschmuggel
aus Bayern.

An die Bezirkshauptmannschaft Hallein.

Kuchel, 15. Oktober 1920.

Zur hier vorliegenden Anzeige vom 15. Juni 1920, E.-Nr. 5, reservat, wird angezeigt, daß in den Nächten vom 10. bis 15. Oktober 1920 über die Reichsgrenze aus Bayern über das Torrener-Joch und Bluntautal, Postenrayon Golling, durch die Heimwehren des Tennengaues eine große Anzahl Waffen herübergeschmuggelt wurden. In jeder Nacht gingen 30 bis 40, in der Nacht vom 14. bis 15. Oktober 1920 sogar 53 Mann über Bluntau auf das Torrener-Joch und von dort auf die bayrische Königsalpe, um die Waffen, jeder Mann 7 Stück, abzuholen. Vom Bluntautale wurden sie mit Fuhrwerken, einer der Fuhrleute ist der Lechnerbauer in Torren, in den hiesigen Postenrayon gebracht und von hier wieder für Heimwehren in Adnet weitergeschmuggelt. Auch die Heimwehr Abtenau soll eine große Anzahl Waffen erhalten haben, die über Golling nach Abtenau geschmuggelt wurden. Die Heimwehr in Kuchel soll 400 bis 500 Gewehre und ein Maschinengewehr (kleine Handmaschine) bekommen haben. Die Waffen wurden in der Nähe von Kuchel gemeinsam deponiert, sind jedoch bereits auf die ganze Gemeinde in kleine Partien bis zu fünf Stück verteilt worden. Der Aufbewahrungsort des Maschinengewehres ist mir nicht bekannt. Die vorstehenden Daten sind mir durch einen sehr verläßlichen Vertrauensmann mitgeteilt worden, und die Verteilung in der letzten Nacht habe ich selbst beobachtet. Die Leute arbeiteten ohne zu sprechen und habe ich sie in der Dunkelheit nicht erkannt.

Unterschrift:
Revierinspektor.

Für die Richtigkeit der Abschrift: Revierinspektor.

Hallein, 29. Oktober 1920.

Noch interessanter als der Bericht selbst, der so klar und eindeutig den Waffenschmuggel der Salzburger Heimwehr schildert, ist, was mit dem Bericht geschah. Die Bezirkshauptmannschaft Hallein hat nämlich diesen Bericht nicht weitergeleitet und wollte auf diese Weise die peinliche Sache vertuschen . . .

Der Hergang dieser ganzen Angelegenheit zeigt deutlich, daß die Heimwehren auch von österreichischen Behörden sorgsam beschützt werden. Es konnte festgestellt werden, daß die Salzburger Heimwehr von ehemaligen bayrischen Offizieren kommandiert wurde, daß ein bayrischer Postamtsdirektor die Schriften und das Geld auf geheimen Wegen nach Salzburg schmuggelte, wobei ihm Beamte des österreichischem Zollamtes in Salzburg behilflich waren. Ja sogar Beamte der Staatspolizei waren insofern mit im Spiele, als sie den Kurieren der Heimwehren beim Grenzübertritt behilflich waren oder zumindest in sträflicher Fahrlässigkeit ihren Grenzübertritt zu übersehen pflegten! Auch an der Spitze der Salzburger Heimwehren standen Mitglieder der Salzburger Landesregierung!

Von Salzburg aus versuchte die Bewegung nach Oberösterreich überzugreifen. Aus einer Anzeige von zwei Teilnehmern einer geheimen

Versammlung in Altenhof ging hervor, daß im Schloß Altenhof des früheren Grafen Salburg Zusammenkünfte stattfanden, die bezweckten, einen

„Selbstschutzverband"

der Bauern zu gründen. Aus den Grundsätzen des Selbstschutzverbandes ging hervor, daß es sich um die Schaffung einer bäuerlichen Kampforganisation handelte. Es sollten die Mitglieder des Selbstschutzverbandes in drei Klassen eingeteilt werden. Die Mitglieder der ersten Klasse waren dazu ausersehen, ihr eigenes Haus zu verteidigen und innerhalb der eigenen Gemeinde Ordnungs- und Sicherheitsdienst zu versehen. Die Mitglieder der zweiten Klasse sollten den Ordnungs- und Sicherheitsdienst innerhalb der ganzen eigenen Bezirkshauptmannschaft besorgen. Die Mitglieder der dritten Klasse waren dazu bestimmt, das Kontingent der eigentlichen mobilen Landesschützen zu stellen. Diese Gruppe stellte die eigentliche Kampfformation dar. Sie war dazu ausersehen, überall dort einzugreifen, wo es die Reaktionäre für notwendig fanden, eine „Ordnung" nach ihrem Sinne herzustellen. Auch in Oberösterreich suchten sich die Heimwehren im Wege eines ausgedehnten Schmuggels die Waffen zu besorgen.

Von den Heimwehren in Steiermark und Kärnten haben wir bereits erwähnt, daß sie ursprünglich aus Anlaß der Grenzverteidigung entstanden, aber später zu reaktionären Kampforganisationen wurden. Die steirischen Heimwehren hatten im Bauernkommando Straden eine oberste militärische Leitung.

Ungemein lehrreich sind die Zusammenhänge zwischen den Heimwehren und gewissen kapitalistischen Gruppen, die die bewaffneten Bauernformationen als eine

Schutztruppe des Großkapitals

betrachteten und mit Geld unterstützten. Zum Vermittler zwischen dem Großkapital und den Heimwehren gab sich der christlichsoziale Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ahrer her. In einer dringlichen Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten des steirischen Landtages an den Landeshauptmann wird die Aktion des Herrn Dr. Ahrer folgendermaßen beschrieben:

„Am Samstag den 5. März referierte Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ahrer in einer Sitzung des Hauptverbandes der Industriellen unter Beiziehung der Vertreter der Großbanken über die Notwendigkeit, die Heimwehren in Steiermark auszubauen, beziehungsweise schlagfertig zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes forderte er die anwesenden Vertreter der Großbanken, der Industriellen und der Großgrundbesitzer auf, 5 Millionen Kronen jährlich für die genannten Zwecke aufzubringen und zur Verfügung zu stellen. Den Einwänden der Kapitalsvertreter gegen diese Art von Geldaufbringung für Zwecke der Bewaffnung und Rüstung von Heimwehren begegnete Doktor Ahrer mit dem Hinweis auf die Kommunisten- und Bolschewistengefahr und auf den angeblich geübten Terror der Arbeiterschaft. Die Vertreter des Großkapitals beschlossen daher über Einfluß des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Ahrer die Aufbringung der gewünschten Summe, nachdem die strengste Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit gefordert wurde.

Es ist außer allem Zweifel, daß durch diese Art der geheimen, einseitigen Aufrüstung und Bewaffnung von bestimmten Volksschichten eine kolossale Gefahr für die ruhige Fortentwicklung und den so notwendigen Wiederaufbau unserer durch die Kriegsfolgen zerrütteten Volkswirtschaft entsteht. Die organisierten Arbeiter- und Angestelltenverbände müssen in diesem Vorgehen eine schwere Gefährdung der demokratischen und republikanischen Staatsverfassung erblicken, da der Vorwand, es gehe gegen den Kommunismus und Bolschewismus, nicht stichhältig ist, und gerade die organisierte Arbeiterschaft in Deutschösterreich es bisher war, die jedwede Experimente in diesem Sinne ablehnte und zu verhindern wußte, zu einer Zeit, wo alle Autorität im Staate nicht imstande gewesen wäre, sie zu verhindern. Nach Überzeugung der Arbeiterschaft richtet sich also diese Aufrüstung nur gegen ihre Organisationen und gegen die bestehende Verfassung. Die Namen der die Heimwehren führenden Personen haben bis heute deutlich bewiesen, daß in diesen Kreisen der Gedanke der Restauration des Monarchismus nicht fallen gelassen wurde und daß diese noch immer hoffen, im Laufe der kommenden Zeit eine Rückentwicklung in politischer Beziehung herbeiführen zu können. Wie weit diese Hoffnung bereits gediehen ist, beweist das plötzliche Erscheinen des Exkaisers Karl in Budapest, das nur durch seine Verbindungen in Österreich und besonders in Steiermark möglich geworden sein kann.

Diese Erwägungen veranlassen die organisierten Arbeiter- und Angestelltenverbände naturgemäß zu den schärfsten Gegenmaßregeln, das heißt, es werden von diesen Organisationen ebenfalls die Mittel unter allen Umständen aufgebracht werden, um die Wehrhaftigkeit der Arbeiterschaft zu steigern, beziehungsweise herzustellen. Ein allgemeines Wettrüsten ist die Folge der unverantwortlichen Machinationen des in diesem Falle als Privatmann auftretenden Landeshauptmannstellvertreters Dr. Ahrer. Die Spannung zwischen den Bevölkerungsschichten muß wachsen und kann unter Umständen zu Explosionen führen, die gerade das Gegenteil von dem herbeiführen, was angeblich verhindert werden soll."

Die Antwort des Herrn Ahrer und seiner reaktionären Spießgesellen auf diese aufsehenerregenden Enthüllungen war nichts als ein leeres Gestammel. Er konnte die Tatsache, daß er sich um die Besorgung des Geldes für die Heimwehren bemüht hatte, nicht leugnen! Zu seiner Rechtfertigung brachte er nichts anderes vor, als daß er nicht als Landeshauptmannstellvertreter, sondern als „Privatmann" die Geldmittel beschaffte. Als nicht uninteressantes Detail sei noch erwähnt, daß die 5 Millionen Kronen nach dem Plane des Doktor Ahrer in folgender Weise aufgebracht werden sollten: 2 Millionen Kronen hatten die Großbankfilialen und Banken Steiermarks, 2 Millionen Kronen die steirischen Industriellen und 1 Million Kronen die Großgrundbesitzer zu entrichten. Allen, die an dieser Verschwörung gegen die Arbeiterschaft teilnahmen, war natürlich vom Herrn Landeshauptmann strengste Geheimhaltung zugesichert worden.

Wo die Heimwehren sich die Waffen nicht im Wege des Schmuggels verschaffen konnten, griffen sie unbedenklich zum

Waffendiebstahl.

In den letzten zwei Jahren fand eine ganze Reihe von Überfällen auf staatliche Waffen- und Munitionslager statt. Wir wollen nur die markantesten Fälle hier anführen:

Im Sommer 1919 wurde ein staatliches Waffenlager in Hartberg (Steiermark) von den Heimwehren geplündert. Im Herbst 1920 wurde auf Veranlassung und unter der Mitwirkung des Wolfsberger (Kärnten) Bürgerrates ein Waffenmagazin der Volkswehr des Lavanttales beraubt und mehrere hundert Gewehre an die Bürgerwehr ausgegeben. Auf eine ähnliche Weise wurde ein staatliches Waffenmagazin in Spittal an der Drau (Kärnten) bestohlen und die Waffen den Reaktionären in die Hände gespielt. Auch in Klagenfurt kam auf eine ähnliche Weise die Bewaffnung von Bürgern und Studenten mit Gewehren und Maschinengewehren zustande.

Am ausgedehntesten wurde der Waffendiebstahl in Tirol betrieben. Im Jänner 1921 wurden aus einem militärischen Depot in Kramsach 22 Gebirgsgeschütze gestohlen! Dieser Riesendiebstahl wurde, wie alsbald bewiesen werden konnte, von Heimwehrleuten ausgeführt. In einer an das Gericht erstatteten Anzeige wurden die Namen der Diebe, der Wagenlenker, der Autos und der Organisatoren des großen Unternehmens genannt. Trotzdem blieb die gerichtliche Untersuchung in ihrem Anfangsstadium stecken. Der Grund hiefür ist in der Tatsache zu suchen, daß hinter diesem Diebstahl niemand anderer steckt, als die Führer der Tiroler Heimwehren, die gleichzeitig Mitglieder der Landesregierung sind!

Einige Wochen später wurde in Kramsach neuerdings ein Diebstahl versucht. Zwei Heimwehrleute wollten den dort diensttuenden Posten mit 20.000 Kr. bestechen, wenn er ihnen gestatten würde, ein Geschützrohr aufzuladen. Obwohl einer der beiden Männer, die diesen Bestechungsversuch machten, ausgeforscht und der Behörde namhaft gemacht werden konnte, ist das Gericht gegen ihn nicht eingeschritten.

Am 25. März 1921 wurden aus einem staatlichen Munitionsmagazin in der Höttinger-Au bei Innsbruck 148.500 8 Millimeter Gewehrpatronen und 67.500 7·92 Millimeter Gewehrpatronen gestohlen. Auch die Untersuchung dieses Diebstahls verlief im Sande, obwohl alle Einzelheiten genau erhoben und die Schuldigen festgestellt worden waren.

Ende Mai 1921 wurden aus einem Artilleriemagazin der Wehrmacht in Hall 23 Mauserpistolen, 7 Maschinengewehre und eine große Anzahl optischer Instrumente gestohlen. Der Verwalter des Magazins war ein Offizier, der als Organisator der Heimatwehren bekannt war.

Alle diese Diebstähle waren nur möglich durch die verbrecherische Mithilfe, die die Heimwehrleute bei Offizieren, Beamten, am meisten aber bei Mitgliedern der christlichsozialen Landesregierung fanden. Besser als alle Worte es zu tun vermögen, zeigen die Waffen- und Munitionsdiebstähle der Heimwehren, wessen sich die Arbeiterschaft von der Reaktion zu versehen hat. In ebenso rücksichtsloser wie großzügiger Weise wird seit dem Bestande der Republik von der Reaktion zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft gerüstet. Wenn es nicht möglich war, die Waffen aus dem reaktionären Bayern nach Österreich zu schmuggeln, stürzten sich die Heimwehren auf staatliche Depots, die sie in der unverschämtesten Weise beraubten. Die Gerichte, die gegen Arbeiter so rasch mobilisiert sind, blieben allen Munitions- und Waffendieben gegenüber völlig untätig ...

Nachdem die Organisation der Reaktionäre in den österreichischen Alpenländern eine gewisse Höhe erreicht hatte, versuchten sie nunmehr auch in Wien und Niederösterreich festen Fuß zu fassen. Im Spät-

herbst des Jahres 1920 begannen die Bestrebungen der Heimwehr auch in Niederösterreich und Wien einzudringen. Aus dem Waldviertel und aus dem Viertel unter dem Wienerwald kamen Nachrichten über Versuche, Heimwehrorganisationen aufzustellen. Die Heimwehren traten hier unter dem Titel eines „Selbstschutzverbandes" auf. Am 3. November 1920 wurden vom Staatsamt für Inneres und Unterricht die Satzungen eines solchen Verbandes genehmigt. In einem Aufruf, der mit den Satzungen verbreitet wurde, erklärte dieser Selbstschutzverband:

„Der Staat als solcher kann uns nicht helfen, da er keine oder zu wenig Macht dazu besitzt, denn niemand wird ernstlich glauben, daß sich etwa unsere Wehrmacht zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwenden ließe..."

Da die Reaktionäre nicht hoffen konnten, daß die Wehrmacht jene Ordnung mit Gewalt herbeiführt, die sie sich sehnlichst wünschten, gingen sie selbst daran, das „Ordnungmachen" in die Hand zu nehmen. Der Selbstschutzverband wurde zu einer

Vereinigung des ganzen reaktionären Heerbannes.

Es traten ihm bei: der Bund Ordnungs- und Wirtschaftsschutz, der Burschenbund, die Vereinigung christlichsozialer Militärgagisten, der Deutsche Turnerbund, die Frontkämpfervereinigung, der Nationalverband deutschösterreichischer Offiziere. Der Verband teilte selbst mit, daß er mit der Orgesch im Deutschen Reich im engsten Zusammenhang stehe!

Wie aus den Satzungen und der vorher gezeigten Zusammensetzung des Wiener und niederösterreichischen Selbstschutzverbandes hervorgeht, haben die Reaktionäre im Zentrallande der Republik ihre bewaffneten Organisationen nicht auf Bauern, sondern auf dem Bürgertum aufgebaut. Während in den Ländern draußen die Heimwehrformationen des flachen Landes die Kraft der Reaktionäre darstellen, sollten in Wien und Niederösterreich die abgerüsteten Offiziere und Studenten zur bewaffneten Macht der Reaktion zusammengefaßt werden. Am meisten machten in Wien die sogenannten Frontkämpfer von sich reden. Die „Frontkämpfervereinigung", deren Hauptgeschäftsstelle sich in Wien III, Schützengasse 25, befindet, sammelt alles, was an reaktionärer Kraft vorhanden ist, zu einer Organisation des Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Unter dem Vorwand, ein geordnetes Wirtschaftsleben schaffen zu wollen und den „Bolschewismus" zu bekämpfen, trachten sie eine Bewaffnung der bürgerlichen Jugend herbeizuführen, die den „roten Terror" brechen soll. In einem Aufruf der Frontkämpfervereinigung heißt es: „Der Frontkämpfer hat ein Recht darauf, an der Ordnung der Dinge mitzuarbeiten, er ist willens und fühlt die Kraft in sich, den roten Terror zu brechen, um in geordnete Verhältnisse zu kommen und nicht weiter als Paria der sozialistisch-bolschewistischen Gesellschaftsordnung sein Dasein fristen zu müssen."

Ihre Daseinsberechtigung sucht die Frontkämpfervereinigung dadurch zu beweisen, daß sie ab und zu einen Krakeel veranstaltet, um die Arbeiterschaft zu provozieren. Als Ziel schwebt ihr vor, in ähnlicher Weise wie die Fascisten in Italien der Arbeiterklasse entgegenzuwirken. Der größte Teil ihrer Mitglieder sind ausgesprochene Monarchisten, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die Republik und ihre Einrichtungen auf das gemeinste zu beschimpfen. Natürlich läuft bei ihrer Agitation auch ein wilder Radauantisemitismus mit. Wir setzen eine Probe

ihrer Sprache hieher, die den „Wiener Stimmen" vom 26. August 1920 entnommen ist:

„Männer, Frauen, Kinder, werbet für diesen euren Schutz! Schon zählt er Tausende, aber er muß alle umschließen, die der roten Judenbestie und ihrem verblendeten Heerbann ein „Bis hierher und nicht weiter!" entgegenschleudern wollen. Unter der stillschweigenden Duldung — und sogar Förderung — eines Kollegs von „Staatssekretären" darf in Österreich eine jüdische Verbrecherhorde Millionen von bodenständigen Österreichern offen — und insgeheim — mit Mord, Plünderung und Versklavung bedrohen!

Die Frontkämpfervereinigung soll uns für den „Fall der Tat" Rückhalt und Schutzwall sein, um jeden Feind zu zerschmettern. Sie soll „Ordnung" mitschaffen helfen, wenn die Karolyis von Wien ihrem Bela Kohn die Regierung vertrauensvoll in die Hände spielen lassen sollten. Kein Judengekläff der Welt darf uns davon abhalten, uns selber zu schützen, wo jeder Schutz versagt. Alle herbei zu den Frontkämpfern, die ihr entschlossenen Willens seid!"

Nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung ist die Agitation der Frontkämpfervereinigung nicht geringer geworden. Trotzdem nunmehr in Österreich der christliche Kurs allein regierte, hat die Frontkämpfervereinigung nicht aufgehört, gegen die Arbeiterklasse zu rüsten. Mehrmals gelang es, bei ihren Angehörigen beträchtliche Waffenlager zu beschlagnahmen.

Um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, haben die Frontkämpfer und die ihnen nahestehenden Zeitungen Gerüchte über die Schaffung von Arbeiterwehren verbreitet und sich sogar nicht gescheut, die Ententemissionen gegen die Arbeiterwehren aufzurufen.

Die in Wien tätigen Ententeoffiziere sind ihrer eigenen Gesinnung nach von vornherein bereit, der österreichischen Reaktion Helfersdienste zu leisten. Gesellschaftliche Beziehungen vielfacher Art verbinden sie mit den Kreisen des Wiener Bürgertums und der früheren Aristokratie. Bei den geselligen Veranstaltungen werden die Fäden gesponnen, die die heimische Reaktion mit der internationalen Reaktion verknüpfen.

Gegenüber den Heimwehren vom flachen Lande, die sich reichlich mit Waffen versorgten, und gegenüber der bürgerlichen Jugend in Wien und den anderen Städten Österreichs, die sich ganz offen zu bewaffneten Formationen gegen die Arbeiterschaft zusammenschlossen, blieben die ausländischen Militärmissionen vollständig teilnahmslos. Von den Ententeregierungen zur Überwachung der Entwaffnung Deutschösterreichs nach Wien entsendet, entwickelten sie sich in Wahrheit von Tag zu Tag in immer offenkundigerer Weise zu

internationalen Schergen der Reaktion.

Es fiel den fremden Offizieren nicht ein einzigesmal ein, den Heimwehren oder den Frontkämpfervereinigungen entgegenzutreten. Dafür beeilten sie sich aber, ihre Unentbehrlichkeit im Kampfe gegen die Arbeiterklasse unseres Landes zu beweisen. An jeder Intrige, die gegen die Arbeiterschaft angezettelt wurde, hatten die Ententeoffiziere ihr vollgerüttelt Maß. Sie waren es, die, beeinflußt von den heimischen Reaktionären, das bekannte Junktim zwischen Gendarmerie und Wehrmacht erfanden. In einer Reihe von Noten haben die Militärmissionen von der österreichischen Regierung verlangt, daß sie nur dann Wehrmänner anwerben dürfe, wenn sie eine gleich große Anzahl Gendarmen entlasse. Bei der christlichsozialen Regierung fand dieses Verlangen, das ja die Ententemissionen nur unter dem Druck der heimischen Reaktion gestellt hatten, ein geneigtes Ohr. Die

christlichsoziale Regierung war selbstverständlich sofort bereit, die Zahl der Wehrmänner zu verringern, um dafür die der Gendarmen zu erhöhen.

Es bedurfte erst eines energischen parlamentarischen Vorstoßes der sozialdemokratischen Abgeordneten im Nationalrat, um die Junktimspläne der Reaktion zu durchkreuzen. Die Zusammenhänge zwischen den Wünschen der österreichischen Christlichsozialen und den Noten des interalliierten Heeresüberwachungsausschusses wurden am 2. und 3. März im Nationalrat von den Genossen Deutsch und Bauer klar aufgezeigt. Nunmehr die Schande der christlichsozialen Politiker, die sich trotz ihres angeblich so hoch entwickelten nationalen Bewußtseins hinter fremde Militärmissionen gesteckt hatten, offenbar geworden war, mußte der Junktimsplan fallen gelassen werden.

Die fremden Militärmissionen begnügten sich aber nicht damit, den Versuch zu unternehmen, die republikanische Wehrmacht zu verringern, um dafür die Gendarmerie, die von der Bourgeoisie für zuverlässiger erachtet wurde, zu vermehren, sondern sie begannen eine Bespitzelung der Arbeiterschaft, die den Zweck hatte, angeblich versteckt gehaltene Waffen zu entdecken. Während die Ententemissionen von der Bewaffnung der Bauernschaft und des Bürgertums absichtlich nichts sehen wollten, waren sie ungemein begierig, nach Waffen unter der Arbeiterschaft zu fahnden. Die Ergebnisse der

Waffensuche bei der Arbeiterschaft

entsprachen freilich nicht ihren Erwartungen. Die Ententemissionen haben keine Waffen gefunden, sie haben sich aber dafür eine um so größere Blamage geholt. Am 27. Mai 1921 ist in der Bäckerei der Konsumgenossenschaft Wien in der Wolfganggasse in Meidling eine Kommission von Ententeoffizieren erschienen, um nach angeblich verborgenen Waffen zu fahnden. Die fremden Offiziere waren ganz widerrechtlicherweise von heimischen Polizeiorganen begleitet. Eine Abteilung von Polizeileuten umstellte das Haus der Konsumgenossenschaft, in dem das Unterste zu oberst gekehrt wurde, um Waffen zu finden. Freilich vergeblich.

Die österreichische Öffentlichkeit hat sich mit Recht dagegen zur Wehr gesetzt, daß fremde Offiziere sich anmaßen, in die Häuser österreichischer Staatsbürger einzudringen, um dort eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Allerdings waren die fremden Offiziere von Polizeiorganen begleitet gewesen, aber die Teilnahme österreichischer Organe an dem eklatanten Hausfriedensbruch war nicht minder ungesetzlich, als das Verhalten der ausländischen Offiziere selbst.

Über den Hergang der Sache erfuhr man nachträglich, daß der englische Oberst Gosset sich an die österreichische Regierung um Beistellung einer Polizeiassistenz zur Beschlagnahme von Waffen im Gebäude der Konsumgenossenschaft Wien gewendet habe. Die österreichische Regierung war willfährig genug, den fremden Offizieren, anstatt ihr Ansinnen energisch zurückzuweisen, die verlangte Polizeiassistenz zu bewilligen. So kam es zu der Hausdurchsuchung, die eine Kette schamloser Gesetzesverletzungen darstellt. Die Abgeordneten Deutsch und Sever haben in einer Anfrage an die Bundesregierung gegen den verübten Hausfriedensbruch protestiert und von der Regierung Rechenschaft über den Vorfall verlangt.

Die Regierung entschuldigte sich über die Mißgriffe, die bei dieser Waffensuche vorgekommen sind. Aber schon einige Wochen später, am 13. Juli 1921, wiederholte sich der Hausfriedensbruch. An diesem Tage er-

schien neuerlich eine Polizeikommission, geführt von einem fremden Offizier, um im Hause der Konsumgenossenschaft Wien abermals nach Waffen zu suchen. Der Abgeordnete Sever brachte neuerdings eine Interpellation im Nationalrat ein.

In den Kämpfen, die die Reaktion gegen die Arbeiterschaft führt, war ihr insbesondere die

republikanische Wehrmacht

ein Dorn im Auge. Zuerst versuchte man sie zahlenmäßig zu verringern und erfand zu diesem Zwecke jenes Junktim, das wir bereits besprochen haben. Als dieser Plan gescheitert war, versuchte die Reaktion die republikanische Wehrmacht zu zermürben. Zur Zeit, als Glanz das Heeresministerium leitete, begannen die Offiziere in völliger Mißachtung der Bestimmungen des Disziplinargesetzes jede kleine militärische Pflichtverletzung von Wehrmännern den Gerichten zu überantworten. Die Richter rechtfertigten das Vertrauen, das die reaktionären Offiziere in sie gesetzt hatten. Es kam zu einer Reihe von Klassenurteilen gegen die Wehrmannschaft. Jede geringfügige Subordinationsverletzung wurde nunmehr nicht, wie es früher der Fall war, mit einer kleinen Disziplinarstrafe geahndet, sondern kam vor Gericht, das in seinem brutalen Klasseninstinkt schwere Kerkerstrafen verhängte. Dabei war diese Rechtsprechung völlig ungleichmäßig. Ein Delikt, das bei der einen Heeresabteilung mit einer kleinen Disziplinarstrafe geahndet wurde, führte bei einer anderen Heeresabteilung, die von einem reaktionären Offizier geführt wurde, zu furchtbaren Urteilen. Gegen diese Klassenjustiz wendeten sich die Wehrmänner im Verein mit der Arbeiterschaft in einer großen Protestversammlung, die am 3. Juni 1921 im Ottakringer Arbeiterheim stattfand. Die Versammlung verlangte, daß von nun an nur die Disziplinarkommission und nicht mehr der Disziplinarvorgesetzte entscheiden solle, ob ein Fall vor Gericht kommen oder von der Disziplinarkommission selbst abzuurteilen sei. Darüber hinaus wurde verlangt, daß das ganze militärische Strafprozeßwesen, wie es jetzt besteht, für die Zeit des Friedens außer Kraft gesetzt werde. Diese Forderungen fanden auch im Parlament ein Echo, indem die sozialdemokratischen Abgeordneten mit der größten Entschiedenheit für sie eintraten. Schließlich gelang es, vorerst eine Reihe von internen Verfügungen des Heeresamtes zu erreichen, die die Wehrmänner wenigstens einigermaßen vor Klassenurteilen schützten. Der kommenden Session des Nationalrates wird es vorbehalten sein, die vorläufigen Verfügungen durch gesetzliche Maßnahmen zu verstärken und vollkommene Sicherungen gegen einen Rückfall der reaktionären Offiziere und Richter zu schaffen.

Als die Reaktion erfahren mußte, daß ihre Bestrebungen, die Wehrmacht zu zermürben, nicht gelangen, versuchte sie es auf eine andere Weise. Auf einmal entdeckten die christlichsozialen Zeitungen, daß die Wehrmänner durchaus nicht so schlimm seien, als sie bisher hingestellt wurden. Sie seien, so wurde nunmehr versichert, nur das Opfer gewisser Führer, aus deren Händen sie befreit werden müßten. Zu diesem Zwecke wurde ein angeblich unpolitischer Wehrbund geschaffen, der in Wirklichkeit nichts anderes war als eine reaktionäre Keimzelle innerhalb der Wehrmannschaft. An dem gesunden Sinn der Wehrmänner ist auch dieser Versuch gescheitert, der Wehrbund gelangte in keinem der österreichischen Länder zu einer größeren Bedeutung.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß das Treiben der Reaktionäre sich in den letzten Monaten insofern verstärkte, als

die Monarchisten eigene Organisationen

gründeten. Es bildete sich eine Partei der schwarzgelben Legitimisten, die, von einigen abgedankten Offizieren geführt, an allen Wühlereien gegen die Republik beteiligt ist. Obwohl zahlenmäßig die Partei der schwarzgelben Legitimisten so schwach ist, daß sie von der Demokratie wohl dauernd zur Ohnmacht verurteilt ist, hat sie durch die Verfügung über reiche Geldmittel eine gewisse Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen genußt. Die Bedeutung der schwarzgelben Legitimistenpartei liegt nicht in ihrer Mitgliederzahl, die nur ganz unbedeutend ist, sondern darin, daß sie an allen geheimen Verschwörungen gegen die Republik auf das eifrigste mitwirkt. Die Geistesverfassung der Legitimisten ist aus folgendem Aufruf zu erkennen, der ihren Beitrittserklärungen angeschlossen ist:

„An alle!

Die Partei der schwarzgelben Legitimisten ist die Zentralorganisation aller jener österreichischen Staatsbürger, die, unbeschadet ihrer sonstigen politischen Gesinnung, die Wiederherstellung der monarchisch-konstitutionellen Staatsform Österreichs unter Führung der habsburg-lothringischen Dynastie und des legitimen Herrschers auf gesetzmäßigem Wege anstreben. Mit Gott für Kaiser und Vaterland! — Schließet euch uns an! Sehet nicht zu! Gedenket eurer Pflicht! Kaiser Karl hat niemals abgedankt! Niemanden hat er des Eides entbunden! Seine Landesverweisung ist ein brutales Unrecht! Unsere Staatsform, die Republik, ist auf ganz illegalem Wege zustande gekommen. Das eigentliche Volk wurde November 1918 nicht befragt und die damaligen christlichsozialen Abgeordneten, die unsere Rechte voll und ganz hätten vertreten sollen, wichen, wegen Überstürzung der Ereignisse, mit den Großdeutschen dem Terror der roten Demagogen!

Anständige, echte Österreicher! Scharet euch eng zusammen!

Zeiget Bekennermut! Unsere gerechte Sache wird und muß siegen!

Die Parteileitung der „schwarzgelben Legitimisten" (S. G. L.)
Wien XVIII/1, Gentzgasse 123."

Außer der Legitimistenpartei gibt es einen „Reichsbund der Österreicher", der von christlichsozialer Seite auf das eifrigste gefördert wird. An der Spitze dieses Reichsbundes steht der Prinz Johannes Liechtenstein. An seiner Seite wirkt eine Reihe Würdenträger der monarchischen Zeit, wie Dankl, Georgi, Hussarek, Schwarzenau und andere. Zu ihnen gesellen sich bekannte christlichsoziale Parteigänger.

In der Gründungsversammlung, die am 9. Juli 1921 stattfand, wurde fleißig gegen den Anschluß an Deutschland gehetzt und für die Auferstehung des alten Österreich eingetreten. Die bei der Gründungsversammlung gehaltenen Reden zeigen, daß die früheren österreichischen Aristokraten, hohen Beamten und Offiziere nichts gelernt und nichts vergessen haben. Ihr Traum ist nach wie vor die Errichtung einer Gewaltherrschaft einiger Bevorrechteter gegen das ganze Volk. Diese Leute, deren persönliches Interesse sie mit der Habsburgerei verbindet, werden niemals die neue Ordnung anerkennen. Ihnen gegenüber kann die Republik sich nur im Kampfe behaupten.

Auch in den anderen besitzenden Klassen des Staates hat die Republik wenig wirkliche Freunde. Die Besitzenden haben sich bestenfalls mit der

republikanischen Staatsform „abgefunden". Die Arbeiterschaft allein ist es, die entschlossen und kampfgewillt die Republik verteidigt.

Auf der Kraft der Arbeiterklasse, auf ihrer Kampfentschlossenheit, ihrer Organisation, ihrer bewährten Disziplin und Energie ruht die Sicherheit der Republik.

Die Arbeiterräte.

Der vorjährige Parteitag hat die Stellung der Partei zu den Arbeiterräten vollständig geklärt. Der Parteitag verpflichtete die Parteimitglieder zur Beteiligung an den Arbeiterratswahlen, die im November und Dezember 1920 in ganz Deutschösterreich durchgeführt wurden. Der Parteitag schuf ferner dadurch, daß er die kleinen von den damaligen Parteimitgliedern Rothe und Frey geleiteten „Arbeitsgemeinschaften" sowie den von ihnen gegründeten, seinen Wirkungsbereich über ganz Deutschösterreich erstreckenden Verein „Karl Liebknecht" als kommunistische Keimzellen kennzeichnete und die Mitgliedschaft bei ihnen als mit der Mitgliedschaft der Partei für unvereinbar erklärte, für die Neuwahlen der Arbeiterräte die nötige Klarheit.

Die wenigen Arbeiter, die sich entschlossen, mit Rothe und Frey die Sozialdemokratie zu verlassen, schlossen sich zunächst zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke)" zusammen.

Die Neuwahlen haben über die Stärke der proletarischen Parteien und damit gleichzeitig auch über den Umfang der Absplitterung, die die Ausscheidung der Arbeitsgemeinschaften aus der Partei zur Folge hatte, Klarheit geschaffen. Im wesentlichen ergaben die Wahlen dieselben Resultate wie die kurz vorher durchgeführten Nationalratswahlen. In Wien haben alle kommunistischen Gruppierungen (Kommunistische Partei, Sozialistische Arbeiterpartei (Linke) und kommunistische „Poale Zion" insgesamt 15.331 Stimmen aufgebracht, denen 223.868 sozialdemokratische Stimmen gegenüberstanden. Der Zuwachs, den die Kommunistische Partei — vorerst in den Arbeiterräten — dadurch erhielt, daß sich die Sozialistische Arbeiterpartei (Linke) und die wenigen auf den Listen der linken „Poale Zion" gewählten Arbeiterräte mit den kommunistischen Arbeiterräten zu einer „Einheitsfraktion der Dritten Internationale" vereinigten, vermochte gerade den Rückgang der Kommunisten wettzumachen. Insgesamt wurden bei den Wiener Arbeiterratswahlen 240.428 Stimmen abgegeben; davon erhielten die Sozialdemokraten 223.368 (92·9 Prozent), die Kommunisten 11.289 (4·7 Prozent), die Sozialistische Arbeiterpartei (Linke) 3424 (1·4 Prozent), kommunistische „Poale Zion" 618 (0·3 Prozent), rechte „Poale Zion" 985 (0·4 Prozent). Zersplittert waren 744 Stimmen (0·3 Prozent). Gewählt wurden in Wien insgesamt 4549 Arbeiterräte, von denen 4225 (92·9 Prozent) der sozialdemokratischen Partei, 208 (4·6 Prozent) der kommunistischen Partei, 69 (1·5 Prozent) der Sozialistischen Arbeiterpartei, den linken „Poale Zionisten" 13 (0·3 Prozent), den rechten „Poale Zionisten" 27 (0·6 Prozent angehören. Sieben Arbeiterräte gehören verschiedenen kleinen Gruppen an. Die Absplitterung der neuen „Linken" und ihr Übergang zu den Kommunisten hat also keineswegs eine Stärkung der Kommunistischen Partei und ihrr Fraktionen in den Arbeiterräten, sondern lediglich bewirkt, daß der Rückgang der kommunistischen Bewegung verschleiert werden konnte. Der Kreisarbeiterrat Wien, in welchen die 22 Wiener Bezirksarbeiterräte Vertreter entsenden, zählt

insgesamt 270 Mitglieder, von denen 14 der kommunistischen Fraktion angehören. Die Zusammensetzung der Arbeiterräte in den Ländern ist eine ähnliche, in den meisten Fällen für unsere Partei noch günstigere. Gemäß dem Beschluß des Parteitages haben sich die neugewählten sozialdemokratischen Arbeiterräte überall, wo die kommunistische Opposition an Zahl irgendwie in Betracht kam, zu sozialdemokratischen Arbeiterratsfraktionen zusammengeschlossen und sich eigene Satzungen gegeben. Die Satzungen, die sich die Fraktion des Reichsarbeiterrates am 26. Mai 1921 gegeben, lauten:

Satzungen.

§ 1. Der sozialdemokratischen Arbeiterratsfraktion gehören alle jene Mitglieder des Arbeiterrates an, die als sozialdemokratische Kandidaten gewählt, beziehungsweise kooptiert wurden und ihren Beitritt zur sozialdemokratischen Arbeiterratsfraktion erklärt haben. Ein jedes Mitglied der Arbeiterratsfraktion ist verpflichtet, im Arbeiterrat im Sinne des sozialdemokratischen Programms zu wirken, die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage und der sozialdemokratischen Arbeiterratsfraktion zur Geltung zu bringen.

§ 2. Jedes Mitglied der Arbeiterratsfraktion ist verpflichtet, an allen Vollversammlungen der Arbeiterratsfraktion, an allen Vollversammlungen der Arbeiterräte sowie an den Sitzungen jener Körperschaften (Kommissionen), in die es vom Arbeiterrat oder von der Arbeiterratsfraktion entsendet worden ist, pünktlich teilzunehmen und die ihm übertragenen Arbeiten gewissenhaft auszuführen. Bei Pflichtverletzungen wird der Betrieb (beziehungsweise die Organisation), die den Arbeiterrat entsendet hat, verständigt, eventuell dessen Rückberufung (§ 34 des Organisationsstatuts der Arbeiterräte) angeregt.

§ 3. Alle Angelegenheiten des Arbeiterrates werden zunächst vom Vorstand der Arbeiterratsfraktion vorberaten, dann in den Vollversammlungen der Arbeiterratsfraktion zur Verhandlung gestellt.

§ 4. Die Abstimmungen im Arbeiterrat sind einheitlich gemäß den Beschlüssen der Arbeiterratsfraktion. Jedoch steht es jedem einzelnen Genossen frei, in solchen Fällen, in denen er durch seine Abstimmung im Sinne der Fraktion seine Überzeugung bedroht oder sein Gewissen beschwert fühlt, sich der Abstimmung zu enthalten. Die Arbeiterratsfraktion ist in diesem Fall berechtigt, von dem betreffenden Mitglied nachträglich eine Begründung seines Verhaltens zu fordern. Die Abstimmung entgegen einem Beschluß der Arbeiterratsfraktion kommt dem Austritt aus der Arbeiterratsfraktion gleich.

§ 5. Die Einbringung von Anträgen im Arbeiterrat bedarf der Genehmigung der Arbeiterratsfraktion oder in dringenden Fällen wenigstens der vorläufigen Zustimmung des Vorstands der Arbeiterratsfraktion.

Im Fall der Verweigerung der Zustimmung durch den Vorstand zur Einbringung eines Antrages hat das Fraktionsmitglied das Recht, eine Begründung der Abweisung in der nächstfolgenden Fraktionssitzung zu verlangen.

§ 6. Die Arbeiterratsfraktion versammelt sich spätestens eine halbe Stunde vor jeder Vollversammlung des Arbeiterrats. In Fällen, wo wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen und eine ausführliche Vorbereitung nötig erscheint, hat der Fraktionsvorstand eine eigene Sitzung der Arbeiterratsfraktion an einem der der Vollversammlung vorhergehenden Tag einzuberufen. Der Fraktionsvorstand ist auch verpflichtet, eine eigene Fraktionssitzung einzuberufen, wenn zehn Prozent der Mitglieder der Fraktion dies fordern.

§ 7. Die Arbeiterratsfraktion kann die Fraktionsredner bestimmen, die im Namen der Fraktion im Arbeiterrat zu sprechen haben. Wer an der Beratung eines Gegenstandes in der Arbeiterratsfraktion nicht teilgenommen hat, kann im allgemeinen auch nicht als Redner für die Vollversammlung des Arbeiterrats bestimmt werden.

Sollte in der Arbeiterratsvollversammlung sich ein Genosse zum Wort melden wollen, der nicht von der Arbeiterratsfraktion zum Redner bestimmt wurde

oder nicht in der Fraktionssitzung anwesend war, so kann dies nur mit Zustimmung des Fraktionsvorstands geschehen.

§ 8. Für die Kosten der technischen Hilfsmittel der Arbeiterratsfraktion (Einladungen 2c.) kommt die sozialdemokratische Parteiorganisation (Bezirks-, Kreis-, Landes-, Reichsorganisation) auf.

§ 9. Der Vorstand der Arbeiterratsfraktion besteht aus einem Vorsitzenden, einem Vorsitzendenstellvertreter, zwei Schriftführern und Beisitzern, und wird in der Regel aus jenen Genossen gebildet, die in den Vorstand des Arbeiterrats entsendet werden.

§ 10. Die Mitglieder der Arbeiterratsfraktion erhalten eine Legitimation. Diese Legitimation ist beim Eintritt in die Versammlung der Arbeiterratsfraktion vorzuweisen. Von den Mitgliedern der Arbeiterratsfraktion wird ein Namensverzeichnis angelegt und der Besuch respektive Nichtbesuch von Sitzungen der Fraktion registriert.

§ 11. Die Sitzungen der Arbeiterratsfraktion und der von ihr eingesetzten Körperschaften sind beschlußfähig, wenn nach ordnungsgemäß erfolgter Einladung mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Eine Viertelstunde nach Ablauf der für den Beginn festgesetzten Zeit ist die so einberufene Sitzung bei jeder Anzahl stimmberechtigter Mitglieder beschlußfähig.

§ 12. Änderungen der Satzungen für die Fraktionen der Arbeiterräte müssen zunächst in den Ländern vorgenommen und können erst dann durch die Reichsarbeiterratsfraktion für ihren Bereich beschlossen werden.

Im wesentlichen identisch mit diesen Satzungen sind jene für die Wiener Arbeiterfraktionen, die in der gemeinsamen Konferenz der Kreisarbeiterratsfraktion und der Vorstände der Bezirksarbeiterratsfraktionen am 18. März 1921 beschlossen wurden. Sie unterscheiden sich nur durch den § 12, der für Wien lautet:

§ 12. Anträge auf Änderung dieser Satzungen und Einfügung neuer Bestimmungen sind in der gemeinsamen Konferenz der Kreisarbeiterratsfraktion und der Vorstände sämtlicher Bezirksarbeiterratsfraktionen einzubringen. Diese gemeinsame Konferenz beschließt, ob ein derartiger Antrag den Bezirksarbeiterratsfraktionen zur Vorberatung vorzulegen sei. Auf Grund dieser in den Bezirksarbeiterratsfraktionen vorgenommenen Vorberatung findet der endgültige Beschluß der gemeinsamen Konferenz der Kreisarbeiterratsfraktion und der Vorstände der Bezirksarbeiterratsfraktionen über Änderungen der Satzungen statt.

Die Fraktionsbildung hat sowohl im Arbeiterrat selbst, als auch im Parteileben überhaupt günstig gewirkt. Das Zusammenwirken der Arbeiterratsexekutiven und der Parteiinstanzen wurde auf diesem Wege wesentlich gefördert.

Der Parteitagsbeschluß hat vielerorts, vor allem in Steiermark, dazu geführt, daß die Arbeiterräte und ihre Tätigkeit ausgebaut wurden.

*

Die Arbeiterräte nahmen zu den politischen Ereignissen fortwährend Stellung. Insbesondere trachteten sie, gegenüber dem Treiben der Reaktion die Interessen des Gesamtproletariats zu wahren. Anläßlich des Osterabenteuers von Karl Habsburg hat die Exekutive des Kreisarbeiterrates Wien in völliger Übereinstimmung mit der Haltung der Partei zwar alle notwendigen Vorkehrungen getroffen, von allen Abwehraktionen größeren Stils jedoch abgesehen. In einer Vollversammlung des Kreisarbeiterrates Wien wurden „die Vorkehrungen und die Taktik der Exekutive gelegentlich des Abenteuers Karl Habsburgs“ bei Stimmenenthaltung der Kommunisten gebilligt.

Die Tätigkeit der Arbeiterräte im öffentlichen Ernährungsdienst beschränkte sich infolge des Abbaues der öffentlichen Bewirtschaftung mit wenigen Ausnahmen auf die Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels. Im Wiener Kriegswucheramt sind vier Vertreter des Kreisarbeiterrates Wien ständig tätig. Außerdem wirken in den verschiedenen Landes- und Bezirkswirtschaftskommissionen in der Provinz Vertreter der Arbeiterräte mit.

Größeren Umfang hatte vielerorts die Mitwirkung der Arbeiterräte in der Wohnungsbewirtschaftung, insbesondere in jenen Gemeinden, die eine sozialdemokratische Verwaltung besitzen. Auch auf diesem Gebiet arbeiten die Arbeiterräte meist in inniger Fühlung mit den von der Partei in die amtlichen Wohnungskommissionen entsandten Genossen. In vielen Fällen, insbesondere in Wien, sind die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommissionen von den zuständigen Parteiorganisationen aus den Reihen der Arbeiterräte entnommen worden.

Überaus wertvolle Arbeit leisteten die Arbeiterräte auf dem Gebiet der Bekämpfung der Munitions- und Waffenschiebungen. Die Arbeiterräte machten es sich vor allem zur Aufgabe, verschiedene internationale Gewerkschafts- und Parteibeschlüsse, betreffend die Verhinderung der Lieferung von Kriegsmaterialien an reaktionäre Staaten, durchzuführen. In vielen Fällen ist es der Tätigkeit der Arbeiterräte gelungen, den Abtransport solcher Sendungen zu verhindern.

Am 27. und 28. Mai 1921 tagte im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages in Wien der neugewählte Reichsarbeiterrat. Einen ausführlichen Bericht über diese Tagung brachte die „Arbeiter-Zeitung" vom 28. und 29. Mai 1921. Von den 131 Delegierten der Bezirksarbeiterräte waren neun Kommunisten. Die Tagung nahm die Berichte über die Tätigkeit der Landesarbeiterräte entgegen, beschäftigte sich mit organisatorischen Fragen und nahm zur politischen Lage Stellung.

In organisatorischer Beziehung wurden Beschlüsse über die Finanzierung des Reichsarbeiterrates gefaßt und Änderungen des Organisationsstatuts beschlossen. Künftighin werden demnach nur jedes zweite Jahr Neuwahlen der Arbeiterräte stattfinden, sofern nicht die politische Situation die Vornahme der Neuwahlen zu einem früheren Zeitpunkt nötig macht. Das jetzt geltende Statut ist im Verlag des Sekretariats des Reichsarbeiterrates, Wien V, Sonnenhofgasse 6, erschienen.

Die politische Debatte war vorwiegend eine Auseinandersetzung über die Streitfragen der internationalen proletarischen Politik und gestaltete sich zu einer eindeutigen Verurteilung der Moskauer Spaltungspolitik. Die Kommunisten bemühten sich, die Aufmerksamkeit von dem aktuellen Streitgegenstand, dem Mißerfolg der Politik der Dritten Internationale, zugunsten der Probleme der inneren Politik Deutschösterreichs, insbesondere der Steuerpolitik und der angeblichen Terrorfälle gegenüber kommunistisch gesinnten Arbeitern in verschiedenen Betrieben abzulenken. Der Reichsarbeiterrat nahm in der Frage des angeblichen Terrors gegenüber kommunistischen Arbeitern folgenden Antrag Alois Bauers an:

„Der Reichsarbeiterrat stellt fest, daß die von dem kommunistischen Delegierten Maresch vorgebrachten angeblichen Terrorfälle gegen kommunistische Arbeiter folgendermaßen beschaffen sind: In zwei Fällen mußte Maresch selbst darlegen, daß die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes die Rechte der Kommunisten geschützt haben. Im Falle Steyr dagegen haben die Kommunisten die gewerkschaftliche Solidarität auf das schwerste

verletzt und die Verurteilung dieser Praktiken in Steyr ist von der Arbeiterschaft mit vollem Recht erfolgt.

Der Arbeiterrat stellt gleichzeitig fest, daß die Voraussetzung für ein klagloses Zusammenarbeiten in den Betrieben die Unantastbarkeit der Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung bildet."

Der Reichsarbeiterrat nahm auch zur Frage der Entsendung einer Studienkommission nach Sowjetrußland Stellung. Der Reichsvollzugsausschuß berichtete, daß er mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten, die lange Zeit bestanden hatten, von der Ermächtigung, die die Reichsarbeiterratstagung des Jahres 1920 dem Reichsvollzugsausschuß erteilte, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden, keinen Gebrauch machen konnte. Durch die verschiedenen Kommissionen, die nach Sowjetrußland entsendet wurden, und deren ausführliche Berichte ist inzwischen viel bekannt geworden, so daß heute der Entsendung einer solchen Kommission vorwiegend politische Bedeutung zukommt. Da die russischen Kommunisten selbst immer unter Entrüstung jede Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten von sich weisen, konnte sich die sozialdemokratische Majorität des Reichsarbeiterrates nicht entschließen, eine Studienkommission zu entsenden.

Es wurde außer dem 24 Mitglieder umfassenden Reichsvollzugsausschuß eine 16gliedrige Reichswirtschaftskommission eingesetzt, die sich mit den Aufgaben der Arbeiterräte auf wirtschaftlichem Gebiet zu beschäftigen hat.

Gemeindepolitik.

(Bericht der Zentralstelle für sozialdemokratische Gemeindepolitik.)

Nach wie vor stellt die Finanzlage die Schicksalsfrage der ganzen Gemeindeverwaltung dar. Unseren Parteigenossen ist mit den Gemeinderatsmehrheiten der Städte und Industrieorte auch die Aufgabe zugefallen, diese Frage zu lösen und so ein neues Fundament zu schaffen, auf dem die Gemeindewirtschaft der Zukunft aufgebaut werden kann.

Noch liegt die Lösung dieser schweren Aufgabe in weiter Ferne, wir können leider noch nicht einmal hoffen, daß wenigstens die schlimmsten Zeiten schon vorbei sind. Doch auf Grund des bisher Geleisteten dürfen wir mit Zuversicht erwarten, daß die Lösung gelingen wird. Durch unermüdliche Arbeit haben es unsere Gemeinderatsmehrheiten zustande gebracht, nicht nur den Zusammenbruch der Gemeindewirtschaft zu vermeiden, sondern sie sind mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und der Landtage auch Schritt um Schritt vorgedrungen auf dem Wege, der zur Gesundung der Gemeindewirtschaft führen wird.

Am 12. und 13. März hielt der Deutschösterreichische Städtebund, der zu einem sehr wirksamen Instrument zur Vertretung der Gemeindeinteressen geworden ist, einen außerordentlichen Städtetag. Zum Punkt der Tagesordnung „Regelung der Gemeindefinanzhoheit" beantragte Genosse Doktor Häuselmayer folgende Resolution:

„Der Aufbau des Staates muß bei den Keimzellen des Staates beginnen, also bei den Gemeinden. Nach den gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist die kommunale Selbstverwaltung von der unmittelbaren Staatsverwaltung losgelöst, sie ist in materieller Hinsicht abhängig von den Landtagen; an diesem Dualismus in der Organisation hat die ganze öffentliche Verwaltung zu ihrem

größten Schaden gelitten. Die Abhängigkeit einer Wirtschaftsgemeinschaft von einer völlig anders zusammengesetzten Körperschaft ist ein Unding. Die Gemeinden können sich finanziell und wirtschaftlich nicht rühren. Die Stadt- und Industriegemeinden werden im modernen demokratischen Staat die hohe Aufgabe haben, Bahnbrecher des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes zu sein. Diese Kulturarbeit können sie aber nur dann leisten, wenn sie bewegliche, elastische, von anderen ihrem Wesen nach völlig fremden Wirtschaftskörperschaften unabhängige Gebilde werden.

Die Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, ihre wirtschaftlichen Aufgaben nach selbständigen Gesichtspunkten zu regeln; sie müssen mit einem Worte endlich einmal wissen, mit welchen Einnahmen sie rechnen können. Der Städtetag fordert daher von der Regierung mit aller Entschiedenheit die sofortige Regelung der Finanzhoheit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Artikel 13 des Bundesverfassungsgesetzes). Den betreffenden Verhandlungen sind Vertreter des Städtebundes beizuziehen.

Der Städtetag ist der Ansicht, daß eine Verschleppung dieser Angelegenheit eine weitere, noch katastrophalere Verelendung von Gemeinden bedeuten würde, und ersucht die Regierung im Interesse des ganzen Volkes, diese Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen.

Unter allen Umständen sollten schon jetzt die Erträgnisse der Real- und Erwerbsteuern den Gemeinden überwiesen und die Ausnützung aller rein lokalen Steuerquellen (Fremdenzimmer-, Plakat-, Mietaufwand-, Fürsorge-, Lustbarkeitsabgabe u. s. w.) uneingeschränkt und vollkommen frei von allen staatlichen Zuschlägen überlassen werden."

Am 16. und 17. April und sodann am 22. Juni d. J. wurden Bürgermeisterkonferenzen in Steiermark abgehalten, die sich auch vor allem mit der Finanzlage der Gemeinden eingehend befaßten. Auf der letzten dieser Konferenzen wurde beschlossen, in persönlicher Vorsprache dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister eine Denkschrift zu überreichen. Die Vorsprache fand am 1. Juli statt. In der Denkschrift wird gefordert:

Schaffung des Bundesfinanzgesetzes in einer Art, die die Lebensmöglichkeit der Gemeinden sicherstellt.

Überweisung von mindestens 25 Prozent vom Ertrag der Personaleinkommensteuern an jene Gemeinden, in denen sie aufgebracht wurden.

Steuerfreiheit der Gemeindebetriebe.

Weiterer Spielraum für Gemeindesteuern, Abgaben, Auflagen und Umlagen.

Ersatz des Ausfalles an Gemeindeeinnahmen aus Bundesmitteln, der entstanden ist durch die Anordnung der steirischen Finanzlandesdirektion, wonach Zuschläge zur Hauszinssteuer nur im Gesamtausmaß bis zu 360 Prozent und Zuschläge zur besonderen Erwerbsteuer nur im Gesamtausmaß bis zu 520 Prozent eingehoben werden dürfen.

Ersatz für den durch die Umlagenfreiheit der Staatsbetriebe verursachten Umlagenausfall.

Für alle öffentlichen Bauten (Schulen, Armenhäuser, Horte u. s. w.), die durch die Gemeinden hergestellt werden, sind zumindest staatliche Zuschüsse und Interessentenbeiträge gesetzlich festzulegen.

Für die Gemeindepolizei werden Zuschüsse des Staates gefordert. Es wären in jenen Gemeinden, in denen Polizeiorgane nach dem Polizeidienstgesetz in Verwendung stehen, die Gendarmerieposten aufzulassen.

Bis zur endgültigen Regelung der Gemeindefinanzgebarung müssen die Gemeinden trotz allen Widerstrebens die Forderung nach ausgiebigen Staatszuschüssen erheben. Es ist unbedingt notwendig, daß der Umlagenentfall und die Staatszuschüsse für das zweite Halbjahr sofort flüssig gestellt werden.

Die Gemeinden protestieren gegen die in verschiedenen Tagesblättrn mitgeteilte Absicht der Regierung, die Getränkeauflagen für den Staat in Anspruch zu nehmen und den Gemeinden nur gewisse Anteile zu überweisen.

Schon im April 1921 hatte die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung durch die Abgeordneten Danneberg, Witzany, Schlager und Genossen einen Antrag auf Gewährung von staatlichen Zuschüssen zum Personalaufwand volkreicher Gemeinden eingebracht. In demselben wurde verlangt, daß allen Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ein Staatszuschuß zu den Dienstbezügen ihrer Angestellten sowie der Lehrerschaft an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen im gleichen Ausmaß wie den Ländern und Landeshauptstädten gewährt werde.

Die Regierung und die Christlichsozialen wehrten sich sehr energisch gegen diesen Antrag, gaben aber schließlich zu, daß eine Interimsverfügung unerläßlich sei. Es wurde daher an Stelle des Gesetzentwurfes folgende Resolution beschlossen:

„Die Regierung wird aufgefordert, den in dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das zweite Halbjahr 1921 für Darlehen an autonome Gebietskörperschaften vorgesehenen Betrag von 600 Millionen Kronen auf 700 Millionen Kronen zu erhöhen, mit der Maßgabe, daß jene Darlehen, welche an Gemeinden mit Ausschluß der Landeshauptstädte für Zuschüsse zum Personalaufwand im Sinne der für Landeshauptstädte bestehenden Normen gegeben werden, zinsenlos auszufolgen sind. Nach Regelung dieser Frage in dem Gesetz über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind diese Darlehen in die diesen Gemeinden für das Jahr 1921 zukommenden Beträge einzurechnen."

Die Nationalversammlung hat ferner schon im Juli 1920 und am 7. Dezember 1920 über Antrag des Genossen Danneberg eine Resolution beschlossen, in der verlangt wird, daß der Staat den Gemeinden, in denen sich staatliche Betriebe befinden, einen entsprechenden Ersatz für die ihnen entgehenden Umlagen geben soll. Zufolge Beschlusses des Ministerrates vom 9. März 1921 wurde Verfügung getroffen, daß Gemeinden, in denen mindestens fünfzig Beamte und Arbeiter (Gattinnen und minderjährige, in ihrer Verpflegung stehende Kinder miteingerechnet) von Tabakfabriken oder Salinenbetrieben der Bundesfinanzverwaltung wohnen, vom Jahre 1921 angefangen einen Zuschuß aus Bundesmitteln von 20 Kr. per Kopf und Jahr erhalten.

Das Bundesfinanzverfassungsgesetz liegt nun bereits vor und soll noch heuer verabschiedet werden. Bei seiner Beratung wird die Partei die Interessen der Gemeinden mit größter Energie zu vertreten haben.

Neben der Sorge um das Budget nimmt die Bekämpfung der Wohnungsnot die Kräfte unserer Gemeindevertreter am meisten in Anspruch. Allgemach hat sich die Erkenntnis durchgekungen, daß mit den bisher zur Anwendung gebrachten Mitteln ein wesentlicher Erfolg nicht zu erringen ist und daß nur der Bau neuer Wohnungen die Wohnungsnot verringern kann. Der Wohnungsbau erfordert aber ganz außerordentlich hohe Geldmittel. Der Gemeinderat der Stadt Wien hat daher am 4. März 1921 die Schaffung eines „Wohnungs- und Siedlungsfonds der Gemeinde Wien" beschlossen. Diesem werden aus dem Ertrag der Wiener Mietaufwandsteuer vorläufig auf zwanzig Jahre alljährlich mindestens 50 Millionen Kronen zugewiesen. Ähnliche Beschlüsse faßten auch Linz und andere Städte.

Dem allgemeinen Drängen konnte schließlich auch die Regierung nicht länger Widerstand leisten und sie arbeitete daher den Entwurf eines Gesetzes betreffend einen Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds aus. Dieser Entwurf war aber sehr mangelhaft und entsprach in vielen Teilen den wirklichen Notwendigkeiten in keiner Weise. Auf dem außerordentlichen Städtetag des Deutschösterreichischen Städtebundes am 12. und 13. März 1921 bean-

trugte daher Genosse Dr. Fischer (St. Pölten) namens der sozialdemokratischen Gemeindevertreter folgende Resolution:

Resolution.

Der Städtetag erblickt in der von der Bundesregierung in der Nationalversammlung eingebrachten Vorlage, betreffend die Ausgestaltung des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu einem Wohnungs- und Siedlungsfonds den entschiedenen Entschluß der Bundesregierung, an der Bekämpfung der Wohnungsnot mit staatlicher Hilfe mitzuwirken. Zur Erzielung einer einheitlichen Gesetzgebung auf diesem Gebiet ist der Schritt der Bundesregierung durchaus notwendig. Was aber die Vollziehung anlangt, ist eine zentrale Regelung nicht zweckmäßig und dem Erfolg keineswegs förderlich. Diesbezüglich sollte der im Artikel 11, Punkt 6, der Verfassung ausgedrückte Wille der Konstituierenden Nationalversammlung, ungeachtet, daß dieser Teil des Verfassungsgesetzes noch nicht formal in Kraft ist, zur vollen Geltung kommen.

Jedoch erachtet der Städtetag die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Beiträge zum Fonds aus Bundesmitteln als völlig unzulänglich. Insbesondere ist für die ganz unentbehrliche sofortige Bereitstellung von ausreichenden Staatsmitteln für das Baujahr 1921 in der Vorlage gar nichts vorgesehen.

Der Städtetag erachtet es daher als unerläßlich, daß alsbald zur Verzinsung und Tilgung einer großen Wohnungs- und Siedlungsanleihe fortlaufend ausreichend hohe Summen ins Bundesbudget eingesetzt werden, zum erstenmal für das Jahr 1921 im Ausmaß von wenigstens 200 Millionen Kronen.

Über die Verwendung dieses Betrages hat die schleunigst zu errichtende Wohnungsfürsorgekommission (§ 19 des Gesetzentwurfes) zu entscheiden. Die Zusammensetzung dieser Kommission müßte so erfolgen, daß den Gemeinden der entscheidende Einfluß gesichert wird.

Im Zusammenhang damit erklärt der Städtetag die im § 3 der Regierungsvorlage unter b bis e vorgesehenen Quellen zur Beschaffung der Fondsmittel als völlig unvereinbar mit den finanziellen Interessen der Gemeinden. Diese Quellen stammen aus Steuergebieten, die in erster Linie den Gemeinden zur Verfügung stehen müssen. Eingriffe von dritter Seite würden eine ganz unerträgliche Schädigung der Steuerautonomie der Gemeinden bedeuten und der geplanten Teilung der Steuerquellen in störendster Weise vorgreifen, auch die Gemeinden der Mittel zur Aufbringung ihres Teiles der Wohnungsfürsorgelast berauben.

Der Städtetag hält es für unbedingt notwendig, daß in dem zu schaffenden Gesetz Sicherheiten vorgesehen werden, damit die Zuwendungen aus dem Fonds nach einem gerechten Schlüssel erfolgen, der die eigenen Aufwendungen der Gemeinden für Wohnungs- und Siedlungswesen zur Richtschnur nimmt.

Die Zuschüsse für den neugedeckten Bauaufwand sind tunlichst in natura zu gewähren, um von Preis- und Valutaschwankungen möglichst unabhängig zu werden und um eine preisverbilligende einheitliche Herstellung der Baustoffe und Baubestandteile zu sichern.

Diesem Zwecke sind die im öffentlichen Besitz befindlichen Forste und andere Fundstätten von Baumaterialien sowie die im Besitz des Bundes, der Länder und der Gemeinden befindlichen Werkstätten dienstbar zu machen.

Angesichts der katastrophalen Wohnungsnot aller größeren Städte und Industrieorte Österreichs erklärt der Städtetag:

Für die im Zeitraum 1921 bis 1930 durch öffentlich-rechtliche Verbände, Gemeinden und gemeinnützige Baubereinigungen neu herzustellenden Kleinwohnungen ist die gänzliche und unbedingte Befreiung von allen Bundes- und Landessteuern, Zuschlägen, Abgabe, Gefällen und Gebühren durch gesetzliche Anordnung ein unerläßliches Erfordernis. Die Befreiung hat sich zu erstrecken auf alle zur Beschaffung der Grunderwerbs- und Baukapitalien erfolgenden Veranstaltungen, Maßnahmen, Rechtsgeschäfte und Zahlungen; auf die zur Grunderwerbung, zur Erwerbung von Bau- und Bestandrechten durch die obgenannten Rechtspersönlichkeiten, Genossenschafter, Siedler und aller Selbstbewohner erfor-

derlichen Rechtsgeschäfte und bürgerlichen Akte sowie auf alle Veranstaltungen und Einrichtungen, die der Zuteilung von Eigentums-, Bau-, Besitz- und Bestandrechten an Häusern, der zugehörigen Kleingrundstücke und an Wohnungen durch die vorgenannten Personen dienen; endlich auf die entfallenden Bestandzinse und sonstigen Gegenleistungen für Miete und Pacht dieser Häuser, Grundstücke und Wohnungen.

Ebenso unerläßlich ist die Befreiung von einschränkenden Vorschriften aller Art, die sich auf Veranstaltungen zur Kapitalsbeschaffung, Kapitalsrückzahlung und Begründung von Rechten an unbeweglichem Gut beziehen und unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen aus fiskalischen oder bodenpolitischen Erwägungen entstanden sind.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die betreffenden Bundesgesetze sofort vorzulegen, inzwischen aber bis zur Beschlußfassung die bezüglichen Stundungen und Erlaubnisse zu gewähren.

Die Landesregierungen werden aufgefordert, die Zustimmung zur angesprochenen Umlagen- und Abgabefreiheit für Kleinwohnungsbauten zu erklären.

Der Städtetag fordert energische Maßnahmen zur Belebung der privaten Bautätigkeit und ersucht die Nationalversammlung, so rasch als möglich ein Zwangsbaugesetz zu beschließen, nach welchem

1. kapitalskräftige Wohnungsinhaber bei Gefahr der Entziehung ihrer Wohnungen verhalten werden sollen, in bestimmter Frist Wohnungen durch Neubau zu schaffen;

2. Banken, Geldinstitute, Industrie- und Handelsunternehmungen gezwungen werden, für bestimmte Prozentsätze ihrer Angestellten, bei sonstigem Entzug ihrer Kanzleiräume, Wohnungen durch Neubau zu schaffen.

Der Städtetag beharrt auf den Grundsätzen des Wohnungsanforderungsgesetzes und fordert weiterhin die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes.

Er stellt schließlich das Verlangen, daß der zu bildenden Wohnungsfürsorgekommission auch zwei Vertreter des deutschösterreichischen Städtebundes beigezogen werden.

Das dann am 15. April 1921 von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz, betreffend Ausgestaltung des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu einem Bundeswohn- und Siedlungsfonds, trägt nicht allen in der Resolution ausgesprochenen Forderungen Rechnung. Immerhin ist es gelungen, sehr bedeutende und wesentliche Änderungen des von der Regierung vorgelegten Entwurfes durchzusetzen, so daß das Gesetz als ein wertvoller Erfolg der sozialdemokratischen Wohnungspolitik bezeichnet werden kann.

Durch den Krieg ist die Wohlfahrt weiter Kreise der Bevölkerung auf das schwerste erschüttert worden. Die Aufgaben, die der sozialen Fürsorge jetzt gestellt sind, sind daher ganz außerordentlich große und die Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel ist sehr schwierig. Auch hier ist die Gemeinde Wien durch Beschließung der Fürsorgeabgabe beispielgebend vorangegangen. Es werden in Wien derzeit von jeder Lohnkrone vier Heller für Fürsorgezwecke eingehoben. Durch diese Zwecksteuer hat Wien die Möglichkeit gewonnen, wenigstens den notwendigen Erfordernissen der öffentlichen Fürsorge genügen zu können. Dem gegebenen Beispiel sind bald andere Gemeinden und auch Länder gefolgt und damit ist für die soziale Fürsorge wenigstens teilweise die finanzielle Grundlage gesichert.

Über diesen Hauptpunkten ihrer Tätigkeit haben aber unsere Gemeindevertreter ihrer anderen Pflichten nicht vergessen. Auf allen Gebieten haben sie mit nimmermüdem Fleiß gearbeitet und überall haben sie befruchtend gewirkt. Immer mehr zeigt sich, daß ein neuer Geist von unseren Gemeindeverwaltungen Besitz ergriffen hat. Die Auswirkungen werden in

ihrer Gänze freilich erst sichtbar werden, wenn es gelungen sein wird, die wirtschaftliche Notlage zu überwinden.

Im Berichtsjahr haben Gemeindewahlen in Kärnten und in den Industriegemeinden Niederösterreichs stattgefunden. Sie brachten uns schöne Erfolge und festigten unsere Stellung. So erhielten im Kreisgebiet Wiener-Neustadt 92 Gemeinden einen sozialdemokratischen Bürgermeister.

Aus dem Parteileben.

Die Parteiorganisation hat sich günstig weiterentwickelt. Nach den Nationalratswahlen wandten wir uns an die

Parteigenossen und Genossinnen!

Der Wahltag ist vorüber. Die Reaktion hat ihren ganzen Heerbann aufgeboten, um uns eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Die den Krieg verschuldet und darum auch seine Folgen zu verantworten haben, haben uns als die Schuldigen an allem Elend hingestellt, uns, die wir bemüht waren, aus dem Trümmerhaufen, den der Krieg hinterlassen, einen neuen Staat aufzubauen. Ein Verleumdungsfeldzug sollte uns niederwerfen.

Ihr aber habt gewußt, um was es geht. Ihr habt euch zum Kampf gestellt und ihr habt standgehalten. Wir haben in Wien und Niederösterreich sieben Mandate eingebüßt; in den anderen Ländern ist unser Besitzstand unverändert geblieben. Der große Sieg der Christlichsozialen hat uns nicht wesentlich schwächer gemacht, er ist durch eine starke Niederlage der Deutschnationalen zustande gekommen.

Der Parteitag wird über die künftige Politik der Partei entscheiden. Aber eines dürfen wir heute schon sagen: Die Hoffnung der Arbeiterfeinde, nach einem großen Sieg über die Sozialdemokratie die Errungenschaften der anderthalb Jahre beseitigen zu können, wird nicht erfüllt werden. Wir sind stark genug, um jeden Angriff gegen das Recht der Arbeiter abzuwehren.

Das dankt ihr euch selbst, Genossen und Genossinnen! Den Horthy-Millionen, die nach Österreich strömten, den Wahlgeldern der Großbanken und der Schwerindustrie, mit denen die bürgerlichen Parteien gearbeitet haben, dem russischen Sold, der zur Spaltung der Arbeiterklasse hiehergesendet wurde, habt ihr eure Opferwilligkeit entgegengestellt. Eure Lohnkronen, kaum hinreichend, das nackte Leben zu fristen, habt ihr freiwillig zusammengetragen, damit eure Partei die Mittel erhalte, die zum Kampf unerläßlich waren.

Wir danken euch, Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land, für das, was ihr geleistet! Wir danken den Tausenden von Vertrauensmännern, die in hingebungsvoller Arbeit den Kampf organisierten; wir danken allen Rednern, die im Dienste unserer Sache gewirkt haben!

Und nun rüsten wir zu neuen Kämpfen! Die ganze bürgerliche Presse steht gegen uns. Jagt sie aus den Arbeiterwohnungen hinaus! In das Heim des Arbeiters gehört die sozialdemokratische Presse! Nur eine weit stärkere Verbreitung unserer Parteiblätter ist ein wirksames Mittel im Kampf gegen die Lügen unserer Feinde. Sorget für sozialistische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit! Entreißt die Frauen dem Bann unserer Gegner! Stärket die Organisationen des Proletariats!

Keinen besseren Beweis eurer ungebrochenen Kraft könnt ihr den frohlockenden Arbeiterfeinden geben, als indem ihr jetzt erst recht eine unermüdliche Werbearbeit für die sozialdemokratischen Zeitungen und für die Parteiorganisation beginnt!

Hoch die Sozialdemokratie!

Die Parteivertretung.

Das Jahr war erfüllt von Werbearbeit für die Organisation und für die Parteipresse. Obwohl infolge der wachsenden Geldentwertung auch der Parteibeitrag und die Preise der Parteiblätter immer wieder anstiegen, ist ein unverminderter Wachstum der Mitglieder- und Abnehmerzahl zu verzeichnen. „Rote Wochen" wurden organisiert und brachten glänzende Erfolge, besonders in Wien, wo vom 12. Dezember 1920 bis 15. Jänner 1921 eine ununterbrochene Werbeaktion durchgeführt wurde. Mit großem Erfolg arbeiteten auch die Genossen in Oberösterreich, Steiermark und im Viertel unterm Wienerwald, die in einer eigenen Schrift über die Ergebnisse der Werbearbeit berichteten.

Vor dem 12. November forderte der Parteivorstand wie in den beiden vergangenen Jahren die Organisationen zur Feier des Geburtstages der Republik auf.

Der 1. Mai war wie immer ein würdevoll gefeierter Tag der Arbeiterklasse. Der Parteivorstand erließ folgenden Aufruf:

Parteigenossen und Genossinnen!

Der 1. Mai naht wieder.

Wie alljährlich, so fordern wir euch auch heuer auf, in allen Orten den Weltfeiertag der Arbeit in würdigen Kundgebungen festlich zu begehen.

Der Achtstundentag, dem die Maifeier einst galt, ist dank der machtvollen Arbeiterbewegung in der Republik Wirklichkeit geworden. Der Militarismus, als Instrument der Kapitalistenklasse zur Niederhaltung des Proletariats und als Werkzeug einer kriegslüsternen Kamarilla, existiert in unserer Republik nicht mehr. Aber der Weltfriede, für den wir an jedem 1. Mai unsere Stimme erhoben haben, ist trotz der grausamen Lehren des Weltkrieges keineswegs gesichert. Das Friedensdiktat der Entente, aus imperialistischer Herrschgier und nationalistischen Rachegedanken entstanden, hat in Mitteleuropa Zustände gezeitigt, die nicht von Dauer sein können. Die Konterrevolution lauert auf den günstigen Augenblick, die Militärmonarchie, die Diktatur des Säbels und der Kutte, wieder aufrichten zu können. Karl Habsburgs ungarische Osterreise ist nur ein Symptom der internationalen Intrigen, die gegen die Republiken und die Arbeiterklasse gesponnen werden.

Es gilt zu zeigen, daß wir wachsam und bereit sind, die Errungenschaften der revolutionären Epoche gegen alle Anschläge zu verteidigen; uns aus den Positionen nicht zurückwerfen zu lassen, aus denen wir zur richtigen Stunde vorwärtsmarschieren werden zum Sozialismus.

Die Parole der Wiener Internationalen Sozialistischen Konferenz sei auch die unsere:

„Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme; gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter im selben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades;

zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse;

für die allgemeine Revision der Friedensverträge;

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker;

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität."

In diesem Sinn rufen wir euch, Genossen und Genossinnen, in Stadt und Land, zu:

Rüstet zur Maifeier!

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Große Aktionen hielten die Parteiorganisation in ununterbrochener Bewegung. Zunächst hat im Herbst die neue Einkommensteuer mächtige Erregung hervorgerufen. Am 1. Jänner 1921 sollte der Steuerabzug für die Arbeiter beginnen, aber die Vermögensabgabe, deren Einhebung durch Gesetz schon im Juli angeordnet worden war, wurde noch immer nicht eingezahlt, weil die Vorarbeiten des Finanzministeriums nicht erledigt waren. Eine stürmische Versammlung der Wiener Vertrauensmänner und Betriebsräte am 29. Dezember 1920 beschloß folgende Resolution:

Die Vertrauensmänner der Wiener Arbeiterschaft verlangen mit allem Nachdruck, daß die allzuspät zustandegekommene Vermögensabgabe rücksichtslos eingetrieben wird. Es kann niemand die Verantwortung dafür übernehmen, daß sich die Entrüstung der Arbeiterschaft über die fortgesetzten Vermögensschiebungen und über die in empörender Weise zur Schau getragene Verschwendung der besitzenden Klassen in drastischer Weise kundtut, wenn nicht alle zuständigen Behörden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß die Schieber und Wucherer weder der Zahlung der Vermögensabgabe noch der Entrichtung der ihnen sonst auferlegten Steuern entgehen. Die Versammlung nimmt zur Kenntnis, daß nunmehr mit der Einhebung der Vermögensabgabe endlich Ernst gemacht wird. Sie verlangt, daß das Finanzministerium alle noch notwendigen Verordnungen unverzüglich herausgibt, damit den Vermögensabgabepflichtigen jeder Vorwand genommen werde, die Frist für die Vorauszahlung unbenützt verstreichen zu lassen. Die Versammlung verlangt, daß die Gesetze in der schärfsten Weise angewendet werden und daß insbesondere von der vorgesehenen Möglichkeit der öffentlichen Anprangerung der Steuerdefraudanten Gebrauch gemacht werde.

Der Arbeiterklasse liegt der Bestand der Republik sehr am Herzen. Zwar ist auch die österreichische Republik immer noch ein Klassenstaat, in dem die Arbeiter wirtschaftlich ausgebeutet werden. Aber die Machtstellung des Proletariats in diesem Staate ist so stark, daß es diesen geeigneten Boden für seine Kämpfe bis zum Äußersten gegen die Reaktion zu verteidigen gewillt ist. Die Arbeiterschaft verkennt nicht, daß der Staatshaushalt der Republik anders geartet ist als der Staatshaushalt der alten Monarchie. War damals etwa die Hälfte der Staatsausgaben militaristisch-imperialistischen Zwecken der Habsburger und der herrschenden Klassen gewidmet, so dienen heute die Staatsausgaben in demselben Maße unter dem Drucke der Arbeiterschaft den Zwecken der sozialen Verwaltung.

Die zunehmende Teuerung, die statt des von der christlichsozialen Regierung versprochenen Preisabbaues eingesetzt hat, ruft in der Arbeiterschaft stets neue Erregung hervor. In solcher Zeit trifft der wöchentliche Steuerabzug, der am 8. Jänner beginnen soll, das Proletariat doppelt hart. Nichtsdestoweniger erklären die Vertrauensmänner, aus den obenangeführten Gründen gegenwärtig einem Steuerstreik der Arbeiterklasse nicht das Wort reden zu können.

Die Kommunisten, deren geringen Anhang die Nationalrats- und die Arbeiterratswahlen deutlich gezeigt haben, versuchen mit demagogischen Kniffen wieder Verwirrung in die Arbeiterschaft zu tragen, indem sie zur Steuerverweigerung auffordern und die Sozialdemokratie des Arbeiterverrats bezichtigen. Die Vertrauensmänner weisen die plumpe Demagogie der Kommunisten mit Entschiedenheit zurück und billigen das Verhalten der Sozialdemokratie bei der Beratung der Einkommensteuer, da die Partei die Interessen der Arbeiter und Angestellten in richtiger Weise vertreten hat, indem sie eine wesentliche Herabsetzung der Einkommensteuer für die Arbeiterschaft erreichte und zugleich eine Erhöhung der Steuer der Reichen durchsetzte.

Ferner wurde beschlossen:

Die Versammlung fordert, daß die Vertrauensmänner im März wieder zusammentreten, um einen Bericht über die bis dahin geleisteten Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe entgegenzunehmen und dann weitere Beschlüsse zu fassen.

In den Ländern wurden ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Noch im Jänner wurde über sozialdemokratischen Antrag das Einkommensteuergesetz geändert. Ab Mai erfolgte eine neuerliche wesentliche Herabsetzung der Steuer. Die Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe haben tatsächlich im Jänner begonnen.

Auch der Gesetzentwurf über die Festsetzung der Brot- und Mehlpreise hat die Partei eingehend beschäftigt. Der Parteivorstand forderte durch einen Beschluß vom 27. Jänner 1921, daß vor allem Arbeiter und Angestellte unter allen Umständen in die niedrigste Kategorie eingereiht werden müssen. Nach mühevollen Kämpfen, die sich monatelang hinzogen, gelang es, diese Forderung auch durchzusetzen.

Große Erbitterung weckten in der Arbeiterschaft die Urteile der Klassenjustiz, die im vergangenen Jahre gefällt wurden. Die sinnwidrige Auslegung des Disziplinargesetzes für die Wehrmänner durch reaktionäre Offiziere, die brutalen Klassenurteile gegen Betriebsräte und Streikende, während reaktionäre Demonstranten mit geringen Geldstrafen davonkommen und Monarchisten nur bedingt verurteilt oder freigesprochen werden, haben dargetan, daß der demokratische Ausbau der Rechtspflege, gegen den sich die bürgerliche Mehrheit schon bei der Verfassungsberatung heftig gewehrt hat, eine dringende Notwendigkeit ist. Es wird großer Kraftanstrengungen der Arbeiter bedürfen, um eine Rechtspflege zu sichern, die dem Volksempfinden von heute entspricht. In wuchtigen Protestversammlungen fand die Entrüstung der Arbeiterschaft starken Ausdruck.

Fragen der Außenpolitik waren Gegenstand der Tagesordnung in den zahlreichen Versammlungen, die am 13. März mit der Parole abgehalten wurden, welche die Wiener Internationale Sozialistische Konferenz vom Februar gab:

Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme;

gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Knechtschaft der deutschen Arbeiter im selben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und gegen die Wiederkehr eines neuen Blutbades;

zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse;

für die allgemeine Revision der Friedensverträge;

für das Selbstbestimmungsrecht der Völker;

für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität!

Nach der letzten Tagung des Nationalrates protestierten leidenschaftlich bewegte Massenversammlungen gegen die Kongruanovelle und die Finanzpolitik der Christlichsozialen.

Hatte die Partei große Kämpfe mit den Klassengegnern der Arbeiterschaft zu bestehen, so versäumte sie auch nicht, der Propaganda unter den Schichten der Arbeiterschaft ihr Augenmerk zuzuwenden, deren

Gewinnung größere Schwierigkeiten bereitete, und sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, welche die proletarische Bewegung selbst aufwirft.

Nach dem letzten Parteitag erfolgte rasch die von ihm geforderte Klärung unter den Genossen. Bereits am 12. November 1920 beschloß eine Wiener Konferenz der Vertrauensmänner der „Linken" (Frey-Rothe) die Gründung einer „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (Linke)", als deren Zweck „die Sammlung und Organisierung der revolutionären Sozialisten zum Kampf um den Kommunismus" angegeben wurde. Dieser Wiener Konferenz folgte am 28. November eine Reichskonferenz, die auch den Anschluß an die Dritte Internationale aussprach und die Exekutive beauftragte, in Verhandlungen mit der Kommunistischen Partei zwecks Verschmelzung zu treten.

Gleich nach dem Parteitag erschienen die beiden Blätter der gespalten gewesenen Linken, „Der Arbeiterrat" und „Der revolutionäre Sozialdemokrat", mit gleichem Text, ab Dezember gab es nur mehr den „Arbeiterrat". Auf dem Parteitag der Kommunisten am 21. Jänner 1921 vereinigten sich die beiden Parteien. Für die Sozialdemokratie bedeutete die Abspaltung der „Linken" das Ausscheiden einiger Genossen, deren Wirkung nur Verwirrung zu stiften vermochte. Die Zahl der mit ihnen ausgetretenen Arbeiter ist ganz geringfügig. Das beweisen die Neuwahlen der Arbeiterräte, die gerade damals, zwischen dem 14. November und 5. Dezember 1920, stattfanden. Der Parteivorstand forderte zur regen Beteiligung an der Wahl auf und hat ein eigenes Zentralkomitee eingesetzt. Das Ergebnis der Wahlen zeigte die völlige Bedeutungslosigkeit der von der Partei abgesprengten Teile des Proletariats.

Gleich überwältigend wie bei den Arbeiterratswahlen waren die Erfolge bei den Wahlen für die Arbeiterkammer. Die Partei als solche hat keine Kandidaten aufgestellt. Da aber die Kommunisten den Listen der freien Gewerkschaften eigene Listen entgegenstellten, konnte man wieder einmal das Kräfteverhältnis messen. Hier die Wahlergebnisse:

	Arbeiter	Angestellte	Verkehrsarbeiter	Verkehrsangestellte	Summe
Wien und Niederösterreich:					
Sozialdemokraten	186.455	47.427	16.517	50.053	300.452
Christlichsoziale	7.321	8.010	.	.	15.331
Deutschnationale	.	7.243	.	.	7.243
Arbeitsgemeinschaft Christlichsozialer und Deutschnationaler	.	.	1.289	14.792	16.081
Kommunisten	11.031	286	531	2.006	13.854
Oberösterreich:					
Sozialdemokraten	32.962	3.182	1.969	11.079	49.192
Christlichsoziale	2.908	.	.	.	2.908
Deutschnationale und Christlichsoziale	.	.	145	3.005	3.150
Kommunisten	925	.	27	328	1.280
Salzburg:					
Sozialdemokraten	6.127	577	1.334	4.218	12.256
Nichtsozialdemokraten	996	982	86	985	3.049
Steiermark:					
Sozialdemokraten	50.152	5.701	1.087	13.904	70.844
Christlichsoziale und Deutschnationale	.	3.368	.	2.640	7.738
Christlichsoziale	1.730	.	.	.	

	Arbeiter	Angestellte	Verkehrsarbeiter	Verkehrsangestellte	Summe
Tirol:					
Sozialdemokraten	5.913	1.107	1.124	4.405	12.549
Nichtsozialdemokraten	2.396	1.666	258	2.321	6.641
Vorarlberg:					
Sozialdemokraten	3.535	427	382	1.667	6.011
Christlichsoziale	2.693	496	.	.	3.189
Deutschnationale	257	469	.	.	726
Deutschnationale und Christlichsoziale	.	.	118	770	888

In den Arbeiterkammern — die Wiener Kammer wurde am 25. April 1921 feierlich eröffnet, die anderen Kammern folgten; nur Kärnten hat noch nicht gewählt — hat die Arbeiterklasse eine neue Position gewonnen, die sie zum Vorteil der Klasse auszubauen wissen wird.

Eine umfangreiche Aktion hatte die Partei durchzuführen, um die Rechte der Arbeiter zu wahren, die von der Bestimmung des Friedensvertrages über die Option Gebrauch machen mußten und sich die österreichische Staatsbürgerschaft sichern wollten.

Um die allgemeine Werbetätigkeit der Partei zu erhöhen, erscheint seit November 1920 „Das Volk" wieder und erfreut sich wachsender Beliebtheit.

Nach dem Parteitag konstituierte sich sogleich der Parteivorstand. Als Vorsitzender wurde Seitz, als Stellvertreter wurden Adler, Bauer und Tomschik gewählt. Als Parteikassier wurde Ellenbogen bestimmt. Als Parteisekretäre wurden Skaret, Deutsch, Danneberg und Speiser gewählt. Speiser, der amtsführender Stadtrat ist, wurde ohne Bezüge beurlaubt, seine Agenden auf die anderen Sekretäre verteilt. Als Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung" wurde Austerlitz, als Chef der Verwaltung Emmerling bestätigt.

In der Parteiorganisation sind einige Wandlungen vor sich gegangen. Die Trennung Wiens von Niederösterreich, die am 10. November 1920 erfolgte, ließ es zweckmäßig erscheinen, auch die Parteiorganisation nach den neuen Verhältnissen einzurichten. Der niederösterreichische Landesparteitag, der am 19. Dezember stattfand und auf dem die Wiener Vertreter nur mehr als Gäste anwesend waren, zog die Folgerung aus der staatlichen Entwicklung. Ab 1. Jänner 1921 bildet die Wiener Organisation eine eigene Landesorganisation. Die neue Landesorganisation von Niederösterreich hat ihr Sekretariat gleichfalls in Wien; es arbeitet in engster Verbindung mit der Wiener Organisation.

Für die Aufrichtung der Partei im Burgenland wurden alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Am 9. Jänner 1921 fand in Wiener-Neustadt die Konstituierung der Landesorganisation für das Burgenland statt. Ein provisorischer Landesvorstand wurde gewählt, mit dem der Parteivorstand in Fühlung trat, um die Vorarbeiten für die Organisation zu treffen.

In der Verwaltungsstelle für das Burgenland, die bis 27. August ihren Sitz in Wien hatte, ist die Partei durch vier Genossen vertreten.

Ein besonderes Augenmerk widmete die Partei im vergangenen Jahre der Landarbeiterbewegung. Die erfreulichen Fortschritte der Gewerkschaft lassen erkennen, daß auch diese breite Schicht des Proletariats zum Klassenbewußtsein erwacht. Um die Landagitation gründlich zu führen, ist die Ausarbeitung eines Agrarprogramms erforderlich. Hierüber haben wiederholt Beratungen stattgefunden. Genosse Otto Bauer hat in der Juninummer des „Kampf" einen Entwurf veröffentlicht.

Die Angestelltenbewegung machte, wie auch die Arbeiterkammerwahlen zeigten, erfreuliche Fortschritte. Die „Freie politische Organisation der Angestellten" als Sonderorganisation ist darum in Wien entbehrlich geworden und wurde aufgelöst. Dagegen haben die städtischen Angestellten in Wien eine mächtige sozialdemokratische politische Organisation ins Leben gerufen. In den Ländern wird sich da und dort eine Sonderorganisation für die Angestellten vielleicht als notwendig erweisen. Die Entscheidung hierüber kann nur nach lokalen Bedürfnissen getroffen werden.

Den Pensionisten, die als Sondergruppe der Partei angehören wollten, wurde der Rat gegeben, ihre Organisation im Anschluß an die Gewerkschaften ihrer Berufe aufzubauen, da diese Methode bessere Erfolge verheißt. Tatsächlich hat sich diese Bewegung in einem sehr erfreulichen Maße entwickelt.

Die Partei hat auch der aufstrebenden Siedlerbewegung tatkräftigste Unterstützung angedeihen lassen.

Bedeutsam ist, daß am 3. April 1921 ein Reichsbund der sozialistischen Lehrer aller Schulkategorien gegründet wurde und die Lehrerbewegung ständige Fortschritte macht. In den Lehrern erstehen der Partei wertvolle Mitarbeiter.

Im Berichtsjahr ist auch eine neue Organisation entstanden. In Wien wurde am 7. Juni 1921 ein Verband der Fürsorgevereine „Societas" gegründet, der die Fürsorgevereine der Bezirke zusammenschließt. Ihre Aufgabe ist es, den Kreis der wirklich Fürsorgebedürftigen festzustellen, die Fürsorger und Fürsorgerinnen zu schulen und den Bedürftigen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Der Parteivorstand hat die Arbeiten in der Partei durch Rat und Tat zu unterstützen versucht. Er hat seine Beratungen in 44 Sitzungen erledigt.

Das Wachstum der Partei ist so groß, daß heute schon eine beträchtliche Zahl von Genossen ausschließlich im Dienste der politischen Organisation wirkt. Es sind in Kärnten 7, in Salzburg 6, in Steiermark 22, in Vorarlberg 2, in Oberösterreich 7, in Tirol 1, in Niederösterreich 16 und in Wien 18 Personen.

Die Parteiorganisation.

Die Parteiorganisation hat sich im letzten Berichtsjahr glänzend entwickelt. Im Berichtsjahr 1919/20, war ein Verlust von 3000 männlichen und ein Gewinn von 7000 weiblichen Parteimitgliedern zu verzeichnen. Es war also nach dem großen Aufschwung des Umsturzjahres ein Stillstand eingetreten, da dem Gewinn in Wien Verluste in den übrigen Bundesländern gegenüberstanden. Wir konnten am 30. Juni 1920 335.863 Mitglieder ausweisen. Im heurigen Berichtsjahr begann nun trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein gewaltiger neuer Aufstieg, der uns, wie die folgende Tabelle zeigt, 491.160 Mitglieder erreichen ließ. Es gibt wohl kein zweites Land, in dem, wie in Deutschösterreich, fast der zwölfte Teil der Gesamtbevölkerung sozialdemokratisch organisiert ist. An dem riesenhaften Aufschwung sind Männer und Frauen in verschiedenem Maß beteiligt. Die Zahl der männlichen Parteimitglieder stieg vom 30. Juni 1920 bis 30. Juni 1921 um 43·64 Prozent, die der weiblichen Mitglieder im gleichen Zeitraum um 55·01 Prozent. Während die Frauen am 30. Juni 1913 noch nicht ein Achtel der Gesamtorganisation ausmachten, ist der Anteil der weiblichen Parteimitglieder am 30. Juni 1921 fast auf ein Viertel gestiegen.

An dem großen Aufschwung der Organisation haben nicht alle Länder gleichen Anteil.

Die prozentuale Steigerung der Mitgliederzahl im letzten Berichtsjahr betrug:

Ort	Prozente bei den männlichen Mitgliedern	Prozente bei den weiblichen Mitgliedern	Prozente bei der Gesamtmitgliederzahl
Wien	48·84	63·23	52·30
Kreis St. Pölten	35·30	48·76	31·92
„ Wiener-Neustadt	37·14	78·68	47·53
„ Krems	29·92	27·28	29·25
„ Stockerau	26·02	17·25	24·28
Niederösterreich	34·45	60·96	40·81
Oberösterreich	70·43	89·59	73·99
Kärnten	33·47	6·43	26·29
Salzburg	44·38	26·67	40·26
Steiermark	37·80	38·20	37·88
Tirol	9·75	25·86	14·48
Vorarlberg	2·18	(Verlust) 25·02	(Verlust) 4·67
Gesamtsumme	43·64	55·01	46·23

Die stärksten Fortschritte machte also Oberösterreich, wo die männlichen Mitglieder um 70 Prozent zunahmen, während kein anderes Land eine Zunahme von mehr als 50 Prozent erreichte. Nach Oberösterreich folgen Wien und Salzburg. Weitaus am schwächsten war die Zunahme in Tirol und Vorarlberg. Was die weiblichen Mitglieder anlangt, steht ebenfalls Oberösterreich mit 89 Prozent an der Spitze, dann folgen der Kreis Wiener-Neustadt und Wien. Am geringsten war die Zunahme in Kärnten. In Vorarlberg war eine Abnahme der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen.

Das starke Wachstum hat das Kräfteverhältnis der Länder verschoben. Während Wien vor dem Umsturz mehr als die Hälfte aller Parteimitglieder stellte (siehe Tabelle, Seite ——), ist sein Anteil nach dem Umsturz auf weniger als ein Drittel gesunken, nähert sich jetzt allerdings wieder vier-Zehnteln. Sehr kräftig hat sich Niederösterreich entwickelt, dessen männliche Mitgliederzahl vor dem Umsturz nicht einmal ein Sechstel der Gesamtzahl ausmachte, während sie jetzt schon fast ein Viertel beträgt. Noch bedeutender wuchs der Anteil Oberösterreichs, das vor dem Umsturz ein Sechzehntel der Gesamtmitgliederzahl stellte, jetzt aber schon mehr als ein Achtel.

In der Frauenbewegung ist das Verhältnis keineswegs dasselbe. Das zeigt, wieviel auf die Durchführung einer zielbewußten Agitation ankommt. Der Anteil Wiens betrug vor dem Umsturz in der Frauenorganisation ein Drittel, jetzt stieg er auf vier Zehntel. Er ist also größer als in der Männerorganisation. Vor dem Umsturz stellte Niederösterreich fast den vierten Teil aller organisierten Frauen, während es nur ein Sechstel aller organisierten Männer stellte. Jetzt ist sein Anteil an der Frauenorganisation bereits größer als ein Viertel. Vorwärts entwickelt, wenn auch nicht so stark wie bei den Männern, hat sich auch Oberösterreich.

Wertvolle Fingerzeige für den Ausbau der Parteiorganisation gibt auch die Tabelle auf Seite ——, welche die Mitgliederzahl der politischen Orga-

nisation mit der der Gewerkschaften vergleicht. Interessanterweise ist das Verhältnis im Reiche durchschnittlich für Männer und Frauen fast das gleiche. Unsere Parteiorganisation umfaßt mehr als halb so viele Männer und Frauen, als die Gewerkschaften aufweisen. Innerhalb der Länder gibt es freilich beträchtliche Verschiedenheiten. Die in der Parteiorganisation vereinigten Männer erreichen nirgends die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten. Am günstigsten ist das Verhältnis in Kärnten und Salzburg, wo offenbar Kleinhäusler und ähnliche nicht gewerkschaftlich organisierbare Schichten der Partei angehören. Ungünstig erscheint das Verhältnis immer noch in Wien, was offenbar darauf zurückzuführen ist, daß die große Zahl der öffentlichen Angestellten, die neu zur Gewerkschaftsbewegung gestoßen sind, erst langsam auch von der Parteiorganisation erfaßt wird. Auffallend schlecht kommt Tirol weg, dessen männliche Parteimitglieder nur ein Drittel der Zahl der männlichen Gewerkschaftsmitglieder des Landes ausmachen.

Für die weibliche Mitgliedschaft ist ein Vergleich weniger wertvoll, da die Partei zweifellos viele proletarische Hausfrauen als Mitglieder zählt, die für die Gewerkschaften nicht in Betracht kommen. Das zeigt sich deutlich in Kärnten, Salzburg und Steiermark, wo die Zahl der weiblichen Parteimitglieder größer ist als die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen. Ungünstiger ist hier wieder das Verhältnis in Wien und besonders schlecht in Tirol. In diesen beiden Ländern ist noch sehr vieles nachzuholen.

Von besonderem Interesse ist auch ein Vergleich unserer Mitgliederzahl mit der Zahl unserer Nationalratswahlstimmen. Leider läßt sich mangels geeigneter statistischer Grundlagen ein genauer Vergleich, nach Ländern und Geschlechtern getrennt, nicht machen. Aber die lückenhafte Tabelle auf Seite — ist doch sehr lehrreich. Wir haben demnach durchschnittlich bereits fast die Hälfte unserer Wähler organisiert. Freilich liegen die Dinge nicht in jedem Lande gleich. Am günstigsten stehen sie im Kreis Wiener-Neustadt, der fast sechs Zehntel seiner Wähler organisiert hat; danach folgen Salzburg, Oberösterreich und der Wahlkreis Steckerau. Auch Steiermark hat mehr als die Hälfte seiner Wähler organisiert. Selbst in Wien sind wir trotz aller Schwierigkeiten, welche die Großstadt bietet, auf 43 Prozent gekommen. Kärnten bleibt schon etwas zurück, weil die lange Besetzung die Organisationsarbeit behinderte. Ungünstiger steht es in Tirol und Vorarlberg, den schwächsten Positionen der Partei.

Soweit für Männer und Frauen getrennte Wahlergebnisse vorliegen, ergeben sich große Verschiedenheiten. Bei den Männern steht der Wahlkreis Steckerau mit 82 Prozent voran, dann folgen Oberösterreich und Salzburg mit mehr als 79 Prozent und Wiener-Neustadt, das fast 79 Prozent erreicht. Wien hat fast zwei Drittel seiner männlichen Wähler organisiert. Am ungünstigsten steht es wieder in Tirol und Vorarlberg, wo aber auch mehr als ein Drittel der männlichen Wähler der Partei angehören.

Viel schlechter ist es um die Frauenbewegung bestellt. Hier erreicht das beste Land, Wiener-Neustadt, etwa die Verhältniszahl, die für die Männer das schlechteste hat, mit 37 Prozent. Die anderen Länder bleiben noch beträchtlich weiter zurück, nämlich unter 30 Prozent. Aber wie bei den Männern sind sie doch, wieder von Tirol und Vorarlberg abgesehen, besser als Wien, am besten Salzburg und Oberösterreich.

So zeigt uns der Bericht, dessen Tabellen eingehend studiert werden mögen, daß wir gewaltige Fortschritte gemacht haben, auf die wir stolz sein dürfen; daß aber noch viel zu tun übrig bleibt.

Tabellarische Übersicht über die Gesamtorganisation.

I. Mitgliederstand im ganzen Bundesstaat.

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Anzahl der Bezirksorganisationen	Anzahl der Lokalorganisationen	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 männlich	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 weiblich	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 zusammen	Mitgliederstand am 30. Juni 1920 männlich	Mitgliederstand am 30. Juni 1920 weiblich	Mitgliederstand am 30. Juni 1920 zusammen
1	Kärnten	7	146	16869	4864	21733	12638	4570	17208
2	Niederösterreich .	61	549	86722	32760	119482	64504	20352	84856
3	Oberösterreich . .	16	265	48637	12356	60993	28537	6517	35054
4	Salzburg	7	75	11844	3137	14981	8203	2478	10681
5	Steiermark . . .	12	146	60082	13771	73853	43598	9964	53562
6	Tirol	2	34	5736	2730	8466	5226	2169	7395
7	Vorarlberg	4	26	2616	647	3263	2560	863	3423
8	Wien	21	1	139742	48637	188379	93888	29796	123684
	Zusammen . .	130	1242	373048	118902	491950	259154	76709	335863

II. Länderberichte.

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 männlich	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 weiblich	Anzahl der Lokalorganisationen
	Kärnten.			
1	St. Veit-Feldkirchen	3190	1122	34
2	Spittal a. d. D.	2132	353	31
3	Wolfsberg	1665	391	19
4	Ferlach*)	869	252	6
5	Villach-Hermagor	5005	1607	26
6	Klagenfurt und Umgebung**)	2761	931	14
7	Völkermarkt*)	1247	208	16
	Zusammen . .	16869	4864	146

*) Seit 10. Oktober 1920 von der jugoslawischen Besetzung befreit.
**) Zehn Gemeinden seit 10. Oktober 1920 von der jugoslawischen Besetzung befreit

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitgliederstand am 30. Juni 1921		Anzahl der Lokalorganisationen
		männlich	weiblich	
	Niederösterreich.			
	Viertel ober dem Wienerwald.			
1	Amstetten	833	302	5
2	Atzenbrugg	287	37	3
3	Kienberg-Gaming	1070	172	6
4	Haag-St. Valentin	948	312	6
5	Hainfeld	657	338	8
6	Herzogenburg	815	231	7
7	Kirchberg a. d. Pielach	481	69	6
8	Lilienfeld	1802	667	11
9	Mank	166	6	5
10	Melk	1040	310	7
11	Neulengbach	457	139	4
12	St. Peter i. d. Au	137	28	3
13	St. Pölten	5486	2399	15
14	Scheibbs	508	179	8
15	Tulln	470	133	6
16	Waidhofen a. d. Ybbs	1136	167	9
17	Ybbs	317	176	7
	Zusammen . .	16615	5665	116
	Viertel unter dem Wienerwald.			
1	Alpang	462	122	4
2	Baden	5792	2631	19
3	Ebreichsdorf	2486	1474	18
4	Klosterneuburg*)	578	408	6
5	Liesing	5488	1769	13
6	Mödling	3842	1266	12
7	Neunkirchen	7635	2905	35
8	Purkersdorf	1323	517	7
9	Schwechat	5568	2586	33
10	Triestingtal	5178	2375	13
11	Wiener-Neustadt-Stadt	6035	3167	12
12	„ „ -Land	6006	2639	33
	Zusammen . .	50293	21858	205

*) Hat nicht berichtet. Die Daten sind vom Mai 1921.

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitgliederstand am 30. Juni 1921		Angahl der Lokal-organisationen
		männlich	weiblich	
	Viertel ober dem Manhartsberg.			
1	Allentsteig	396	241	6
2	Gföhl	162	8	4
3	Gmünd*)	631	94	7
4	Groß-Gerungs*)	288	103	5
5	Heidenreichstein	417	411	7
6	Horn	834	230	17
7	Krems	2255	921	11
8	Langenlois	140	2	5
9	Litschau	60	.	2
10	Mautern	458	68	9
11	Pöggstall	514	54	10
12	Schrems	643	53	8
13	Waidhofen a. d. Thaya	285	98	2
14	Weitra*)	2	2	2
15	Zwettl	66	50	1
	Zusammen . .	7142	2322	96
	Viertel unter dem Manhartsberg.			
1	Deutsch-Wagram	588	204	6
2	Groß-Enzersdorf	432	106	4
3	Haugsdorf	461	58	9
4	Kirchberg a. W.	183	73	5
5	Korneuburg	2240	557	8
6	Laa a. d. Taya	702	316	11
7	Marchegg	476	153	7
8	Matzen	1199	153	13
9	Mistelbach	1151	165	8
10	Oberhollabrunn	340	104	6
11	Obersiebenbrunn	371	137	4
12	Poysdorf	175	56	5
13	Ravelsbach	152	46	4
14	Retz	488	84	12
15	Stockerau	2067	555	10
16	Wolkersdorf	349	23	5
17	Zistersdorf	1298	125	15
	Zusammen . .	12672	2915	132

*) Haben nicht berichtet. Die Ziffern sind vom Vorjahr.

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 männlich	Mitgliederstand am 30. Juni 1921 weiblich	Anzahl der Lokalorganisationen
	Oberösterreich.			
1	Braunau	2511	727	16
2	Eferding	587	125	5
3	Freistadt	1703	312	17
4	Gmunden	4951	924	14
5	Grieskirchen	1118	266	14
6	Kirchdorf	1422	292	20
7	Linz (Land)	3161	1286	21
8	Linz (Stadt)	9765	3161	30
9	Perg	2140	339	10
10	Ried	1273	241	13
11	Rohrbach	573	55	15
12	Schärding	696	137	12
13	Steyr	12105	2973	21
14	Urfahr	504	75	15
15	Vöcklabruck	3647	637	27
16	Wels	2481	780	15
	Zusammen	48637	12356	265
	Salzburg.			
1	Salzburg (Stadt)	2015	364	16
2	Salzburg (Umgebung)	2442	637	12
3	Hallein-Tennengau	2350	755	5
4	Flachgau	1023	210	11
5	Pongau	2329	699	16
6	Pinzgau	1280	363	11
7	Lungau	405	109	4
	Zusammen	11844	3137	75
	Steiermark.			
1	Graz	16171	2643	15
2	Bruck an der Mur	7353	2214	16
3	Deutsch-Landsberg	2145	703	11
4	Eisenerz	3160	655	6
5	Fürstenfeld	2292	1298	14
6	Knittelfeld-Judenburg	7303	1962	18
7	Leibnitz	1059	120	10
8	Leoben	5369	815	11
9	Mürzzuschlag	6705	1888	14
10	Rottenmann	2922	589	22
11	Voitsberg	3651	515	5
12	Weiz	1952	369	4
	Zusammen	60082	13771	146

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitgliederstand am 30. Juni 1921		Anzahl der Zahlstellenorganisationen
		männlich	weiblich	
	Tirol.			
1	Innsbruck (Stadt und Land)	5341	2600	33
2	Lienz	395	130	1
	Zusammen	5736	2730	34
	Vorarlberg.			
1	Bludenz	374	39	5
2	Bregenz	976	150	7
3	Dornbirn	725	271	5
4	Feldkirch	541	187	9
	Zusammen	2616	647	26

Fortl. Nummer	Bezirksorganisation	Mitgliederstand am 30. Juni 1921	
		männlich	weiblich
	Wien.		
1	I	1023	342
2	II	9750	2595
3	III	9574	2917
4	IV	1217	346
5	V	6895	2114
6	VI	4733	2086
7	VII	3166	1263
8	VIII	2503	495
9	IX	5115	2709
10	X	14805	5083
11	XI	6769	1567
12	XII	6144	2207
13	XIII	10049	3827
14	XIV	6215	2077
15	XV	3037	1024
16	XVI	12704	3525
17	XVII	5908	2708
18	XVIII	2691	839
19	XIX	3937	2123
20	XX	10307	4540
21	XXI	13200	4250
	Zusammen	139742	48637

III. Vergleich des Parteimitgliederstandes am 30. Juni 1913, 1919, 1920 und 1921.

Land	1913						1919					
	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten
Wien	42795	54·25	3583	33·18	46378	51·71	81530	31·06	23901	34·18	105431	31·71
Niederösterreich	12064	15·29	2498	23·13	14562	16·23	67760	25·81	18485	26·43	86245	25·94
Oberösterreich	4962	6·29	827	7·66	5789	6·45	37551	14·30	6392	9·14	43946	13·22
Kärnten	3316	4·20	791	7·32	4107	4·57	12979	4·94	4326	6·18	17305	5·20
Salzburg	2452	3·10	555	5·14	3007	3·35	8953	3·41	2344	3·35	11297	3·39
Steiermark*)	11080	14·04	1906	17·65	12986	14·08	45132	17·19	11264	16·11	56396	16·96
Tirol**)	1656	2·09	485	4·49	2141	2·38	5934	2·26	2420	3·46	8354	2·51
Vorarlberg	552	0·69	151	1·39	703	0·78	2631	1·01	786	1·12	3417	1·02
Zusammen	78877	100	10796	100	89673	100	262473	100	69918	100	332391	100

Land	1920						1921					
	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten
Wien	93888	36·22	29796	38·84	123684	36·82	139742	37·53	48637	40·09	188379	38·35
Niederösterreich	64504	24·89	20352	26·53	84856	25·26	86732	23·31	32760	27·56	119492	24·34
Oberösterreich	28537	11·01	6517	8·49	35054	10·43	48637	13·07	12356	10·39	60993	12·42
Kärnten	12638	4·87	4570	5·95	17208	5·12	16869	4·53	4864	4·09	21733	4·41
Salzburg	8203	3·16	2478	3·23	10681	3·18	11844	3·18	3137	2·63	14981	3·04
Steiermark*)	43598	16·82	9964	12·98	53562	15·94	60082	16·14	13771	11·58	73853	15·04
Tirol**)	5226	2·01	2169	2·82	7395	2·20	5736	1·54	2730	2·29	8466	1·72
Vorarlberg	2560	0·98	863	1·12	3423	1·01	2616	0·70	647	0·54	3263	0·66
Zusammen	259154	100	76709	100	335863	100	372258	100	118902	100	491160	100

*) Ohne Bezirksorganisation Cilli und Marburg.
**) „ „ Bozen, Franzensfeste und Meran.

IV. Vergleich der Zahl der Parteimitglieder am 30. Juni 1921 mit der Zahl der am 31. Dezember 1920 der Gewerkschaftsmitglieder.

Land	Zahl der gewerkschaftlich Organisierten			Zahl der politisch Organisierten					
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten
Wien	313577	141058	458635	139742	44·56	48637	34·48	188379	41·07
Niederösterreich	138343	38344	176687	86732	62·69	32760	85·43	119492	67·62
Kärnten	22208	2803	25011	16869	75·95	4864	173·52	21733	86·89
Oberösterreich	71762	12774	84536	48637	67·77	12356	96·72	60993	72·15
Salzburg	16558	2242	18800	11844	71·53	3137	139·31	14981	79·68
Steiermark	96902	13299	110141	60082	62·—	13771	103·54	73853	67·05
Tirol	17276	3285	20561	5736	33·02	2730	15·80	8466	41·17
Vorarlberg	5119	1330	6449	2616	51·10	647	48·64	3263	50·59
Zusammen	685745	215175	900920	372258	54·39	118902	55·25	491160	54·52

V. Vergleich der Zahl der Parteimitglieder mit der Zahl der bei der Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen.

Land oder Kreis	Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der Nationalratswahl am 17. Oktober 1920			Zahl der politisch Organisierten					
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten
Wien	219471	216676	436147	139742	63·67	48637	22·44	188379	43·19
Viertel ober dem Wienerwald	25545	20413	45958	16615	65·04	5665	27·75	22280	48·47
„ unter dem Wienerwald	63626	58185	121811	50239	78·95	21858	37·56	72151	59·23
„ ober dem Manhartsberg	.	.	19589	7142	.	2322	.	9464	48·31
„ unter dem Manhartsberg	15403	11537	26940	12672	82·26	2915	25·26	15587	57·85
Niederösterreich zusammen	.	.	214298	86732	.	32760	.	119492	55·75
Kärnten*	.	.	60768	16869	.	4864	.	21733	35·76
Oberösterreich	60871	43681	104552	48637	79·90	12356	28·28	60993	58·33
Salzburg	14933	10515	25448	11844	79·31	3137	29·83	14981	58·86
Steiermark	.	.	140536	60082	.	13771	.	73853	52·55
Tirol	16703	12491	29194	5736	34·34	2730	21·85	8466	28·99
Vorarlberg	6825	4846	11671	2616	38·32	647	13·35	3263	27·95
Zusammen	.	.	1023605	372258	.	118902	.	491160	48·03

* In Kärnten fanden die Wahlen am 19. Juni 1921 statt.

VI. Vergleich des Markenbezuges der jetzt zu Deutschösterreich gehörenden Bundesländer in den Jahren 1913/14, 1914/15, 1915/16, 1916/17, 1917/18, 1918/19, 1919/20, 1920/21.

Land	Männermarken								Frauenmarken							
	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
Kärnten . .	29500	8000	6000	8500	33000	135000	130000	170000	8500	2000	5000	6000	26000	55000	50000	50000
Niederösterr.	654725	288250	209500	211612	216894	1172175	770900	738000	77900	38300	48000	74000	109110	350300	295000	281000
Oberösterr.	51000	24000	14500	18300	25000	256000	300000	510000	9000	4800	7300	7500	20000	69000	90000	130000
Salzburg .	19500	6000	5600	4000	13400	56500	92000	112000	5100	4100	2800	2400	8400	20000	25000	33000
Steiermark	117000	49000	45000	44000	78000	279000	425000	656000	22000	9400	8500	15500	23000	98000	125000	158000
Tirol . . .	17000	4500	4500	4000	7000	47000	56000	54000	4000	3000	3000	4000	8000	21500	27000	26000
Vorarlberg	5000	3000	1000	3000	3200	17200	30000	20000	2000	1000	.	3000	2000	7000	11000	6000
Wien . . .	.	.	.	.	.	.	1100000	1320000	.	.	.	.	.	.	350000	485000
Summe . .	893725	382750	286100	293412	377494	1962875	2803900	3580000	128500	62600	74600	112400	196510	618800	973000	1169000

Vergleich der politisch Organisierten zu den bei der letzten Nationalratswahl für unsere Partei abgegebenen Stimmen.

Land	Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei der Nationalratswahl 17. Okt. 1920			Zahl der politisch Organisierten					
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	in Prozenten	weiblich	in Prozenten	zusammen	in Prozenten
Wien	219471	216676	436147	139742	63·67	48637	22·44	188379	43·19
Niederösterreich	114113	97391	214298	86732	76·00	32760	33·63	119492	55·75
Kärnten*)	.	.	60768	16869	.	4864	.	21733	35·76
Oberösterreich	60871	43681	104552	48637	79·90	12356	28·28	60993	58·33
Salzburg	14933	10515	25448	11844	79·31	3137	29·83	14981	58·86
Steiermark	.	.	140536	60082	.	13771	.	73853	52·55
Tirol	16703	12491	29194	5736	34·34	2730	21·85	8466	28·99
Vorarlberg	6825	4846	11671	2616	38·32	647	13·35	3263	27·95
Zusammen	.	.	961846	372258	.	118902	.	491160	51·06

*) In Kärnten fanden die Wahlen am 19. Juni 1921 statt.

Frauenbewegung.

(Bericht des Frauenzentralkomitees.)

Die Zahl der organisierten Frauen unserer Partei beträgt in diesem Berichtsjahre 110.000 gegen 76.709 im Vorjahre. Der größte Teil der neuen Mitglieder wurde durch zwei Werbeaktionen gewonnen. Die Frauenkomitees sorgen dafür, daß die weiblichen Mitglieder regelmäßig Versammlungen besuchen, die neben den Parteiversammlungen abgehalten werden. Im abgelaufenen Berichtsjahre wurden weniger eigene Frauenversammlungen abgehalten als sonst, weil die Versammlungstätigkeit während der Wahlbewegung im Oktober 1920 (Nationalrat) sowie die in den Sommermonaten 1921 (Landtage, Gemeinden und Nationalrat Kärnten) die Frauen ebenso erfaßte wie die männlichen Wähler. Die besonderen Frauenversammlungen beschäftigten sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, mit der sozialpolitischen Gesetzgebung sowie mit den Kulturfragen (Schule, Eherechtsreform, Schwangerschaftsunterbrechung).

Um den Frauenkomitees ihre Arbeit möglichst zu erleichtern, beschloß die Frauenkonferenz im November 1920, es möge den Frauen ein Geldbetrag gegen nachträgliche Verrechnung übergeben werden, damit sie nicht wegen kleiner Ausgaben eine Sitzung des Lokalausschusses abwarten müssen. Dieser Beschluß ist leider noch nicht für alle Länder, Bezirke und Lokalorganisationen durchgeführt, weshalb hier an diesen Beschluß nochmals erinnert sei. Häufig hängt die Bewegungsfreiheit der Frauenkomitees davon ab, ob die Genossen sich bereits daran gewöhnt haben, die Beschlüsse, die Frauenkonferenz und Parteitag über die gemeinsame Parteiorganisation gefaßt haben, als für sie bindend anzusehen.

Als eine bedauerliche Folge der gemeinsamen Organisation muß ein Beschluß verzeichnet werden, der, entgegen der Überzeugung aller in der Frauenbewegung tätigen Genossinnen, in diesem Berichtsjahre gefaßt werden mußte. Es ist der Beschluß, der die Rückentwicklung der „Arbeiterinnen-Zeitung" zum einmaligen Erscheinen im Monat zur Folge hat. Es ist wohl noch nie vorgekommen, daß eine Zeitung mit einer Auflage von 104.000 Exemplaren freiwillig ihren Wirkungskreis um die Hälfte verkleinert hätte. Das mußten wir tun, weil die Organisationen gegen die finanzielle Belastung durch das zweimalige Erscheinen Stellung nahmen und die Zustellung der zweiten Nummer ablehnten. Wollten wir nicht das Obligatorium überhaupt in Gefahr bringen, so mußten wir auf die Wünsche der Organisationen eingehen und die zweite Nummer auflassen. Im Interesse der Organisation selbst liegt dieser Beschluß wohl nicht, weil wir jetzt nur einmal in vier Wochen Gelegenheit haben, den weiblichen Mitgliedern Lesestoff zu bieten, wie ihn mit Ausnahme der oberösterreichischen Parteiblätter bis jetzt kein Parteiblatt den Frauen bieten kann. Alle übrigen Parteiblätter kommen bis jetzt ihrer Verpflichtung, den weiblichen Mitgliedern aufklärenden Lesestoff zu bieten, nicht nach; gewöhnlich bringen sie nur Unterhaltendes. Das ist für den Ausfall der „Arbeiterinnen-Zeitung" kein Ersatz; wir geben daher der Hoffnung Ausdruck, daß im nächsten Jahre nachgeholt sein wird, was bisher vielleicht nicht gutzumachen war.

Der Parteivorstand hat den Beschluß der Frauenkonferenz, ein illustriertes Frauenblatt herauszugeben so weit durchgeführt, daß die Mittel gesichert und die Vorbereitungen getroffen sind, um das Blatt im Herbst erscheinen lassen zu können. Leider ergaben sich im letzten Moment vorläufig unübersteigliche Schwierigkeiten. Um die politischen Parteiblätter mit Ar-

tikeln und Notizen über die Frauenbewegung vorsorgen zu können, wird eine Korrespondenz herausgegeben werden, die sich mit österreichischen wie mit internationalen Angelegenheiten befassen wird. So soll die schriftliche Aufklärung und Bildung der Frauen besorgt werden bis zu dem Zeitpunkt, wo es die wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen werden, die „Arbeiterinnen-Zeitung" unseren Bedürfnissen entsprechend, unabhängig vom Obligatorium, ausgestalten und erweitern zu können. Vier neue Frauenbroschüren sind in Vorbereitung. Sie werden die schriftliche Aufklärung wirksam ergänzen.

Die Beschlüsse der Frauenkonferenz wurden von allen Ländern durchgeführt, wenn auch nicht überall in der gleichen Weise. Es wurden Frauenschulen, Rednerinnen- und Funktionärinnenkurse wie auch Vortragszyklen abgehalten. In größeren Konferenzen wurde von den Mandatarinnen Berichte erstattet über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und über die Tätigkeit der Frauen in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften. Dadurch bekamen wir eine größere Anzahl als Rednerinnen geübte und mit den nötigen Kenntnissen ausgestattete Funktionärinnen. Im nächsten Jahre wird das Bildungsprogramm durch die Einrichtungen, die die Unterrichtsorganisation für den Herbst vorbereitet, weit besser durchgeführt werden können.

Forderungen an die Gesetzgebung.

Die von der Zweiten deutschösterreichischen Frauenkonferenz am 3. und 4. November 1920 geforderte Gesetzesvorlage über die Altersversicherung und die VI. Novelle zum Krankenversicherungsgesetz sind durch die Regierung selbst eingebracht worden. Die Forderung nach einem Jugendfürsorgeerziehungsgesetz ist von den Genossinnen bei der Budgetdebatte energisch vertreten worden, doch haben wir bis heute nichts anderes als ein Versprechen des gewesenen Ministers. Wegen der Anstellung weiblicher Lehrkräfte an Mittelschulen wurde von allen drei Parteien des Nationalrates eine Aktion unternommen, die bisher keinen Erfolg hatte. Wegen der Eherechtsreform und der Schwangerschaftsunterbrechung wie auch wegen der Reform des Hebammenwesens haben unsere Genossinnen Gesetzentwürfe eingebracht. Der letztgenannte stand bereits im Ausschuß für soziale Verwaltung zur Beratung, wurde aber wegen mehrerer Abänderungsanträge wieder zurückgestellt. Die beiden anderen Anträge liegen seit langer Zeit im Ausschuß; ihre Beratung wird fortwährend hinausgeschoben, weil die bürgerliche Mehrheit der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit unserer Partei, die bei den Verhandlungen über diese Anträge erfolgen muß, aus dem Wege geht. Wir werden allen Nachdruck aufwenden müssen, um diese Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Session zu bringen.

Internationale.

Im Zusammenhang mit der Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien im Februar 1921 hatten wir auch eine Konferenz der weiblichen Delegierten des Kongresses geplant. Sie wurde jedoch unmöglich, weil aus vielen für die Frauenbewegung wichtigen Ländern keine weiblichen Delegierten entsendet wurden, zum Beispiel aus England, Frankreich, Schweiz, Italien, Amerika. So hielten wir nur eine Besprechung mit den Genossinnen aus Deutschland, der Tschechoslowakei, Rußland und Serbien ab, bei der natürlich keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden konnten. Es wurde jedoch beschlossen, die Korrespondenz mit allen

Ländern, die darauf eingehen wollen, wieder aufzunehmen. Da Genossin Zetkin Kommunistin geworden ist, kommt sie leider als Vertrauensperson der Sozialistischen Fraueninternationale nicht mehr in Betracht. Es wurde ein ähnlicher Beschluß gefaßt wie beim Kongreß der Genossen: Die Zentralstelle für den schriftlichen Meinungsaustausch und die Berichterstattung ist Wien; die Korrespondentin ist Genossin Adelheid Popp. Wir hoffen, allmählich die Verbindung mit all den Ländern wieder zu bekommen, die früher zu uns gehörten. Ein Beschluß, der die Genossinnen anderer Länder grundsätzlich abhalten könnte, später mit uns eine Fraueninternationale zu bilden — sofern es ihre Parteizugehörigkeit überhaupt gestattet — ist nicht gefaßt worden. Das Organ der J. A. S. P. wird unsere Berichte und Mitteilungen aufnehmen. So wird es möglich sein, die jüngsten Erfahrungen und Errungenschaften der Genossinnen in anderen Ländern für unsere Partei nutzbringend anwenden zu können.

Parteipresse.

In der Erscheinungsart der Parteiblätter ist insofern eine Veränderung eingetreten, als die „Arbeiterinnen-Zeitung", vielfachen Wünschen entsprechend, vom Juli 1921 an nur mehr einmal monatlich erscheint. „Das Volk" ist als neues Parteiblatt zu den anderen hinzugekommen. Über die Auflage der Parteiblätter unterrichtet folgende Tabelle:

Reichsorgane:	
Arbeiter-Zeitung und Abendblatt	105.200
Arbeiterinnen-Zeitung	102.000
Das Volk	47.000
Wien:	
Der Sozialdemokrat	145.000
Niederösterreich:	
Gleichheit (Wiener-Neustadt)	13.000
Volksbote (Stockerau)	9.900
Volkspost (Schwechat)	4.800
Volksstimme (Mödling)	5.000
Volkswacht (St.-Pölten)	10.500
Volkswille (Krems)	4.100
Oberösterreich:	
Tagblatt (Linz)	12.000
Wahrheit (Linz)	6.300
Salzkammergutbote (Linz)	4.700
Tagblatt (Steyr)	5.000
Steiermark-Kärnten:	
Arbeiterwille (Graz)	26.400
Salzburg:	
Salzburger Wacht	6.000
Tirol:	
Volkszeitung (Innsbruck)	4.800
Vorarlberg:	
Vorarlberger Wacht (Dornbirn)	1.800

Zu den Zeitschriften „Der Kampf" und „Die Gemeinde" trat eine neue. Der Arbeiterverein „Kinderfreunde" gibt seit 15. Mai 1921 als Monatsschrift „Die sozialistische Erziehung" heraus, die sich mit pädagogischen Fragen beschäftigt.

Parteibuchhandlung.

Die Parteibuchhandlung hat sich im letzten Berichtsjahr finanziell günstig entwickelt. Freilich steht die Steigerung des Geldumsatzes in keinem Verhältnis zur Steigerung der Bücherpreise. Wenn die Buchhandlung den gleichen Schriftenumsatz erzielen soll wie in Friedenszeiten, müßte sie einen vielfach höheren Geldumsatz aufweisen. Das zeigt uns, daß der Absatz der sozialistischen Literatur eigentlich höchst unbefriedigend ist. Viel mag dazu beitragen, daß die Preise auch der kleinsten Broschüren heute beträchtlich sind.

Aus den Arbeiten des Verlages sei besonders hervorgehoben, daß er sich mit der Vorbereitung einer vierbändigen Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigt.

Seit dem 31. Oktober 1920 wurden bis 30. Juni 1921 folgende Schriften verlegt (die eingeklammerten Zahlen geben die Auflage an):

Adler Max: Marx als Denker. 2. Auflage. (3000). — Bauer Otto: Bolschewismus oder Sozialdemokratie? (11. bis 15. Tausend); Der Weg zum Sozialismus. (44. bis 63. Tausend); Die Offiziere und die Republik. (6000); Schulreform und Klassenkampf. (5000). — Deutsch Julius: Aus Österreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen. (5000). — Eckstein Gustav: Kapitalismus und Sozialismus. Mit Vorwort von Karl Kautsky. (4. bis 6. Tausend). — Ferch Johann: Mutterschaftszwang. (20.000). — Kautsky Karl: Georgien. (2000). — Maifestschrift 1921. (30.000). — Praktischer Führer: Heft 31/34. Die neue Einkommensteuer. Von Alfred Engel. (20.000); Heft 35/36. Die Einkommensteuer vom 1. Mai 1921 an. Von Alfred Engel. (10.000); Heft 37/40. Die Anforderung von Wohnungen durch die Gemeinde Wien. Von Dr. Gustav Scheu. (5000). — Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien, Februar 1921. (3000). — Protokoll des Parteitages 1920. (500). — Rager Fritz: Warum hat Österreich-Ungarn den Krieg verloren? (1500). — Sozialistische Bücherei: Heft 17. Mehrarbeit und Mehrwert. Von Karl Renner. (21.000). — Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Abgeordneten. (14. Heft. August 1920 bis Februar 1921.) (2000.)

Das Bildungswesen.

(Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen.)

Der Rückblick auf die Gesamttätigkeit der Bildungszentrale im Berichtsjahr führt zu der Erkenntnis, daß das österreichische Arbeiterbildungswesen Schritt zu halten versteht mit der machtvollen Entfaltung der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt.

Die neuen Einrichtungen, die uns unsere Bildungsarbeit finden läßt — die Einführung von Arbeiterschulen, Betriebsräteschulen, Frauenschulen und Jugendschulen, die immer stärkere Benützung des Lichtbildes in der sozialen Aufklärung, der Sieg des Gedankens der Arbeiterbildungssteuer, das geschickte Aufgreifen des Gedankens der Organisation ganzer Bildungstourneen, die Entfaltung der Büchereinkaufsgenossenschaft unserer Bildungszentrale — alle diese wertvollen Errungenschaften lenken schon heute die Aufmerksamkeit auch unserer Bruderparteien auf die österreichische Bildungsarbeit.

Wien.

Die Freude an sozialistischer Schulung wächst. Die Notwendigkeit, in den 21 Bezirken Wiens und ihren über 200 Sektionen allwöchentlich Einzelvorträge zu vermitteln, stellt die Bildungszentrale vor schier nicht zu bewältigende Aufgaben. Viele Bezirke gehen daran, für ihre Sektionsvorträge eine eigene Bezirksvermittlungszentrale zu schaffen.

Daneben lebt der Ortsgruppenabend, der Zahlstellenabend der Gewerkschaften wieder auf. 416 Einzelvorträge wurden von der Bildungszentrale an Gewerkschaften auf Wiener Boden vermittelt.

Trotz der regen Tätigkeit der neutralen Wiener Volksbildungsvereine nimmt auch unsere Lichtbilderabteilung in Wien unvermutetes Wachstum an. Vermittelt wurden: 1918/19 27 Lichtbildervorträge sozialwissenschaftlichen Inhalts, 1919/20 80 Lichtbildervorträge sozialwissenschaftlichen Inhalts, 1920/21 132 Lichtbildervorträge sozialwissenschaftlichen Inhalts.

Die Arbeiterschaft Wiens erfaßt in wachsender Anzahl und mit steigender Freude die Bedeutung einer planvollen schulartigen Einführung in die Gesellschaftswissenschaften. Neun Bezirke (Landstraße, Wieden, Margareten, Alsergrund, Hietzing, Rudolfsheim, Ottakring, Döbling und Floridsdorf) ließen durch die Bildungszentrale Arbeiterschulen errichten, die über den ganzen Winter hindurch durchschnittlich von je 60 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht waren. Die Arbeiterschulen konnten in diesem Jahre schon vielfach mit seminaristischen Arbeiten in Verbindung gebracht werden. Dabei betrug die Durchschnittsdauer der einzelnen Schulen 22 Abende, die Arbeiterschulen am Alsergrund und in Döbling erstreckten sich auf je 32 Abende, die Ottakringer Schule sogar auf 36 Abende.

Die Entwicklung erhellt aus folgender Gegenüberstellung. Es sind zu verzeichnen: 1919/20 6 Wiener Arbeiterschulen mit 91 Schulwochen (Abenden), 1920/21 9 Wiener Arbeiterschulen mit 200 Schulwochen (Abenden)

Obwohl der Wunsch der Arbeiterschaft auch nach Wirtschaftsschulung unleugbar ist, müßten wir die Zahl der Wiener Betriebsräteschulen zu unserem eigenen Bedauern drosseln. Wir veranstalteten: 1919/20 9 Wiener Betriebsräteschulen an 158 Abenden, 1920/21 6 Wiener Betriebsräteschulen an 117 Abenden.

Vielleicht hilft diese Gegenüberstellung mit in den Gewerkschaften, den Willen zur Behebung dieser bedauerlichen Drosselung zu wecken.

Die Notwendigkeit, auch die Wiener Arbeiterinnen sozialwissenschaftlichem Verständnis näherzuführen, zugleich die immer wieder gemachte Beobachtung, daß die Zahl der Hörerinnen in unseren Arbeiterschulen stets spärlich, allzu spärlich war, hat uns zur Einführung des Typs der Frauenschulen bestimmt (möglichste Anpassung der Themen an die Erlebnisnähe der Arbeiterin, zum Beispiel Körper- und Gesundheitspflege, Erziehungsfragen, Teuerung, Geschichte der Ehe). Wir veranstalteten im Berichtsjahr (stets in alkoholfreien Räumen: Festsäle von Mittelschulen und Bezirksämtern) solche Schulen in den Bezirken Leopoldstadt, Margareten, Gumpendorf, Alsergrund, Favoriten, Hietzing, Rudolfsheim, Ottakring, Hernals, Währing, Döbling, Brigittenau und Floridsdorf. Es entfielen im ganzen 76 Abende auf Gesundheitslehre, 16 Abende auf Familie und Ehe, 13 Abende auf Erziehungsfragen, 12 Abende die Frau und die Arbeit, 10 Abende auf Einführung in die Weltgeschichte. Dieser unser erster Versuch gelang vollkommen; wir verzeichnen im Berichtsjahr: 13 Wiener Frauenschulen mit zusammen 165 Schulabenden.

Auch das Erproben neuer Formen der Arbeiterjugendschulung fällt in das Berichtsjahr. Wir sind bestrebt, Literatur und Weltgeschichte den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen wechselseitig zum Verständnis zu bringen. Wir begannen solche Schulen in Ottakring und Floridsdorf und hoffen, im nächsten Jahre auch von der Jugendschule Erfreuliches berichten zu können.

Das Wiener Arbeiterbüchereiwesen, durch die stetig fortgesetzte Schulung aller seiner Bibliothekare sowie durch sein praktisches Einheitssystem bereits längst über Wien hinaus bekannt und gewürdigt, hat auch im Berichtsjahr eine steigende Entlehnungskurve aufzuweisen. Es wurden entlehnt: 1918/19 108.368 Bände, 1919/20 208.935 Bände, 1920/21 236.885 Bände.

Um die so notwendigen und für das Wachstum entscheidenden Ergänzungen in den Büchereibeständen unter Ausschaltung des Buchhandelsbuches und unter Wahrung des Gedankens bibliothekarischer Qualitätsarbeit vornehmen zu können, entschlossen sich die Wiener Arbeiterbüchereien zu großzügigen zentralen Büchereinkäufen. Die Wiener Arbeiterbüchereien beschafften sich durch die Bildungszentrale im Berichtsjahr 2466 Bände im Werte von ¼ Million Kronen.

Überdies wurden in der Weihnachtszeit in Wien von der Bildungszentrale aus zehn Weihnachtsbücherausstellungen mit bestem Erfolg veranstaltet.

Es sei erwähnt, daß die Bildungssekretäre unserer Bruderparteien aus der Schweiz, aus der Tschechoslowakei, aus Polen und aus dem jugoslawischen Reiche durch längeren Aufenthalt in Wien unser Arbeiterbildungswesen zu studieren beauftragt wurden.

Die Länder.

Unser vorjähriger Bericht schloß mit den Worten: „Es wäre ebenso erfreulich als notwendig, wenn wir im folgenden Jahre von dem Übergreifen der Arbeiterbildungsbewegung auf alle Länder der Republik Nachricht geben könnten." Die Entwicklung dieses Übergreifens vollzieht sich! So gewaltig der Aufbau des Wiener Arbeiterbildungswesens zu werden beginnt, die Länder der Republik sind daran, mit der Wiener Arbeiterschaft in geistiges Wettrüsten zu treten.

Vorarlberg und Tirol werden wohl noch durch die Schwierigkeiten des Bahnverkehrs von innigerer Zusammenarbeit mit der Bildungszentrale abgehalten. Die anderen Länder aber stehen mit uns bereits in lebendigster Fühlung.

Salzburg hat vorläufig vor allem einen Lichtbilderverkehr mit uns zu organisieren verstanden (die Lichtbildstelle des Militärverbandes Salzburg hat die Initiative ergriffen). 48 Vorträge wurden in Salzburg, Hallein, Grödig, Oberndorf, Itzling, Gnigl, Maxglan, Bischofshofen, Mühlbach, Schwarzach-St. Veit, Lend-Gastein, Zell am See und Saalfelden veranstaltet.

Auch die anderen Länder haben durch uns Lichtbilderserien bezogen, und zwar:

In Niederösterreich die Organisationen: Berndorf, Blumau, Brunn, Ebenfurt, Gloggnitz, Greifenstein, Hirtenwang, Haugsdorf, Krems, Kritzendorf, Langenlebarn, Pottenbrunn, Schwechat, Straßhof, Strebersdorf, Tribuswinkel, Waldegg, Wilhelmsburg und Wiener-Neustadt;

in Oberösterreich: Linz, Steyrermühl und Ischl;

in Steiermark: Graz, Gröbming und Mürzzuschlag.

Die Entwicklung der Tätigkeit unserer Lichtbilderabteilung für die Länder zeigt folgende Zahlenreihe: 1916/17 7 Lichtbildervorträge außerhalb Wiens, 1917/18 14 Lichtbildervorträge außerhalb Wiens, 1918/19 32 Lichtbildervorträge außerhalb Wiens, 1919/20 54 Lichtbildervorträge außerhalb Wiens, 1920/21 88 Lichtbildervorträge außerhalb Wiens.

Bedeutsamer noch ist die Tatsache, daß wir im Berichtsjahre für eine Reihe von Ländern Vortragstourneen (Themen: Einführung in den Sozialismus) mit ausgezeichnetem Erfolg durchführen konnten.

Oberösterreich.

Neun Lokalorganisationen, und zwar Gmunden, Hausruckedt, Ischl, Linz, Ried, Steyr, Steyrermühl, Wolfsegg und Wels ließen sich durch die Bildungszentrale Referenten zu eindrucksvollen Versammlungen einladen. Im ganzen 19 Abende. Hievon je 4 (zyklenartig) in Linz und Steyr, je 3 in Steyrermühl und Wels.

Kärnten.

Kärnten überbietet die oberösterreichische Bildungsarbeit. Es ließ sich von der Bildungszentrale Vortragskräfte für 30 Abende in sieben Orten vermitteln, und zwar je viermal für Feldkirchen, Terlach, St. Veit, Villach und Wolfsberg, je fünfmal für Klagenfurt und Spittal.

Steiermark.

Noch einen Schritt weiter ist die Bildungsarbeit unserer steirischen Genossen, die unsere Zentralstelle veranlaßten, für 65 Abende an 19 steirischen Orten Wiener Vortragende zu besorgen; je 1 Vortrag für Frohnleiten, Göstling, Gratwein, Spital und Törl; je 2 Vorträge für Eisenerz und Graz; je 3 Vorträge für Kindberg, Krieglach, Mitterdorf, Mürzofen und Neuberg; 4 für Langenwang, 5 für Mürzzuschlag, je 6 für Feldbach und Fürstenfeld, und 14 Abende für Bruck an der Mur. Je mehr Abende, um so leichter war die Möglichkeit geboten, die Einzelvorträge zu Zyklen, ja zu Arbeiterschulen (Feldbach, Fürstenfeld, Mürzzuschlag), sogar zu einer Schule mit seminaristischen Übungen (Bruck an der Mur) zu machen.

Niederösterreich.

Am zielsichersten arbeiten unsere Bildungsfunktionäre auf niederösterreichischem Boden, allen voran der Wiener-Neustädter Kreis, aber schon von den ehrgeizigen Kreisen St. Pölten und dem Stockerauer Viertel nachgestrebt. Es ist Tatsache, daß während eines großen Teiles des Winters 1921 von Wien aus nicht weniger als 50 Arbeiterschulen auf niederösterreichischem Boden an jedem Sonntag zu organisieren waren.

Solcher Arbeiterschulen erfreuten sich: Berndorf (14 Abende), Deutsch-Wagram (8), Blumau (16), Dürnkrut (16), Ebergassing (3), Erlach (5), Fischamend (10), Fischau (5), Gänserndorf (8), Gloggnitz (4), Grafenwörth (5), Groß-Enzersdorf (7), Grünbach (3), Hainburg (5), Hainfeld (13), Herzogenburg (3), Himberg (6), Hirschwang (3), Hirtenberg (14), Hohenau (6), Höflein (3), Hangsdorf (8), Klein-Wolkersdorf (6), Korneuburg (6), Krems (15), Laa an der Thaya (8), Ladendorf (8), Leopoldsdorf (4), Liesing (5), Marchegg (8), Mistelbach (9), Mödling (5), Möllersdorf (9), Neunkirchen (4), Oberhollabrunn (7), Payerbach (4), Pisching (3), Pitten (5), Pottschach (4), Puchberg (4), Rabensburg (6), Reichenau (4), Retz (8), Schwechat (8), Seebarn (5), Steinabrückl (3), Stockerau (4), Sankt

Pölten (8), Sommerrein (4), Trauttmannsdorf (4), Wasenbruck (11), Wilfersdorf (12), Wilhelmsburg (12), Wimpassing (4), Wöllersdorf (3), Wolkersdorf (9), Zellerndorf (8).

Es ist in der Tat möglich, eine niederösterreichische Arbeiter-Bildungslandkarte nach diesen Angaben zu entwerfen. Der Aufschwung erweist sich an folgenden Zusammenstellungen: Es gab in Niederösterreich 1919/20 20 Arbeiterschulen mit 216 Abenden, 1920/21 57 Arbeiterschulen mit 392 Abenden.

Daneben führten aber viele Organisationen auch die anderen Wiener Schultypen ein. So Blumau an 6 Abenden eine Frauenschule, so gab es Jugendschulen in Blumau (2 Abende), Hirtenberg (6 Abende) und Berndorf (5 Abende).

Betriebsräteschulen (im ganzen 79 Abende) errichteten mit unserer Hilfe Atzgersdorf (38 Abende), Liesing (28), Neunkirchen (5) und Stockerau (8).

Die Arbeiterbüchereien der Länder.

Auch mit den Zentralbibliotheken außerhalb Wiens in engste Zusammenarbeit zu kommen, war unser Bestreben im Berichtsjahre. Ein Bibliothekarkurs in Bruck, Bibliotheksbesprechungen des Leiters in mehr als hundert Orten außerhalb Wiens und eine rege Korrespondenz (Bücherberatung, Katalogüberprüfung) führten dem gesteckten Ziele etwas näher.

Überdies nahmen ohne sonderliche Propaganda die Bibliotheken außerhalb Wiens die Vorteile unserer Wiener Bücherzentraleinkaufsstelle bald wahr. 24 Bibliotheken außerhalb Wiens bezogen durch uns Bücher im Werte von 200.000 Kr.

Zu Weihnachten konnten wir schon im Berichtsjahre vier Bücherausstellungen außerhalb Wiens veranstalten, und zwar in Hangsdorf, Himberg, Krems und Weidlingau. Das nächste Jahr soll weitere Erfolge zeitigen.

Ausland.

Die Bildungszentrale wurde im Berichtsjahre von der deutschböhmischen Bruderpartei zur Organisation einer Parteischule in Teplitz (Sommer 1920), zwei Bibliothekarschulen (Sommer 1920 Bodenbach und Aussig), in einer großen Anzahl von Vortragstourneen in einer ganzen Reihe von deutschböhmischen Städten eingeladen. Wir kamen auch diesen Ansprüchen nach und vermittelten von Wien aus Referenten für 85 Vorträge in Aussig, Bodenbach, Brünn, Brüx, Dux, Gablonz, Görkau, Iglau, Karlsbad, Morchenstern, Neustadt, Oberleutensdorf, Pilsen, Prag, Reichenberg, Teplitz und Slabinsk.

Im Auftrage der deutschböhmischen Gewerkschaftskommission veranstaltete die Bildungszentrale im November 1920 eine Betriebsrätelehrreiseschule in Reichenberg und gab hiefür ein eigenes Lehrbuch heraus.

Selbst Lichtbilderserien wurden in die Tschechoslowakei verliehen, zum Beispiel nach Troppau und nach Mährisch-Ostrau.

Die Bildungszentralen unserer belgischen, schweizerischen, polnischen und jugoslawischen Bruderparteien stehen mit uns in Fühlung.

Wir erhielten von der deutschböhmischen Gewerkschaftskommission eine Subvention, von der Schweizer Bildungszentrale die Einladung, im folgenden Herbst Bibliothekarkurse für die Schweizer Arbeiterbüchereien zu organisieren.

Jugendbewegung.

(Bericht des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend.)

Die Lostrennung der deutschen sudetenländischen Organisationen, die organisatorisch mit Ende Juni 1919, zum Teil schon einige Monate früher, und offiziell im September 1919 erfolgte, brachte in der zahlenmäßigen Entwicklung unserer Organisation einen Rückschlag. Vor der Trennung zählte unser Verband 405 Gruppen mit 32.913 Mitgliedern, nach der Trennung 156 Gruppen mit 24.742 Mitgliedern. Ende 1920 wies unsere Organisation 187 Gruppen mit 25.744 Mitgliedern auf. Sprunghaft kommen wir der Stärke der Organisation vor der Lostrennung der Gruppen in Deutschösterhöhmen nahe. Die wenigen Zahlen zeigen deutlich, daß die Zeit 1919 bis 1920 nicht der Anwerbung von neuen Mitgliedern gewidmet war, sondern daß es galt, die nach dem Umsturz zu unserer Organisation Gekommenen sozialistisch zu schulen. Im Jahre 1920 wurde aus diesem Grunde von einer einheitlichen Werbeaktion Abstand genommen. Unsere Organisation verteilt sich auf die einzelnen Länder in folgender Weise: Wien: 9089 Mitglieder in 32 Gruppen; Niederösterreich (ohne Wien): 9743 Mitglieder in 83 Gruppen; Oberösterreich: 1813 Mitglieder in 16 Gruppen; Salzburg: 168 Mitglieder in 3 Gruppen; Tirol: 687 Mitglieder in 6 Gruppen; Vorarlberg: 170 Mitglieder in 3 Gruppen; Steiermark: 2941 Mitglieder in 34 Gruppen; Kärnten: 1133 Mitglieder in 10 Gruppen. Eine Gruppe zählt im Durchschnitt 138 Mitglieder.

Im abgelaufenen Berichtsjahr war die Fluktuation eine große wie in den vorhergehenden Jahren, doch trat hier eine Besserung gegenüber der letzten Berichtsperiode ein. Im Jahre 1919 kamen auf 24.742 Mitglieder 17.307 neue Mitglieder, im Jahre 1920 dagegen auf 25.744 Mitglieder 16.056 neue Mitglieder. Zur Unterstützung der Werbearbeit wurden zwei Flugblätter, „Höre, Arbeiterjugend!" und ein Flugblatt „Arbeiterjugend, merk' auf!", in einer Auflage von 130.000 Exemplaren herausgegeben.

Der Bildungs- und Erziehungsarbeit wurde, da es galt, die große Masse indifferenter Jugendlicher, die zu uns gestoßen war, sozialistisch zu schulen, das größte Augenmerk zugewendet. Im Jahre 1920 fanden 7125 Vorträge, Vorlesungen und Diskussionen statt, außerdem 937 Ausflüge. Die Veranstaltungen unserer Gruppen waren besucht von insgesamt 282.727 Teilnehmern. Die Vorträge behandeln folgende Themen: Lehren des Sozialismus 244, Geschichte des Sozialismus und allgemeine Geschichte 120, Arbeiterbewegung und Sozialpolitik 147, Volkswirtschaft 100, Kulturgeschichte 93, Religion 72, Jugendbewegung 386, Organisation 219, Bildung, Erziehung und Schule 139, Naturwissenschaften 219, Reisebeschreibungen 67, Alkoholismus 61, Gesundheitsfragen 81, Verschiedenes 105, Literarisches 112, Vorlesungen 303. Die Vorträge wurden ergänzt durch zahlreiche Führungen in Museen, Betriebe und sonstige Sehenswürdigkeiten. Die Diskussionen wurden zum großen Teil von den Bildungsbeiräten geleitet, die auch sonst in den Gruppen in der Bildungsarbeit tätig mithelfen. Eine Reihe von Funktionärkursen, Jugendfeiern mit künstlerischem Programm, wie März-, Mai-, Sonnwend- und Weihnachtsfeiern, insbesondere aber Sonntagsfeiern wurden abgehalten. Der Schriftenvertrieb wurde unter den Mitgliedern eifrig betrieben.

Die Zeitung der Jugendorganisation, „Der jugendliche Arbeiter", leidet sehr unter der ununterbrochenen Steigerung der Papier- und Druck-

preise. Die durchschnittliche Auflage, die vor dem Kriege 18.000 betrug, beträgt wieder 20.000 und ist in stetem Wachsen begriffen. Die schlechte finanzielle Lage unseres Verbandes, der mit den geringen Mitgliedsbeiträgen seit langem nicht mehr das Auslangen findet, vereitelte manche Pläne der Ausgestaltung unserer Jugendzeitung.

Zu den Aufgaben unserer Jugendbewegung gehört vor allem die Bekämpfung der gegnerischen Jugendvereine und Bestrebungen. Die beiden klerikalen Jugendorganisationen um Kunschak und Orel scheinen eine Art Waffenbrüderschaft geschlossen zu haben, denn sie finden sich einträchtig zusammen, wenn es darum geht, für die glorreiche Monarchie Propaganda zu treiben. Offene monarchistische Propaganda treibt allerdings nur die Orel-Jugend. Von einer nationalen Jugendbewegung ist kaum mehr die Rede. Die kommunistische Jugendorganisation hat uns als proletarischer Gegner vor allem bei internationalen Entscheidungen zu schaffen gemacht. Die kommunistische Jugendorganisation zählt nach den Angaben des internationalen Sekretärs Münzenberg ungefähr 700 Mitglieder. Alle neugeschaffenen Einrichtungen der Kommunisten, wie „Keimzellen", „Propagandisten", usf. haben nicht vermocht, unsere Organisation auch nur im geringsten zu erschüttern. Hin und wieder trennten sich kleine Teile von unserer Organisation ab; wir können aber mit Stolz sagen, daß der österreichische Verband als der einzige Jugendverband auf dem ganzen Kontinent in Einigkeit und Geschlossenheit aus den Kämpfen mit Links hervorgegangen ist. Machte sich nach dem Umsturz der kommunistische Einfluß in der proletarischen Jugendbewegung immer mehr bemerkbar, so wurde es immer deutlicher, daß der kommunistischen Jugendinternationale gar nicht darum zu tun war, alle ehrlichen Revolutionäre zu einer Internationale zusammenzuführen. Aus diesem Grunde benützte unser Verband die Gelegenheit, aus Anlaß des internationalen Sozialistenkongresses in Wien auch eine internationale Jugendkonferenz anzuregen. Die Anregung fand bei den deutschböhmischen, deutschen und französischen Jugendgenossen begeisterte Zustimmung, und so wurde im Februar die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen geschaffen.

Im Kampfe um die Forderungen der jugendlichen Arbeiterschaft hat die Jugendorganisation weitere Erfolge errungen, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Gewerbeschulreform wie des Jugendschutzes.

Taktische und prinzipielle Streitfragen treten seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft immer mehr zurück. Auf dem Verbandstag zu Pfingsten 1920 in Bruck an der Mur wurde der Beitritt zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisation einstimmig beschlossen. Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, in dem es heißt: „Der Verbandstag sieht in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs jene proletarische Partei, deren Programm und Taktik nicht nur den Gegenwartsinteressen, sondern auch den revolutionären Zukunftsinteressen des Proletariats am wirksamsten entspricht. Der Verbandstag fordert daher alle jene Mitglieder, die das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, auf, Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu werden..."

Arbeiterverein „Kinderfreunde".

Der Arbeiterverein „Kinderfreunde" hat ein ereignisreiches Jahr hinter sich. Er hat in diesem Jahre die ersten Schritte unternommen, den Ausbau des Vereines zur Erziehungsorganisation des Proletariats vorwärts zu bringen. Auf der Reichstagung der Kinderfreunde im Herbst 1920 wurde das Erziehungsprogramm beraten und beschlossen und auch der innenorganisatorische Ausbau konnte in diesem Jahre fester gefügt werden, wenn er auch noch viel zu wünschen übrig läßt. In Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wurden neue Landesvereine begründet, die sich nun mit den alten Landesvereinen Niederösterreich, Steiermark und Kärnten zur Reichsorganisation vereinigen. Während den Ländern die praktische Arbeit zur Gesundung von Körper und Geist der Jugend obliegt, beschränkt sich die Reichsorganisation in ihrem Wirken darauf, die Erziehungsgrundsätze zu finden und auszubauen und die Erziehungsmittel — Zeitschriften und Bücher — herbeizuschaffen. Leider ist diese Zusammenfassung noch immer nicht auf einem Gebiet gelungen: auf dem der gemeinsamen Vereinszeitschrift für Eltern und Kinder. Solcher Zeitschriften, die sich beide „Kinderfreund" und „Jugendpost" nennen, erscheinen zwei unter gesonderten Redaktionen: eine in Wien und eine in Graz. Die Wiener Zeitschrift hat eine Auflage von rund 40.000, der Grazer „Kinderfreund" eine Auflage von rund 16.000 Exemplaren. Als das Erziehungsorgan des Arbeitervereines „Kinderfreunde" erscheint seit dem 15. Mai 1921 die „Sozialistische Erziehung", die an Stelle der bis dahin erschienenen Mitteilungen des Landesvereines Niederösterreich getreten ist, und zwar als Organ der Reichsorganisation. Mit der „Sozialistischen Erziehung" haben die Kinderfreunde nun ein Blatt für die theoretischen Erörterungen über die ihnen gestellten Aufgaben gewonnen, zugleich aber ein wichtiges Vermittlungsorgan für ihre praktische Erziehungsarbeit.

Mächtig vorwärts gekommen ist der Büchervertrieb des Reiches. Der Reichsverein hatte Anfang August einen Bücherstand im Verkaufswert von zwei Millionen Kronen und war bedacht, diese Bücher — die besten, die im internationalen Schrifttum für die Jugend zu haben sind — an Stelle der vielen minderwertigen Bücher, die an die Kinder durch Buchhandlungen und Papiergeschäfte herankommen, zu verbreiten. Die Reichsorganisation geht dabei nicht auf Geldgewinn aus, sondern nur auf den ideellen, den Kindern des Proletariats gute Bücher in die Hand zu geben. Wir könnten auf diesem Gebiet schon um ein Stück weiter sein, wenn die Bemühungen des Reichsvereines, die Kinderhellersteuer des Proletariats zu einer allgemeinen zu machen, schon früher auf so fruchtbaren Boden gefallen wären wie im Jahre 1921. Im Frühsommer war es möglich, mit der Gewerkschaftskommission und der Parteivertretung in einer gemeinsamen Sitzung zu beraten, wie das Gesamtproletariat den Kinderfreunden zu Hilfe kommen könnte, und bei dieser Gelegenheit wurde eine von Genossen Hueber vorgeschlagene und vertretene und von Genossen Seitz wärmstens befürwortete Resolution angenommen, die den Gewerkschaften empfiehlt, gemeinsam mit den Gewerkschaftsbeiträgen einen Beitrag für die Kinderfreunde einzuheben und diesen an den Reichsverein zur Aufteilung für die verschiedenen Zwecke zu übermitteln. Bahnbrechend sind dann einige Gewerkschaftskongresse vorangegangen, vor allen die Bergarbeiter, die auf ihrer außerordentlichen Tagung in Graz beschlossen haben, eine Krone mit jedem Gewerkschaftsbeitrag als Kinderheller einzu-

heben und diesen Betrag dann an die Zentrale der Kinderfreunde abzuführen; dann die Eisenbahner, die ohne Nennung des Betrages grundsätzlich die Förderung des Kinderhellers durch die Organisation der Eisenbahner beschlossen haben, und endlich die Metallarbeiter, die in einer klaren Resolution ihrem Willen dahin Ausdruck gegeben haben, daß mit jedem Gewerkschaftsbeitrag ein Mindestbeitrag von einer Kronе als Kinderheller eingehoben werden möge und der zugleich die Vertreter der Metallarbeiter in der Gewerkschaftskommission beauftragt, dahin zu wirken, daß sich auch die anderen Organisationen dieser Fassung anschließen mögen. Diesem Beschluß folgten auch die Arbeiter der chemischen Industrie. Die Textilarbeiter endlich haben es auf ihrem Verbandstag den einzelnen Landesorganisationen überlassen, mit den Kinderfreunden entsprechende Abkommen zu treffen. In Niederösterreich ist ein solches Abkommen bereits im Gange. Dieses Eingreifen der Partei und der Gewerkschaftskommission, dem sich auf die Dauer auch nicht die Genossenschaften entziehen können — viele von ihnen stehen heute entweder noch ganz abseits oder ihr „Wohlwollen" ist etwas schwach kontingentiert — gibt den Kinderfreunden die Hoffnung, daß ihre zur Erziehung der proletarischen Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung begonnene Riesenarbeit nicht daran scheitern oder starke Hemmungen finden werde, daß das Proletariat etwa nicht bereit sein sollte, die Riesenmittel für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen. Österreich hat etwa 700.000 Proletarierkinder; von diesen sind 100.000 heute schon im Bannkreise der Kinderfreunde, aber erst ein Zehntel dieser hunderttausend Kinder kann regelmäßig in Horten und Heimen erzieherisch erfaßt werden, und diese Arbeit hat den Aufwand von rund zwanzig Millionen Kronen in ganz Österreich erfordert. Wollen wir die noch heute Unerlösten erfassen, dann müssen wir über ungeheuer gesteigerte Mittel verfügen. Haben wir sie, dann wird es auch möglich sein, wenigstens einen Teil der großen Hoffnungen zu erfüllen, die wir an unsere Arbeit für die Zukunft knüpfen.

Über die Tätigkeit der einzelnen Landesvereine ist folgendes zu sagen.

Niederösterreich.

Der Landesverein Niederösterreich hatte am 1. Jänner 1920 19.548 Mitglieder, am 31. Dezember 1920 37.503 und am 30. Juni 1921 39.100 Mitglieder; an diesen drei Tagen betrug die Zahl seiner Ortsgruppen 65, 110, 136. Er hat im Jahre 1920 694 Elternabende und 184 Fabrikbetriebs- und Branchenversammlungen über den Kinderheller abgehalten. An 23.362 Veranstaltungen für die Kinder haben sich 1920 945.704 Kinder beteiligt; außerdem waren in 72 Horten im Durchschnitt täglich 7069 und in 15 Tagesheimstätten mit Ausspeisung täglich 3037 Kinder mit insgesamt 901.956 Verpflegstagen in der Obhut des Vereines. Dem Besserwerden der Ernährungsverhältnisse entsprechend, konnten die Tagesheimstätten mit Verpflegung von 20 auf 15 abgebaut werden, dafür stieg die Zahl der Horte, in denen Erziehungsarbeit ohne Nahrungszubuße geleistet wird, von 54 auf 72. Der Elternbeitrag für diese Horte war durchschnittlich 6 Kr. im Monat, der Verpflegskostenbeitrag in Tagesheimstätten 8 Kr. für den Verpflegstag, wofür die Kinder Mittagessen und Jause bekamen. Der Verein hat im Jahre 1920 im Außengelände Wiens sieben eigene Tageserholungsstätten geführt und eine der Gemeinde Wien. In diesen acht Tageserholungsstätten waren insgesamt 3021 Kinder mit 129.273 Verpflegstagen untergebracht; außerdem verpflegte der Verein 2133 Kinder in

10 Ferienkolonien an insgesamt 94.480 Verpflegstagen. Von diesen niederösterreichischen Ferienkolonien sind Klosterneuburg, Hintersdorf, Innermanzing und Bisamberg Eigentum des Vereines und seiner Zweckgruppen. An Auslandsaktionen konnte der Verein 6616 seiner Schützlinge teilnehmen lassen, die insgesamt 313.322 Verpflegstage genossen. Dabei haben sich besonders unsere oberitalienischen und Schweizer Genossen hervorgetan. 2686 Kinder waren auf acht bis zwölf Wochen in Oberitalien und in Triest und Umgebung und 2678 Kinder auf acht Wochen in der Schweiz. Holland nahm 1058 Kinder, Schweden 100, Dänemark 80, Deutschland 14 Kinder in Obhut. In der ganzen Erholungsfürsorge des niederösterreichischen Vereines waren 1920 11.770 Kinder mit 637.045 Verpflegstagen beteiligt; dabei ergab sich ein Gebarungsabgang von 564.279 Kr., der aus verschiedenen Spenden und dem Kinderheller gedeckt wurde. An den Ausflügen nahmen in den ersten sechs Monaten 1921 insgesamt 45.000 Kinder teil. Die Gesamtgebarung des Erholungsstättenfonds betrug 4,108.120 Kr. An „Kinderhellern" floß im Jahre 1920 beim Landesvorstand und in den Ortsgruppen ein Betrag von 861.381 Kr. ein. Die rastlose Aufklärungsarbeit innerhalb der Arbeiterschaft über den Kinderheller zeigt sich darin, daß in den ersten sechs Monaten des Jahres 1921 beim Landesvorstand allein 867.000 Kr. an „Kinderhellern" eingelangt sind. In diese Summe sind die großen Beträge, die in derselben Zeit einzelnen Ortsgruppen als Kinderhellerspenden zugewendet wurden, nicht eingerechnet. Die Beiträge wurden in verschiedener Form gesteuert. Eine Anzahl von Fabriken leistete den vollen Kinderheller (einen Heller von jeder Lohnkrone), andere wieder einen halben oder ein Teil des Betriebsratsfonds, wieder andere steuerten die sogenannten Restheller als Kinderheller. Die sich über das ganze Reich erstreckende Aktion der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission wegen einheitlicher Zahlung des Kinderhellers wird hoffentlich auch dem Land Niederösterreich in Zukunft jene Mittel zur Verfügung stellen, die es braucht, um seine Riesenarbeit bewältigen zu können. Das Kinderschutzland des Vereines stieg im Jahre 1920 von 996.570 Quadratmeter auf 1,322.256 Quadratmeter, wovon 278.455 Quadratmeter Eigentum des Vereines sind. Die Fürsorgeschule in Schönbrunn bildete im vergangenen Jahre die Hauptsorge des Vereines und ihr wandte er auch die größten Mittel zu. Im Herbst beginnt der dritte Jahrgang, mit dem dann der Stand der Schüler und Schülerinnen auf 75 gebracht werden wird. Im Sommer 1922 werden dann die ersten in dieser Schule vorgebildeten sozialistischen Erzieher an die Ortsgruppen abgehen können. Schon während des heurigen Sommers haben viele Schönbrunner Schüler und Schülerinnen in der Ferienfürsorge Probedienste geleistet. Pädagogische, finanzielle und technische Gründe (es ist Platz für die Erweiterung der Schule nötig) zwingen den Verein, das in Schönbrunn bisher im sozialistischen Geiste geführte Kinderheim in einen Tageshort zu wandeln. Der Gebarungsabgang beim Kinderheim betrug fast 1 Million Kronen. Er mußte durch außerordentliche Einnahmen wettgemacht werden. An Stelle dieses Kinderheims wird nun ein Tageshort in Schönbrunn errichtet, in dem mit bedeutend geringeren Mitteln hoffentlich derselbe Zweck erreicht werden wird. Zu bedauern ist, daß in Niederösterreich nur einige wenige sozialistische Lehrer im Verein mitwirken. Doch besteht die Hoffnung, daß sich auch das bessern wird.

Steiermark.

Der steirische Landesverein zählt gegenwärtig 37 Ortsgruppen mit 11.560 Mitgliedern. Er unterhält in den Orten Graz, Eggenberg, Bruck, Mürzzuschlag, Knittelfeld, Pölfingbrunn und Voitsberg Tagesheimstätten, insgesamt acht, in denen während des ganzen Schuljahres 1260 Kinder pädagogisch beaufsichtigt und verpflegt werden. Gleichfalls als Jahresbetrieb führt der Gau Graz auf dem Steinberg und Seilerhof zwei Erholungsheime für 70 tuberkulös-gefährdete Kinder, die gewöhnlich nach zwei Monaten ausgetauscht werden. In Steinberg, Hundsdorf, Eichberg und Altenberg betreibt der Verein Ferienkolonien, insgesamt vier, mit zusammen 485 Kindern, und endlich unterhält er zwei Ferialtagesheimstätten auf dem Seilerhof und im Waldhaus mit zusammen 580 Kindern. Der „Kinderheller" wird in Steiermark noch nicht zentral verwaltet. Eine ganze Reihe von Ortsgruppen erhält aber Kinderheller und Restheller und auch sonstige Spenden von der Arbeiterschaft. Im Gau Graz sind vom Jänner bis Juni 1921 insgesamt 93.000 Kr. an Kinderheller und Restheller eingeflossen, an sonstigen Spenden von der Arbeiterschaft 26.000 Kr. Die Ausflugstätigkeit ist sehr rege. Alle Ortsgruppen unternehmen an allen Sonn- und Feiertagen in der schönen Jahreszeit vom ersten Frühling bis zum Spätherbst Ausflüge, viele Ortsgruppen auch zwei- bis dreitägige Fußwanderungen und acht- bis zwölftägige Reisen mit den älteren Kindern. Laut Beschluß der letzten Jahresversammlung hat jede Ortsgruppe in ihrer Bücherei so viele Bücher zu halten, als die Ortsgruppe Mitglieder zählt. Viele Ortsgruppen sind diesem Beschluß schon nachgekommen, so daß der Bücherstand in den Kinderfreunde-Büchereien gegenwärtig 8500 Bände ausmacht, die Bücherei des Landesvereines zählt 4500 Bände, im ungefähren Wert von 360.000 Kr. Im Verein wirken sechs Lehrer, die vom Landesschulrat für den Dienst im Verein entsendet sind. Außerdem wirken in mehreren Ortsgruppen sozialistische Lehrer mit vielem Erfolg. Insgesamt sind 18 Lehrpersonen bei den steirischen Kinderfreunden tätig.

Kärnten.

Das Land Kärnten zählt gegenwärtig sieben Ortsgruppen mit insgesamt 2000 Mitgliedern. Es unterhält zwei Tagesheimstätten und ein Kindererholungsheim (Paulihof in Seeboden) für 90 Kinder und zwei Ferienheime für zusammen 170 Kinder. Für diese Einrichtungen stehen neun erzieherische Kräfte zur Verfügung. An „Kinderhellern" sind bei den sieben Ortsgruppen im Jahre 1921 31.268 Kr. eingegangen. An sonstigen Spenden der Arbeiterschaft 22.943 Kr., an Privatspenden und Subventionen 39.382 Kr. Es wurden 40 Halb- und Ganztagsausflüge sowie 19 Reisen unternommen. Die Ortsgruppen verfügen in ihren Büchereien über insgesamt 2000 Bände und der Landesverein über 1500 Bände. Im Verein wirken acht Lehrer. Die Ortsgrupp Villach hat im heurigen Jahre um die Wetterstation herum, die sie käuflich erworben hat, einen Spielplatz planiert, ohne dafür einen Heller Arbeitslohn auszugeben. Die Arbeiter, vorwiegend Eisenbahner, haben dieses große Werk in ihren freien Stunden zugunsten der Kinder vollbracht: Robot für das eigene Kind.

Oberösterreich.

Der Landesverein Oberösterreich zählt gegenwärtig 14 Ortsgruppen mit rund 5000 Mitgliedern. Die stärkste Ortsgruppe ist Steyr, die allein

3000 Mitglieder zählt. Ihr fließen auch bedeutende Mittel aus dem „Kinderheller" zu. Die Arbeiterschaft von Steyr leistet seit geraumer Zeit ¼ Kinderheller (¼ Heller von jeder Lohnkrone), was in einer Woche einen Betrag von ungefähr 30.000 Kr. ausmacht. Die Ortsgruppe Steyr ist daher auch in der Lage, manches für die Kinder zu tun, was sich andere Ortsgruppen nicht leisten können. Der Verein unterhält in Linz, Steyr und Ebensee Tagesheimstätten und Horte, an denen auch eine Anzahl von sozialistischen Lehrern mitwirkt. In Schloß-Haus bei Prägarten hat der Verein eine Ferienkolonie. Seine Bücherbestände wurden im letzten Jahre kräftig vermehrt, insbesondere die Ortsgruppen Linz, Steyr und Steyrermühl verfügen über gute Büchereien.

Salzburg.

Im Landesverein Salzburg sind 14 Ortsgruppen mit 2000 Mitgliedern vereinigt. Die Arbeit im Lande geht rüstig vorwärts. Insbesondere haben sich die meisten Ortsgruppen Spielplätze gesichert, einige unterhalten schon Horte, die auch mit vorläufig kleinen Büchereien ausgestattet sind. Sehr belastet war Salzburg im abgelaufenen Sommer durch die vielen Kinderreisen, die auch Salzburg berührten. Da entstand das Streben nach einem Durchzugsheim, wie ein solches in Wien für die Mitglieder und die Kinder der Kinderfreunde bereitsteht. Der „Kinderheller" hat in Salzburg bisher nur geringe Fortschritte gemacht.

Tirol.

Das Land Tirol, das voriges Jahr nur die Innsbrucker Ortsgruppe hatte, zählt nun ungefähr 2000 Mitglieder, die sich in sieben Ortsgruppen vereinigen. Für den Landesverein Tirol ist das abgelaufene Jahr ein geschichtliches. Er wurde begründet, nachdem die Ortsgruppe Innsbruck ihr herrliches Kinderheim an der Grenze von Wilten eröffnet hatte. Dieses Heim wurde im Jahre 1920 vom Frühjahr bis zum Herbst mit einem Aufwand von 3½ Millionen Kronen errichtet und dient seither tagsüber den Kindern, abends den Jugendlichen von Innsbruck. Die Kosten zur Errichtung des Heimes wurden fast zur Gänze von den rührigen Konsumgenossenschaften Innsbrucks und ihren Unternehmungen aufgebracht, und auch zu den Erhaltungskosten steuern in Innsbruck die Genossenschaften den Löwenanteil bei. Der „Kinderheller" wird nur ganz vereinzelt geleistet, dagegen ist besser entwickelt die freiwillige Arbeitsleistung, der Robot für das Kind. In der Ferienzeit dient den Kindern das Haus auf der Hungerburg als Tageserholungsstätte. Einige der Ortsgruppen arbeiten schon ganz kräftig, insbesondere gilt dies von Kufstein. Die Ortsgruppen sind in einem Landesverein zusammengefaßt. Die Büchereien in den Ortsgruppen sind erst im Werden begriffen.

Vorarlberg

zählt gegenwärtig sieben Ortsgruppen mit insgesamt 1200 Mitgliedern und beschränkt seine Tätigkeit vorwiegend auf Ausflüge und auf die Erziehung der Kinder auf der Spielwiese. An Horten und Heimen fehlt es dem Landesverein noch völlig, doch sind seine Bestrebungen dahin gerichtet und es sind in den letzten Monaten feste Ansätze bemerkbar gewesen. Seine Büchereien befinden sich im Aufbau.

Gewerkschaftsbewegung.

Das Kennzeichen der Gewerkschaftsbewegung Deutschösterreichs in der Zeit nach dem Kriege ist das starke Anwachsen der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften. Auch im Jahre 1920 hat diese Erscheinung angehalten. Die Erklärung hiefür ist leicht gegeben. Die Sorgen des Tages, der Kampf gegen die Teuerung einigte die arbeitenden Massen zu gemeinsamem Handeln. Es gelang zwar nicht, die gegenwärtige Wirtschaftsform durchgreifend zu ändern, aber in fast pausenlosen Lohnbewegungen war das Proletariat gezwungen, sich die Lebenshaltung zu sichern. Die Tätigkeit der Betriebsräte übt eine stets mehr und mehr fühlbare Wirkung aus. Das Streben der Gewerkschaften, die geschwächte Arbeitskraft durch sozialpolitische Schutzgesetze zu schirmen, kam in hervorragender Weise zur Geltung. Der heftige Kampf, die elementarsten Lebensbedingungen des Proletariats aufrechtzuerhalten und zu kräftigen, bildete das Ausmaß der Tätigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1920.

Die Gewerkschaften zählten zum Schlusse des Jahres 1920 900.820 Mitglieder. Das bedeutet in diesem kleinen Staate, daß jeder siebente Bewohner einer Gewerkschaft angehört. Der Zuwachs an Mitgliedern gegenüber dem Stande des Vorjahres beträgt 128.674. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf 685.745 männliche und 215.075 weibliche Mitglieder. 69·67 Prozent der Gesamtmitgliederzahl zählten zu den Handarbeitern (472.269 männliche, 155.309 weibliche), 30·33 Prozent zu den Kopfarbeitern (213.476 männliche, 59.766 weibliche. Die letztere Gruppe gliedert sich in Privatangestellte (117.204 oder 76.160 männliche und 41.044 weibliche) und in öffentliche Angestellte (156.038 oder 137.316 männliche und 18.722 weibliche).

Bei diesem Anlaß verdienen, was die Mitgliederzunahme betrifft, zwei Erscheinungen besondere Beachtung. Fürs erste die weitere Zunahme der weiblichen Mitgliedschaft, die zwar prozentual nicht mehr so stark war wie in den früheren Jahren, dennoch aber in ständiger stark wachsender Bewegung begriffen ist. Zum Beweis einige Zahlen, die sich nur auf Deutschösterreich beziehen. Es waren organisiert in den Jahren:

	Gesamtsumme	Davon weiblich in Summe	Davon weiblich in Prozenten
1910	224.804	24.565	10·93
1911	246.637	28.864	11·70
1912	257.372	29.653	11·52
1913	253.137	26.709	10·55
1914	146.542	17.581	12·00
1915	111.712	15.553	13·92
1916	108.739	18.865	17·35
1917	213.321	60.928	28·56
1918	295.147	81.043	27·46
1919	772.146	193.163	25·02
1920	900.820	215.175	23·89

Diese Angaben bestätigen die umfangreiche Erwerbstätigkeit der Frau in der Zeit der Not und die Verelendung der Masse.

Die zweite auffallende Erscheinung ist die immer kräftiger einsetzende Angestelltenbewegung. Im Jahre 1920 waren bereits 19 Organisationen, die sich aus Angestellten zusammensetzen, der Gewerkschaftskommission angeschlossen. Sie repräsentieren 273.242 Mitglieder oder 30·33 Prozent der Gesamtzahl der Organisierten, wobei zu bemerken ist, daß noch mehrere

durchaus nicht unbedeutende Gewerkschaften der Angestellten außerhalb der Reihen der Gesamtheit stehen.

Die Anzahl der Zentralorganisationen ist von 55 auf 51 gesunken. Verschmelzungen sind die Ursache. Aus dem gleichen Grunde ist die Zahl der Lokalvereine von 17 auf 11 gefallen. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 2885 auf 3238 gestiegen. Den größten Mitgliederzuwachs erzielten im abgelaufenen Jahre die Bergarbeiter. Länderweise geordnet, hat Wien am meisten zugenommen, prozentual gerechnet allerdings Vorarlberg. Wien zählt die Mehrzahl aller in Deutschösterreich Organisierten. 17 Verbände weisen geringfügige Mitgliederverluste auf, die auf Übertritte oder Abreisen zurückzuführen sind.

Die Finanzgebarung der Gewerkschaften läßt ebenfalls eine gewaltige Entwicklung erkennen. Es ergaben sich Gesamteinnahmen von 86·7 Millionen Kronen gegenüber 29·3 Millionen Kronen im Vorjahr und Ausgaben von 16·8 Millionen Kronen gegenüber 20·7 Millionen Kronen im Vorjahr. Die Unterstützungen erforderten 5·9 Millionen Kronen gegenüber 3·7 Millionen Kronen im Vorjahr. An Arbeitslosenunterstützung kamen 3·4 Millionen Kronen gegen 2·15 Millionen Kronen im Vorjahr zur Auszahlung. Auf den Kopf und das Jahr berechnet, wurden Kr. 96·28 eingenommen gegenüber Kr. 37·89 im Vorjahr; an Arbeitslosenunterstützung wurden Kr. 3·87 per Kopf, an Unterstützungen überhaupt Kr. 9·50 ausgezahlt; die Gesamtausgaben, per Kopf berechnet, beliefen sich auf Kr. 57·98. Der Vermögensstand per Kopf betrug Kr. 81·53.

Die Fachpresse der Gewerkschaften zählte im Berichtsjahr 49 Organe mit einer Auflage von 927.350 Exemplaren (am 31. Dezember 1920). Einige Fachblätter sind infolge Verschmelzung der Verbände eingestellt worden. Alle Fachblätter erscheinen in deutscher Sprache, nur die Landarbeiter lassen 5000 Exemplare ihres Fachblattes in tschechischer Sprache erscheinen. 4 Fachblätter erscheinen wöchentlich, 10 vierzehntägig, 8 zweimal monatlich, 27 einmal monatlich.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet läßt sich infolge der stets wechselnden Verhältnisse zahlenmäßig nicht zum Ausdruck bringen.

Die im Jahre 1921 vollzogenen Wahlen in die Arbeiterkammern brachten den Beweis der Stärke der Gewerkschaften; der Sieg der Kandidaten der Gewerkschaften war überwältigend.

Die Konsumvereinsbewegung.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich die Konsumvereine in Österreich auch im letzten Jahre gut entwickelt. Sie haben nicht nur nach Zahl der Mitglieder, sondern auch an innerer Festigkeit und an Widerstandskraft zugenommen. Die Zahl der dem Verband der Konsumvereine angehörenden Konsumvereine ist allerdings von 112 auf 103 zurückgegangen, aber die ausscheidenden wurden mit anderen Vereinen verschmolzen. So vor allem die vier Arbeiter-Konsumvereine in Wien, die zu einem Verein verschmolzen worden sind, der nun den größten Konsumverein der Welt darstellt. Neben diesen Konsumvereinen gehörten dem Verband noch an: 19 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, 20 Produktivgenossenschaften, 5 Kreditgenossenschaften, 2 Produktivgesellschaften, 3 Landeseinkaufverbände und 1 Versicherungsgesellschaft.

Die Zahl der Mitglieder dieser dem Verband zugehörenden Genossenschaften ist von 370.866 auf 503.622 gestiegen. Rechnen wir die Familienmitglieder der in den Konsumvereinen Versorgten hinzu, dann ergibt sich ein Versorgungsstand von 2,260.000 Menschen, demnach mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Die absolute Zunahme der Mitglieder in den Konsumvereinen beträgt 132.735, das sind 59 Prozent gegenüber 1919. Die Umsätze sind von 1919 auf 1920 um 1.248,258.946 Kr. gestiegen, das sind 2320 Prozent. Wenn diese außerordentliche Steigerung auch mit darauf zurückzuführen ist, daß die allgemeine Teuerung die Preise ständig hinaufgetrieben hat, so geht doch mit der Zunahme der Mitglieder und der Zunahme der Waren, die nun mehr und mehr zur Verfügung gestellt werden können, auch eine Vermehrung des Umsatzes Hand in Hand, die nicht nur auf die Teuerung zurückzuführen ist. Die Bruttoerträge sind von 1919 auf 1920 um 147,522.854 Kr., demnach um 399 Prozent gestiegen. Die Gebarungsüberschüsse haben sich um 278 Prozent vermehrt, das sind 259,970.080 Kr. Die Geschäftsanteile der Mitglieder und die Reservefondsanteile haben sich um 172 Prozent, das sind um 8,807.168 Kr. vermehrt. Reservefonds und Spezialreservefonds haben sich um 66 Prozent vermehrt, demnach um 5,824.621 Kr. Spareinlagen und Hilfsfonds sind ebenfalls gestiegen und betragen nun um 333,701.152 Kr. mehr, das sind 214 Prozent. Trotzdem alle Reserven zugenommen haben, ist das Verhältnis zwischen den Geschäftsanteilen und dem Warenumsatz, den Reservefonds und dem Umsatz ungünstiger geworden. Während 1919 auf je 1000 Kr. Umsatz noch 13 Kr. Geschäftsanteile kamen, kommen nun nur mehr 12 Kr. auf 1000 Kr. Umsatz. Der eingezahlte Reservefonds ist sogar per 1000 Kr. Umsatz von 18 Kr. auf 9 Kr. gesunken. Eine ähnliche Bewegung haben wir auch bei den Spareinlagen gesehen. Diese betrugen 1919 noch 38 Kr. auf je 1000 Kr. des Umsatzes, dieses Jahr betragen sie nur mehr 30 Kr. Diese Ziffern zeigen den wunden Punkt unserer Genossenschaftsbewegung, den sie allerdings mit allen genossenschaftlichen Organisationen in der ganzen Welt teilt, die Kapitalknappheit, die durch die allgemeine und fortschreitende Geldentwertung entstanden ist und die in allen Ländern zu einer fortgesetzten Agitation für die Erhöhung der Geschäftsanteile, der Reservefondsanteile und der Spareinlagen führt. Auch in Österreich war diese Bewegung von Erfolg gekrönt. Wir haben heute schon in einer ganzen Reihe von Vereinen einen Geschäftsanteil von 500 Kr. und einen Reservefondsanteil von ebenfalls 500 Kr., so daß man 1000 Kr. einzahlen muß, wenn man Mitglied des Vereines wird. Wer aber weiß, wie wenig man für 1000 Kr. kaufen kann, wird einsehen, daß auch diese Steigerung nicht ausreicht und wir auch weiterhin unsere Agitation dahin lenken müssen, es sollen uns, wenn schon keine weiteren Erhöhungen der Geschäftsanteile, so doch Spareinlagen zur Verfügung gestellt werden, damit wir unsere Geldanforderungen aus eigener Kraft und nicht durch Leihkapital, das wir bei privaten Geldinstituten aufnehmen müssen, decken können. Daß hier viel geleistet werden kann, zeigt am besten der Erfolg, den die Agitation der Konsumgenossenschaft Wien gezeitigt hat, wo innerhalb drei Monate eine Vermehrung der Spareinlagen von 17 auf 70 Millionen Kronen erreicht wurde. Wenn hier alle Parteiorganisationen zusammenarbeiten würden, dann könnte auf diesem Gebiete außerordentlich viel geleistet werden.

Wie bei jedem Geschäft, so sind auch bei den Konsumvereinen die Regien aller Art unausgesetzt gestiegen. So sind die Löhne von 20,848.117 Kr. 1919 auf 86,418.043 Kr. gestiegen, eine Steigerung auf den Warenumsatz von

1·75 Prozent. Auch die Steuern sind bedeutend gestiegen, von 942.170 Kr. auf 2,231.587 Kr. Die sonstigen Verwaltungsspesen, also Transportspesen, Frachten, Verluste 2c., stiegen von 6,217.053 Kr. auf 55,199.252 Kr. Wenn die Konsumvereine die Schwierigkeiten, die aus der wirtschaftlichen Krise entstehen, doch immer wieder überwunden haben, so danken sie es vor allem der Leistungsfähigkeit der Großeinkaufsgesellschaft.

Die Großeinkaufsgesellschaft

war imstande, den Vereinen mehr und mehr Kapital zur Verfügung zu stellen und neben der Einkaufszentrale auch die Bank der Genossenschaften zu werden. Allerdings haben wir auch hier Grenzen, und die Vereine werden die Kredite bei der Großeinkaufsgesellschaft nicht überspannen dürfen, wenn sie nicht die Leistungsfähigkeit der Einkaufsorganisation schädigen wollen. Denn weit höhere Anforderungen als an den lokalen Verein, werden an die Kreditfähigkeit und die Geldflüssigkeit der Zentrale gestellt. Man muß nur einmal vergleichen, welche Mittel früher notwendig gewesen sind, um einen Waggon Fett zu kaufen, und welche Mittel heute notwendig sind, um zu sehen, was hier für Schwierigkeiten zu überwinden sind. Die Großeinkaufsgesellschaft hat in ihrer tschechoslowakischen Abteilung, die die deutschen Konsumvereine Böhmens versorgt, einen Umsatz von 403,453.635 Kr. bei einem Stammkapital von 1,560.000 Kr. gemacht. Der Reservefonds der Gesellschaft betrug 273.678 Kr., das sind 0·068 Prozent vom Umsatz. Dasselbe Mißverhältnis zwischen Reservefonds und Umsatz und eigenem Kapital und Umsatz finden wir auch in der österreichischen Abteilung, die bei einem Stammkapital von 12 Millionen Kronen einen Umsatz von 2 Milliarden 20 Millionen Kronen getätigt hat. Es war deshalb nur selbstverständlich, daß die diesjährige Generalversammlung beschlossen hat, eine neuerliche Erhöhung des Stammkapitals auf 40 Millionen Kronen durchzuführen. Für die Vereine aber wird es eine ernste Pflicht sein, die Zentralorganisation zu stärken, indem sie nicht nur die neuen Gesellschaftsanteile zeichnen, sondern auch die Fakturen immer prompt bezahlen, denn sonst könnten sie die Konkurrenzfähigkeit ihres Unternehmens schädigen.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat auch in diesem Jahr ihre geschäftliche Tätigkeit erweitert und wieder durch die Teilnahme an neuen Gesellschaften ihre Leistungsfähigkeit vermehrt. Sie hat gemeinsam mit der Warenverkehrsstelle als der Vertreterin der ländlichen Konsumenten und dem Staat die Wäsche- und Bekleidungsaktiengesellschaft errichtet, die zuerst damit begonnen hat, Rohbaumwolle einzukaufen und diese im Lohn bei der heimischen Textilindustrie verarbeiten zu lassen, die nun aber bereits darangeht, eine eigene Textilfabrik zu errichten, die 500 Webstühle beschäftigen wird. Außerdem beschäftigt sie heute schon die Wollstoffabrik in Fischamend, wo vor allem Herrenkleiderstoffe erzeugt werden. Die Aktiengesellschaft, die mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Kronen gegründet wurde, hat bereits in den ersten Monaten ihres Bestehens mehr als 700 Millionen Kronen umgesetzt, und sie wird am Ende des ersten Betriebsjahres wahrscheinlich mit bestem Erfolg abschließen.

Eine andere Gesellschaft, an der sich ebenfalls der Staat, die Großeinkaufsgesellschaft und die Landwirtestelle beteiligen, ist die Warenverkehrsstelle zur Deckung des Bedarfes von Stadt und Land. Diese Organisation wurde noch dem Zusammenbruch geschaffen, um die Ablieferung der Landwirte durch Beistellung von Textilwaren und anderen Bedarfsgegenständen

zu fördern, und war ein rein staatliches Unternehmen. Um nun diese Organisation nicht zu verlieren, die einmal den direkten Verkehr zwischen Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften organisieren kann, wurde diese staatliche Organisation in eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft umgewandelt, die nicht nur wertvolle Liegenschaften in ihren Tochtergesellschaften besitzt sondern die auch eine gute geschäftliche Führung kennzeichnet. Sie ist aber ständigen Angriffen jener Kreise ausgesetzt, die jede gemischtwirtschaftliche Organisation ablehnen, weil sie lieber die wertvollen Besitzungen dem privaten Kapital in die Hände gespielt hätten. Die Warenverkehrsstelle hat aber wesentlich dazu beigetragen, die Bauern für den Gedanken der Sozialisierung der Industrie zu gewinnen, und sie wird gewiß auch weiterhin dazu beitragen, neue Formen gemeinwirtschaftlicher Organisationen zu fördern.

Wenn wir auch mit den Erfolgen der Genossenschaftsbewegung zufrieden sein können, so werden wir im kommenden Jahr doch zwei Dinge nicht außer acht lassen dürfen. Einmal müssen die Mitglieder, nun, wo die freie Konkurrenz wieder einsetzt, zu Genossenschaftern erzogen werden, denn die Sozialisierung der Produktion ohne die Sozialisierung des Handels durch die Genossenschaften wird immer Stückwerk bleiben und dann müssen wir die Sparkraft der Arbeiterschaft besser organisieren und dadurch die Leistungsfähigkeit unserer Organisationen heben. Nur wenn beides gelingt, können wir erwarten, daß die Genossenschaftsbewegung in der beginnenden freien Wirtschaft keinen Rückschlag erleidet.

Die Arbeitersportbewegung.

Im Sommer 1919 wurde der Verband der Arbeiter- und Soldatensportvereinigungen („Vas") gegründet. Ihm obliegt die Aufgabe, die Arbeitersportvereine zusammenzufassen und dem bürgerlichen Einfluß zu entziehen. Der Verband setzte sich zunächst aus den bereits bestehenden „Naturfreunden" — diese hatten im Oktober 1920 ihre Vierteljahrhundertfeier — dem Verband der Arbeiterradfahrer, dem Arbeiter-Schwimmverein, den Arbeiter-Turnvereinen und den Sportabteilungen der Volkswehr zusammen. Einzelne Sportzweige, wie Fußball, Leicht- und Schwerathletik, standen bis zur Gründung des „Vas" vollständig unter bürgerlichem Einfluß. Wohl gab es bereits da und dort einen ausgesprochenen Arbeitersportverein, aber auch unter diesen befanden sich einige, in welchen der bürgerliche „Gönner" den entscheidenden Einfluß besaß. Der Umstand, daß sich die ausübenden Sportler nahezu ausschließlich aus Arbeiterkreisen rekrutieren, die zu einem großen Teil dem Klassenkampf entfremdet wurden, machte ein Eingreifen zur gebieterischen Pflicht. In den zwei Jahren seines Bestandes hat der „Vas" in dieser Beziehung eine ganz hervorragende Organisationsarbeit geleistet, die auch bereits einige Erfolge gezeitigt hat. Soweit die Fußballvereine in Betracht kommen, sind diese in der „Freien Vereinigung" erfaßt und auch bezüglich der Leicht- und Schwerathletik sind die Arbeiten soweit gediehen, daß eine Zusammenfassung in kürzester Zeit erfolgen wird. Selbstverständlich hat der „Vas" auch die Sportabteilungen der jugendlichen Arbeiter unter seinen besonderen Schutz gestellt.

Der „Vas", der zunächst seine Tätigkeit in Wien aufnahm, hat nunmehr nahezu ganz Niederösterreich erfaßt und auch in den anderen Ländern bereits Anknüpfungspunkte hergestellt. Die reinliche Scheidung zwischen den proletarischen und bürgerlichen Sportlern ist im Werden, wenn sie sich auch

nicht so rasch vollzieht, als es wünschenswert wäre. Immerhin kann gesagt werden, daß einzelne Unterverbände des „Vas" sich schon vollständig von jeder bürgerlichen Verbindung losgelöst haben. Aber auch dort, wo dieses Ziel aus zwingenden Gründen nicht gewaltsam erreicht werden kann, wird fleißig an seiner Verwirklichung gearbeitet. Es wäre nur zu wünschen, daß die Parteifunktionäre allerorts dieses Bestreben unterstützen.

Die Aufgaben des „Vas" sind folgende: Zusammenfassung der Arbeitersportvereine. Einflußnahme auf die Arbeitersportler in Verbindung mit sozialistischer Erziehungsarbeit. Größtmögliche Propaganda für den Massensport im Gegensatz zum bürgerlichen Rekordsport. Nicht die hohe sportliche Leistung einzelner, sondern eine bescheidene Durchschnittsleistung großer Massen ist das Entscheidende für die körperliche Ertüchtigung unseres Volkes. Zur Erreichung dieses Zieles strebt der „Vas" die Erlangung von Sport- und Spielplätzen in allen Orten an. In dieser Beziehung Erfolge zu erzielen, stellt allerdings keine leichte Aufgabe dar, da bedauerlicherweise nicht in jeder Gemeindevertretung das notwendige Verständnis für den Körpersport vorhanden ist. In Wien hat der „Vas" durch das Entgegenkommen der Gemeinde ganz bedeutende Erfolge in dieser Richtung erzielt. Leider kann sich der Arbeitersport in vielen Orten nur deshalb nicht entwickeln, weil es an den entsprechenden Sportplätzen fehlt.

Der Mitgliederstand beträgt bei den einzelnen Unterverbänden in runden Ziffern:

Naturfreunde	19.000
Arbeiterradfahrer	10.000
Arbeiter-Schwimmverein	18.000
Arbeiter-Turnvereine	8.000
Fußball- und Leichtathletikvereine	22.000
Sportabteilungen der Wehrmacht	1.000

Es sind somit rund 78.000 Mitglieder im „Vas" vereinigt.

Internationale Beziehungen.

Unser Parteitag von 1920 hat zum Problem der Internationale Stellung genommen und in seiner Resolution (Protokoll, Seite 110, Abs. III) den Parteivorstand beauftragt, für das Zustandekommen „einer Konferenz, an der sich alle Parteien, die ebenso wie die deutschösterreichische weder der Zweiten noch der Dritten Internationale angehören, beteiligen sollen", zu wirken, und diese Konferenz zu beschicken. Der Parteitag sprach auch den Wunsch aus, daß Wien als Konferenzort gewählt werde. Im Sinne dieses Auftrages des Parteivorstandes wurden die Genossen Friedrich Adler und Otto Bauer zu der Vorkonferenz nach Bern entsandt, die entsprechend dem Vorschlag der U. S. P. D. am 5. Dezember 1920 zusammentrat. Der Aufruf dieser Vorkonferenz, der in die Einladung zu einer für den 22. Februar 1921 in Wien stattfindenden internationalen sozialistischen Konferenz ausklang, ist in dem „Protokoll der Internationalen sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921" (Herausgegeben vom Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung) wiedergegeben. Aus diesem Protokoll ist auch alles Weitere über die Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien sowie die Stellungnahme unserer Partei auf der

Wiener Konferenz ersichtlich. An der vorbereitenden Kommissionssitzung, die in Innsbruck vom 8. bis 10. Jänner 1921 tagte, war Deutschösterreich durch Friedrich Adler und Otto Bauer vertreten.

Der Parteivorstand beschäftigte sich in seinen Sitzungen vom 13. Jänner, 9. und 15. Februar 1921 mit den von der Innsbrucker Kommission ausgearbeiteten Leitsätzen und beauftragte seine Vertreter, auf der Wiener Konferenz für die Beibehaltung der wesentlichen Gesichtspunkte dieser Leitsätze bei der endgültigen Textierung einzutreten.

Auf Deutschösterreich entfielen sechs Stimmen mit zwölf Mandaten für die Konferenz. Da sie in Wien stattfand, beschloß die Parteivertretung, sämtliche Mandate zu besetzen und entsandte die Genossen Friedrich Adler, Otto Bauer, Franz Domes, Arnold Eisler (Graz), Wilhelm Ellenbogen, Ferdinand Hanusch, Oskar Helmer (Wiener-Neustadt), Anton Hueber, Adelheid Popp, Therese Schlesinger, Karl Seitz und Ferdinand Skaret. Über die Verhandlungen der Konferenz unterrichtet das stenographische Protokoll.

Die Delegation bestellte provisorisch als Mitglieder des Exekutivkomitees der J. A. S. P. die Genossen Friedrich Adler und Ferdinand Skaret. Als Sekretär wurde vom Exekutivkomitee Genosse Friedrich Adler vorgeschlagen und damit Wien als Sitz des Sekretariats in Aussicht genommen. Im Einvernehmen mit der österreichischen Delegation dankte Adler im Exekutivkomitee für dieses Zeichen des Vertrauens zur österreichischen Arbeiterbewegung, erklärte aber, die Wahl nur annehmen zu können, wenn von vornherein festgestellt werde, daß bei politischen Schwierigkeiten, wie sie in Österreich durchaus im Bereich der Möglichkeit sind, der Sitz des Sekretariats auf kurzem Wege in ein anderes Land übertragen werden könne. Das Exekutivkomitee erklärte sich mit diesem Vorbehalt einverstanden und wählte Adler einstimmig zum Sekretär.

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 3. März 1921 den vorläufigen Beitritt zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien beschlossen, die Entsendung der Genossen Adler und Skaret in das Exekutivkomitee bestätigt und die vorläufige Zahlung der dem § 5 der Statuten der J. A. S. P. entsprechenden Beiträge bewilligt. Die endgültige Ratifizierung der Beschlüsse der Wiener Konferenz obliegt dem nächsten Parteitag.

Über die Tätigkeit der J. A. S. P. unterrichten die von deren Sekretariat herausgegebenen „Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien".

An der erweiterten Bürositzung der J. A. S. P., die vom 8. bis 11. Juli in Frankfurt a. M. tagte, war Österreich durch Friedrich Adler vertreten.

*

Der durch unsere Partei organisierte „Flüchtlingsfonds" für die Opfer der ungarischen Reaktion erfuhr im Laufe des Berichtsjahres eine wesentliche Ausgestaltung. Zu diesem „Wohlfahrtsfonds für ungarische Flüchtlinge" kamen Beiträge aus allen Ländern. Er hatte bisher insgesamt 1,128.966 Kr. Einnahmen, die sich auf folgende Länder verteilen: Amerika 439.897 Kr., Deutschland 291.779 Kr., Österreich 264.513 Kr., andere Länder 132.777 Kr.

Außer diesen Summen, die durch den „Wohlfahrtsfonds" gingen, sandten Genossen aus dem Ausland noch erhebliche Beträge mit speziellen Widmungen direkt an einzelne bekannte ungarische Flüchtlinge.

Im Juli 1921 organisierten der Parteivorstand gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission einen russischen Hilfsfonds. Er erließ am 23. Juli folgenden Aufruf:

Genossen und Genossinnen!

Im Südosten Rußlands hat furchtbare Dürre die Saaten vernichtet. Millionen Menschen sind vom Hungertod bedroht. Die Cholera rafft Tausende hin.

Die deutschösterreichische Arbeiterschaft lebt in Not und Elend. Aber viel, viel schlimmer noch als unsere Not ist die unserer Genossen in den russischen Hungergebieten. Sie rufen die ganze zivilisierte Welt um Hilfe an. Ihr Ruf darf nicht ungehört verhallen.

Vom Hunger- und Seuchentod bedrohten Menschen zu helfen, ist Menschenpflicht. Den russischen Proletariern zu helfen, gebietet uns die Pflicht proletarischer Solidarität.

Wir sind Gegner des russischen Bolschewismus. Wir haben den Wahn, daß seine Kampfmethoden in unserem Lande nachgeahmt werden könnten, bekämpft. Wir sehen seine Herrschaftsmethoden in Rußland selbst scheitern. Aber unbeschadet unserer Gegnerschaft zu der in Rußland herrschenden Partei verbindet uns doch unzerreißbare Solidarität mit dem russischen Proletariat. Ihm in seiner Not zu helfen, soweit wir das können, ist unsere Pflicht.

Vor kurzem noch haben unsere Genossen im Ausland unter der Führung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für uns gesammelt, um unsere Not zu lindern. Wir wollen unseren ausländischen Genossen für die werktätige Betundung ihrer Solidarität danken, indem wir jetzt für Proletarier sammeln, die in noch schlimmerer Not sind als wir.

Was wir in unserem kleinen, armen Lande tun können, ist nicht viel. Wir können keine Lebensmittel nach Rußland schicken. Aber wir können Heilmittel kaufen und sie in die russischen Hunger- und Choleragebiete senden.

Zu diesem Zweck fordern wir euch, Genossen und Genossinnen, auf, freiwillige Spenden für die russischen Hungergebiete zu sammeln. Die gesammelten Beträge sind an die folgende Adresse zu schicken: Russischer Hilfsfonds, Wien V, Rechte Wienzeile 97 (Parteisekretariat).

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Die Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs.

Die Sammlungen für den russischen Hilfsfonds haben bis zum 15. September 1921 den Betrag von 14,411.231 Kr. ergeben.

Unsere Toten.

Leider hat die Partei auch im letzten Jahre schwere Verluste zu beklagen. Unter den vielen Braven, die von uns gegangen sind, sei besonders an Franz Zehetbauer erinnert, der als Funktionär des Konsumvereines Wien und als Bezirksvorsteher von Simmering wirkte. Er ist am 10. April 1921 im Alter von 51 Jahren nach langem Leiden verschieden. Am 28. Juni starb der verdiente Bezirksrat David Epstein im 65. Jahre. Am 25. März starb Alexander Grohs. Er war lange Jahre Obmann des Arbeiterausschusses der Staatsdruckerei, zuletzt Bürgermeister von Brunn am Gebirge und hat unermüdlich im Dienste der Bewegung gearbeitet. Am 31. Juli 1921 starb Karl Mieß, einer der ältesten Gewerkschafter, im 73. Lebensjahre. Er war vor allem bei den Buchdruckern tätig.

Schmerzliche Verluste erlitten auch die anderen sozialistischen Parteien. So starb am 30. Juni 1921 Franz Grundmann, der Glasschleifer und Arbeiterdichter aus dem Isergebirge, ein außerordentlich begabter und

origineller Kopf, der zu den charakteristischen Gestalten der deutschböhmischen Arbeiterbewegung gehörte.

Am 19. Juli starb hochbetagt Josef Hybeš, einer der ältesten Wortführer des tschechischen Proletariats und der Textilarbeiter Österreichs.

Mit den deutschen Mehrheitssozialisten beklagt die Arbeiterschaft aller Länder den Tod Karl Legiens, des langjährigen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Sekretärs der gewerkschaftlichen Internationale, der am 26. Dezember 1920 verschieden ist.

Den Genannten und den vielen Ungenannten, die ihr Bestes im Dienste der großen Sache geleistet, ist dauernde Erinnerung gewiß.

Beschlüsse des Parteitages 1920.

Der letzte Parteitag hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die einen Auftrag an den Parteivorstand oder den Verband der Abgeordneten enthalten. Über die Durchführung dieser Beschlüsse ist folgendes zu berichten:

a) Angenommene Anträge:

2 (Einberufung einer Reichsbildungskonferenz.) Die Konferenz hat stattgefunden. Die Zentralstelle für das Bildungswesen wurde reformiert.

3 (Intensive Bildungsarbeit.) Ist nach Kräften durchgeführt worden.

24 (Rechtzeitiges Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung".) Es wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um das rechtzeitige Erscheinen des Blattes zu sichern.

30 (Änderung des Reichsvolksschulgesetzes.) Im Nationalrat wurde ein Antrag eingebracht; er liegt noch im Ausschuß.

31 (Mutterschaftszwang.) Ein Antrag wurde eingebracht.

37 (Resolution Bauer.) Die einzelnen Forderungen samt den angenommenen Zusatzanträgen wurden wiederholt zum Gegenstand politischer Aktionen gemacht und zum Teile auch durchgesetzt.

38 (Verlorener Bauaufwand.) Das Gesetz über den Wohn- und Siedlungsfonds wurde geschaffen.

45 (Konferenz mit den bayrischen Sozialdemokraten.) Verhandlungen wurden eingeleitet; von der Einberufung einer Konferenz mußte jedoch Abstand genommen werden.

46 (Volksbegehren für den Anschluß.) Ein Gesetz darüber wurde geschaffen. Die Durchführung erscheint jedoch derzeit nicht zweckmäßig.

85 (Alkohol, Schundfilme und Schundliteratur.) Durch die Arbeit des Abstinentenbundes und den Ausbau der Arbeiterbibliotheken wurde dem Beschluß nach Möglichkeit Rechnung getragen.

b) Zugewiesene Anträge:

1 (Ausgabe eines Montagsblattes.) Der Antrag konnte nicht verwirklicht werden.

5 (Billiges Tagblatt.) Der Antrag konnte infolge der großen technischen Schwierigkeiten nicht verwirklicht werden.

6 (Umformung der „Arbeiterinnen-Zeitung"), 9 (Witzblatt), 10 (Frauenbeilage der „Arbeiter-Zeitung"), 12 (billige Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung"), 35 (Wochenschrift). Der Parteivorstand hat sich mit der Reform der Parteipresse eingehend beschäftigt. Die Verwirklichung der Beschlüsse hängt von der Lösung technischer Fragen ab.

7 (Errichtung von Frauensekretariaten.) Dem Antrag wurde bereits in mehreren Kreisen Rechnung getragen.

11 (Verschmelzung der Sicherheits- und Stadtschutzwache.) Wurde im Nationalrat beantragt.

13 (Reform des „Sozialdemokrat".) Fällt nicht in den Wirkungskreis des Parteivorstandes.

14 (Agrarfrage und Bauernsekretariat.) Der Entwurf eines Agrarprogramms wurde vorbereitet, die Agitation unter den Kleinhäuslern vom Landarbeiterverband begonnen.

27 (Angestelltenorganisation.) Die Durchführung des Antrages muß den Organisationen je nach den lokalen Verhältnissen überlassen werden.

28 (Verländerung der Verfassung.) Diese Entwicklung ist im letzten Jahre tatsächlich gehemmt worden.

67 und 69 (Blatt für die Arbeiterräte.) Ein solches erwies sich nicht als notwendig. Dagegen hat die Gewerkschaftskommission ein Organ für die Betriebsräte geschaffen.

75 (Bildungsfonds.) Der Antrag fand in anderen Formen teilweise Verwirklichung.

76 (Wanderlehrer.) Durch Abhaltung einer Parteischule wurde ein großer Schritt nach vorwärts gemacht.

82 (Entschädigung der Geschwornen und Schöffen.) Die Angelegenheit wurde im Nationalrat zur Sprache gebracht.

JN
1999
S6A3
1921

Sozialdemokratische Arbeite
partei Deutschösterreichs
Bericht der Parteivertre
tung an den Parteitag

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY